



Landtag von Baden-Württemberg

63. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 5. Februar 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 14:57 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4441	3. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Hochbegabtenförderung und -beratung – Drucksache 13/1808	4474
1. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsplan 2004 – StHG 2004) – Drucksachen 13/2860, 13/2861	4441	Abg. Dr. Caroli SPD	4474, 4481
Abg. Dr. Scheffold CDU	4441, 4456	Abg. Dr. Schüle CDU	4476
Abg. Moser SPD	4444	Abg. Pfister FDP/DVP	4477
Abg. Kleinmann FDP/DVP	4449	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	4478
Abg. Heike Dederer GRÜNE	4452, 4461	Ministerin Dr. Annette Schavan	4479
Minister Stratthaus	4458	Beschluss	4482
Beschluss	4461	Abg. Zeller SPD (zur Geschäftsordnung)	4482
2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Gemeinsame Positionen der Landesregierung zu einem neuen Zuwanderungsgesetz – Drucksache 13/1723	4463	Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	4482
Abg. Inge Utzt SPD	4463, 4467	4. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Offenlegung von Umfrageergebnissen durch die Landesregierung – Drucksache 13/1809	4482
Abg. Scheuermann CDU	4464, 4468	Abg. Fischer SPD	4482
Abg. Dr. Glück FDP/DVP	4465	Abg. Herrmann CDU	4483
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	4466	Abg. Theurer FDP/DVP	4484
Minister Dr. Schäuble	4469	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	4485
Beschluss	4474	Minister Dr. Christoph Palmer	4486
		Beschluss	4487
		Nächste Sitzung	4487

Protokoll

über die 63. Sitzung vom 5. Februar 2004

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 63. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

(Unruhe)

Darf ich bitten, die Plätze einzunehmen. Das gilt auch für die Regierung.

(Abg. Drexler SPD: Vor allem für die Regierung! – Unruhe – Abg. Drexler SPD: Gongen! Vielleicht gongen! – Anhaltende Unruhe – Abg. Drexler SPD: Wenn die zwei Fraktionsvorsitzenden einmal mit ihrer Regierung sprechen, sollte man sie auch lassen!)

Meine Damen und Herren, Urlaub für heute habe ich erteilt Frau Abg. Dr. Gräßle und den Herren Abg. Alfred Haas, Rivoir und Rust.

Krank sind gemeldet die Herren Abg. Dr. Lasotta und Nagel.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsplan 2004 – StHG 2004) – Drucksachen 13/2860, 13/2861

Für die Dritte Beratung des Haushalts hat das Präsidium eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch der Haushalt des Jahres 2004 muss wieder unter äußerst schwierigen bundespolitischen Rahmenbedingungen gestaltet werden. Das ist zwar nichts Neues, stellt aber die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen erneut vor schwierige Aufgaben.

Wichtig und entscheidend ist, darauf hinzuweisen, dass die Haushaltsaufstellung aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen schwierig ist, und sie ist durch eine verfehlte Politik in Berlin noch zusätzlich erschwert worden.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie wiederholen sich! – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Deshalb wird es nicht unwahr!)

– So ist es: Man kann die Wahrheit nicht oft genug sagen, Frau Kollegin Dederer.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Die Arbeitslosenzahlen sind höher denn je, die Probleme in Bezug auf die Rente sind nicht gelöst. Die Gesundheitsreform bleibt Stückwerk,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch die Gesundheitsreform mit beschlossen!)

und die Steuerreform kommt nicht voran.

(Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Drexler, Deutschland fällt im Steuerwettbewerb zurück.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wer hat denn die Mehrheit im Bundesrat?)

Das Bundesministerium der Finanzen, Eichel selbst sagt: „Kein Land in Europa belastet die Gewinne stärker.“

Herr Kollege Drexler, Sie haben gestern in einem anderen Zusammenhang zutreffend darauf hingewiesen, die öffentliche Geringschätzung der Politik untergrabe die Fundamente der Demokratie.

(Abg. Drexler SPD: Anders herum!)

Ich darf Sie, Herr Kollege Drexler, in diesem Zusammenhang aber darauf hinweisen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in den amtierenden Bundeskanzler so gering ist, wie es im Nachkriegsdeutschland noch bei keinem anderen Bundeskanzler der Fall war.

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpfer CDU: Traurig, aber wahr! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Drexler: Ja und jetzt?)

Niemand untergräbt damit die Fundamente der Demokratie mehr als die amtierende Bundesregierung.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Es ist auch einmal ein Kanzler von Ihrer Partei abgewählt worden! – Abg. Birzele SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

(Dr. Scheffold)

Das ist ein undemokratischer Stil, was Sie hier treiben! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Pressemitteilung heißt es: Drexler bezeichnete die von der Landesregierung geplanten drastischen Einschnitte bei der Forschungsförderung als „Dummheit sondergleichen“.

(Abg. Drexler SPD: Ja! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

In diesem Zusammenhang verwundern die gegenwärtigen Zahlen aus Baden-Württemberg, die wir auch schon mehrfach gehört haben.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Im Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft finden sich unter den ersten zwölf deutschen Universitäten sieben aus Baden-Württemberg.

(Zurufe der Abg. Pfisterer CDU und Fischer SPD)

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben Sie mehrfach davon gesprochen, bei den Mitteln, die für die Imagekampagne der Landesregierung ausgegeben würden, handle es sich um hinausgeworfenes Geld. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade für Sie sind Anzeigen wie diese,

(Der Redner hält eine in der „Frankfurter Allgemeinen“ erschienene Anzeige der Landesregierung in die Höhe.)

die geschaltet worden sind, notwendiger denn je: Gesamtausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland 2,5 %, in Amerika 2,8 %, in Baden-Württemberg 4,0 %.

Es ist schon wahr: Schlaue Köpfe kosten Geld. Aber wir geben dieses Geld auch aus.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Haben Sie jetzt gestrichen, oder haben Sie nicht gestrichen? – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Sie haben sich an anderer Stelle darüber beklagt, dass wir nicht die notwendigen Investitionen tätigen würden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Investitionen können auch in Personal, in Forschung, in Lehre und in Bildung getätigt werden. All das zählt haushaltsrechtlich natürlich nicht zu Investitionstätigkeiten. Aber das ist klipp und klar der Unterschied zwischen guter und schlechter Politik: Wer in Lehrer investiert, wer in Wissenschaft investiert, wer in Forschung investiert, der macht gute Politik, Herr Kollege Drexler.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das hat aber nichts mit Investitionen zu tun! So ein Blech! – Abg. Carla Bregenzer und Abg. Drexler SPD: Deswegen streichen Sie bei der Forschung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt des Jahres 2004 gilt für eine Zeit, in der wir eine schwierige Gesamtsituation haben. Aber der Haushalt von Baden-Württemberg ist verfassungsgemäß und unterscheidet sich damit von vielen anderen Länderhaushalten. Er erfüllt auch die Maastricht-Kriterien. Auch insoweit besteht ein gewaltiger Unterschied zur Bundesregierung:

(Abg. Drexler SPD: Lassen Sie sich doch in den Bundestag wählen! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Üben Sie schon? – Zuruf der Abg. Ursula Hauffmann SPD)

Eichel übertrifft sich ständig in Ankündigungen, der Bund werde die Maastricht-Kriterien einhalten – immer im nächsten Jahr! In diesem Jahr wird der Bund die Einhaltung verfehlen. Erst vor zwei Tagen hat Eichel wieder angekündigt, im Jahr 2005 würden die Kriterien eingehalten.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Drexler SPD: Gehen Sie einfach in den Bundestag!)

Die Europäische Kommission ist anderer Ansicht. Die Europäische Kommission schließt nicht aus, dass Deutschland auch im Jahr 2005 die Defizitgrenze überschreiten wird.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sagen Sie einmal etwas zum Landeshaushalt, Kollege Scheffold!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist der Haushalt von Baden-Württemberg ein Ausweis an Stabilität. Baden-Württemberg ist auch ein Hort der Verlässlichkeit.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und den Grünen)

Unser Haushalt ist nicht nur verfassungsgemäß, sondern wir haben auch das Menschenmögliche getan, um die notwendigen Einsparungen herbeizuführen, um diesen Haushalt solide zu finanzieren. Natürlich ist in diesem Gesamtumfeld eine Neuverschuldung notwendig. Aber wir haben auch die notwendigen Einsparungen vorgenommen. Bereits im Herbst des vergangenen Jahres haben wir 1 Milliarde € eingespart. Wir haben dabei mehrere Schwerpunkte gesetzt. Ein Schwerpunkt war die Einsparung bei den Beamten – eine strukturelle Einsparung, die uns schwer gefallen ist. Die Kürzung des Weihnachtsgelds ist aber sozial gestaffelt und damit sozial ausgewogen gewesen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Entsprechend den Bezügen reduziert sich das Weihnachtsgeld der einzelnen Beamten. Diese Regelung beinhaltet auch eine ausgesprochen familienpolitische Komponente.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ein zweiter Punkt sind die Einsparungen bei den Kommunen. Sie haben das übrigens beklagt, Frau Kollegin Dederer. Die Grünen haben gesagt: „Da sparen wir viel zu viel. Da müsste man alles zurücknehmen.“

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Jawohl!)

Das können Sie leider so nicht machen. Die Kürzung um 125 Millionen € entspricht der Vereinbarung, die wir mit den Kommunen getroffen haben.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Verhandlungssache! Vereinbarungssache! Jedes Jahr neu!)

– Doch. Das ist eine Vereinbarung, die auf der Grundlage der Wünsche der Kommunen getroffen worden ist.

(Dr. Scheffold)

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wünsche! Ha, ha!
Da höre ich aber etwas anderes von den Kommunen!)

Es ist ein Ausgleich für den Länderfinanzausgleich, für den wir Jahr für Jahr Zahlungen in enormer Höhe zu leisten haben, die aufgrund der Steuerkraft unserer Kommunen anfallen. Nicht weil unsere Kommunen so steuerschwach sind, sondern weil sie so steuerstark sind, zahlen wir in den Länderfinanzausgleich.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Die Spitzabrechnung hat in der Vergangenheit teilweise dazu geführt, dass die Kommunen Ansprüche gegen uns hatten. Jetzt hat sie dazu geführt, dass wir Ansprüche gegen die Kommunen haben. Deswegen kann die Streichung von 125 Millionen €, wie Sie sie vorschlagen, so gar nicht vorgenommen werden.

Aber auch das, was die SPD vorgeschlagen hat, nämlich 80 Millionen € in diesem Zusammenhang zu streichen, ist nicht sachgerecht. Durch den Beschluss des Vermittlungsausschusses haben die baden-württembergischen Kommunen, nach vorsichtigen Rechnungen, 387 Millionen € an Mehreinnahmen erzielt, das Land hat nur Mehreinnahmen von ca. 54 Millionen € erzielt. Deswegen ist es auch durchaus sachgerecht, Herr Kollege Drexler, dass die baden-württembergischen Kommunen ihren Teil zu den Einsparungen beitragen.

Im Übrigen – das darf ich auch sagen – steigen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wieder. Das trägt maßgeblich dazu bei, dass die kommunale Finanzsituation wieder besser wird.

(Abg. Drexler SPD: Die wollen Sie doch abschaffen! Die wollen Sie doch abschaffen!)

Wenn Sie in der letzten Woche die Zeitung gelesen haben, kennen Sie die Schlagzeilen: „Daimler-Chrysler zahlt wieder Millionen Gewerbesteuer“, „Steigende Einnahmen beenden Finanzkrise in Sindelfingen“, „Porsche als Zahlmeister in Stuttgart vorn“.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Über diese Einsparmaßnahmen hinaus haben wir noch eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen beschlossen. In allen Ressorts haben wir konkrete Einsparungen vorgenommen. Im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum wird beim MEKA-Programm gestrichen, obwohl es uns schwer gefallen ist, diese Einschnitte im ländlichen Raum vorzunehmen.

Der Straßenbau musste zurückgenommen werden. Wir mussten Einsparungen im Bereich des Hochbaus vornehmen. Aber das alles geschieht vor dem Hintergrund, dass wir einen verfassungsgemäßen Haushalt wollen und dass wir nicht unnötig in die Neuverschuldung gehen wollen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! Danke!)

Die Steuerschätzung vom November 2003 hat dann zusätzliche Einsparungen notwendig gemacht. 467 Millionen € waren weniger in der Kasse, als wir es vermutet hatten. Wir haben hier mit der Nachschiebeliste erneut über 200 Millionen € eingespart. Ich möchte insbesondere auf die Veräußerung nicht benötigter Grundstücke, die wir getätigt haben oder tätigen wollen, hinweisen, die uns 40 Millionen € bringen werden.

Wir haben die sächlichen Verwaltungsausgaben nochmals um 35 Millionen € gesenkt. Wir haben die Beihilfeschneidung bei den Beamten beschlossen. Auch diesen Beschluss haben wir nicht gerne getroffen. Er ist aber gerechtfertigt, weil er sehr gut mit den Veränderungen für die gesetzlich Versicherten vergleichbar ist. Auch diese müssen in der augenblicklichen Situation erhebliche Kürzungen hinnehmen. Deswegen ist es nur sachgerecht, dass auch die Beamten ihren Teil zu diesen Einsparungen beitragen.

Im Übrigen möchte ich auch an dieser Stelle darauf hinweisen, dass unsere Einsparmaßnahmen, verglichen mit der Bundespolitik – ich denke an die Zuzahlungen bei den Arzneimitteln und an die 10 € Praxisgebühr, die wir in jedem Quartal zu zahlen haben –, völlig unbürokratisch möglich und durchführbar sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das war doch ein Vorschlag der CDU! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Sie wollen doch die ganze Zeit, dass wir über das Land reden, Frau Kollegin Haußmann. Jetzt tue ich das, und Sie beklagen sich wieder.

(Unruhe bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat in diesem Haushalt wichtige Eckpunkte gesetzt. Wir haben erstens die Zahl der Stellen der Arbeitsrichter erhöht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das ist nicht nur ein Beitrag für die Justiz, sondern das ist insbesondere ein Beitrag für das Handwerk, für die Betriebe und für den Mittelstand in Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Denn die zusätzlichen Arbeitsrichter sind notwendig, damit insbesondere Kündigungsschutzverfahren nicht zu lange dauern und die Abfindungsregelungen, die in diesem Zusammenhang dann meistens ausgehandelt werden, in einer zeitlich angemessenen Phase abgeschlossen werden können.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ein zweiter wichtiger Punkt ist für uns der Bereich des Sports und des Ehrenamts. Wir haben die Kürzungen in diesem Bereich um 2 Millionen € gesenkt. Wir haben diese Rücknahme der Kürzungen mit dem Wunsch verbunden – und in Gesprächen haben wir eine entsprechende Übereinkunft mit den Sportverbänden erzielt –, die Übungsleiterpauschale nicht zu kürzen.

(Dr. Scheffold)

Wir haben drittens im Bereich der Forschung zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt. Es ist auch sehr erstaunlich – das sage ich an die SPD-Fraktion gerichtet –: In Berlin, im Bund wird der Elitegedanke der Hochschulen hochgehalten, Sie im Land sind aber dagegen. Ich bin ja in meinem eigenen Wahlkreis, in dem wir ein Hochbegabtgymnasium einrichten wollen, selbst davon betroffen. Da passt das eine mit dem anderen nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Vierter Punkt: Sowohl im Bereich des Wirtschaftsministeriums als auch im Bereich des Umweltministeriums haben wir zusätzliche Gelder für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt. Im Bereich des Sozialministeriums – auch da möchte ich einen Punkt besonders hervorheben – soll das freiwillige soziale Jahr so ausgestaltet sein, dass für die gestiegenen Teilnehmerzahlen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Brigitte Lösch GRÜNE)

Zusätzliche Ausgaben haben wir im Bereich der Kunst, der Bildung und auch im Bereich der Landwirtschaft ermöglicht. Ich erinnere an die Hagelversicherungsprämie für unsere Obstbauern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn ich das mit dem vergleiche, was Sie von der Opposition an Investitionen tätigen wollen, wenn ich das mit dem vergleiche, wie Sie vor allem Ihre Gegenfinanzierung sicherstellen wollen, dann muss ich auch bei diesem Haushalt leider wieder feststellen,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Schulden!)

dass Sie uns alte Ladenhüter vorschlagen. Sie schlagen den Verkauf der Landesanteile an der Landesbank vor.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Sie schlagen die Auflösung der Landesstiftung vor, bei den Grünen noch zusätzlich garniert

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

mit überzogenen Mitteln. Neu ist der Vorschlag zum Verkauf der Rothaus-Brauerei – das ist besonders originell – an eine Bank. Die Synergieeffekte zwischen einer Bank und einer Brauerei sind sehr gut vorstellbar,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ordnungspolitisch völlig berechtigt!)

jedenfalls offensichtlich für Sie.

Sie sprechen sich auch gegen die neue Messe aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte insbesondere noch auf den Vorschlag der SPD, 100 neue Stellen für das Finanzministerium zu schaffen, eingehen. Er ist insbesondere damit verknüpft, dass Sie dafür sofortige Mehreinnahmen von 10 Millionen € sehen. Ich habe mir die Mühe gemacht bzw. habe sie mir machen lassen, die Zahlen – –

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der SPD: Aha! – Abg. Fischer SPD: Von wem? Vom Finanzministerium?)

– Nicht vom Finanzministerium, keineswegs vom Finanzministerium.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Woher denn sonst?)

Aber die Zahlen sind leicht berechenbar, Frau Kollegin. Sie sind in diesem Fall gar nicht betroffen. Ich spreche ja von der SPD.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist egal!)

100 neue Stellen kosten ungefähr, wenn man es hochrechnet, allein für das Personal 5 Millionen €. Dabei sind die Versorgungslasten noch gar nicht eingerechnet. Sie beklagen ja an jeder Stelle, dass die Pensionslasten so gewaltig sind. Aber ich will das freundlichshalber hier einfach einmal ausklammern. Von diesen Ausgaben sind dann Einnahmen zu erwarten. Aber Sie müssen dann schon der Aufrichtigkeit halber hinzufügen, dass davon allenfalls 5 % beim Land bleiben. Das meiste geht an den Bund, und ein ganz großer Teil geht über den Länderfinanzausgleich an die anderen Länder. Also rechnen wir einmal: Für etwa 10 Millionen € bräuchten Sie ca. 200 Millionen € Mehreinnahmen.

(Zuruf von der SPD: Alle abschaffen!)

Ein durchschnittlicher Steuerprüfer – da nehme ich jetzt schon eine Berufsgruppe, die besonders viel zum Steueraufkommen beitragen würde, man könnte auch andere nehmen, die längst nicht so viel beitragen – bringt im Durchschnitt etwa 877 000 €. Nötig wären aber 3 Millionen €. Da können Sie sehen, wie sehr die ganze Sache auf Sand gebaut ist.

Wir können aber auch einmal die Gegenrechnung machen.

(Zurufe von der SPD)

Mit einem Mehrertrag von 877 000 € erzielen Sie bei 100 Steuerprüfern 88,7 Millionen €. 5 % davon sind nicht einmal ganz 5 Millionen €. Das heißt, sie erbringen im Prinzip so ziemlich genau die Personalkosten, die Sie mit der Einstellung dieser Steuerbeamten erzielen. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen das so sagen: Das, was Sie uns hier häufig als Haushaltspolitik vorstellen, hat etwas mit Tonleiterübungen zu tun, während man Beethoven spielen müsste.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Stickelberger SPD: Dann wäre es gut, die Finanzämter aufzulösen!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Scheffold, hätten wir alles das umgesetzt, was die CDU im Lauf der letzten zwei Jahre im Bund gefordert hat, hätten wir wahrscheinlich überhaupt kein Geld mehr.

(Moser)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann hätten wir Steuermehreinnahmen, weil die Wirtschaft besser lief!)

„Steuern herunter“ hat es geheißen. Die FDP ist genau die gleiche Gruppierung: Gebühren herunter, Kosten herunter, alles herunter und dann behaupten, dadurch würde man mehr Geld in die Kassen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Einer, der es vielleicht begriffen hat, ist der Herr Ministerpräsident. Er redet ja nicht mehr von Steuersenkungen, sondern von einer kostenneutralen Steuerreform, von einer Steuervereinfachung. Darüber reden wir auch schon seit 20 Jahren. Ich wünsche allen viel Glück, die sich daran wagen, dies zu machen.

Dann gibt es welche bei der CDU, die schon wieder über Steuererhöhungen reden, zum Beispiel der Kollege Merz,

(Abg. Fischer SPD: Ja, Mehrwertsteuererhöhung!)

der bei seiner genialen Gesundheitsreform, weil er immer in die Schweiz blickt – in der Schweiz gibt es auch noch andere, darüber reden wir vielleicht doch noch einmal – und sich immer die Rosinen aus dem Schweizer System herausholt, plötzlich bemerkt,

(Abg. Fischer SPD: An die Löcher denken sie nicht!)

dass ein Drittel der Schweizer Bürger vom Schweizer Staat Zuschüsse bekommen müssen, damit sie überhaupt ihre Krankenversicherung bezahlen können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das zum Thema „Steuerreform und Kostensenkung“.

Dann loben Sie, dass die Gewerbesteuererinnahmen wieder steigen, und verschweigen, dass die Gewerbesteuer doch abgeschafft werden soll, wenn es nach Ihnen geht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, natürlich!)

Also, weiter so. Das ist keine seriöse Debatte. Tut mir Leid. Lassen wir es.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Oettinger, Herr Kollege Pfister und auch andere haben sich bei mir für die, wie sie sagen, sachkundige und gute Leitung der Sitzungen des Finanzausschusses bedankt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das habe ich auch so gemeint!)

Das freut mich. Ich nehme den Dank an. Ich gebe ihn aber auch wieder zurück an Sie, die Sie mir geholfen haben, zu der Einsicht zu kommen, dass man auch dann politisch weiterkommt, wenn man zügig vorangeht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr!)

Ich habe auch Kritik erfahren an meiner Art und Weise, Sitzungen zu leiten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das kann nur ein Sozialdemokrat gewesen sein!)

Ich möchte mich bei denjenigen entschuldigen, denen ich zu zügig und zu streng war.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber Sie brauchen deshalb nicht zurückzutreten! Sie dürfen im Amt bleiben! – Zuruf des Abg. Seimetz CDU – Unruhe)

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, ich verspreche Ihnen, es wird wieder vorkommen, aber es ist nicht so gemeint.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das kommt mir bekannt vor!)

Ich habe mir überlegt, woher die Einsicht kommt, dass man in Finanzausschusssitzungen auch zügig beraten kann. Vielleicht kommt das daher, dass eine Regierung mit Koalitionsfraktionen ein noch stärker betonierter Korpus ist, als wenn eine Regierung nur von einer Fraktion getragen wird.

(Zuruf von der CDU: Richtig! Das ist unser Ziel!)

In der Landespressekonferenz hatte ich angemerkt, dass die Regierungsfaktionen regierungstreu und dadurch gestaltungsarm geworden seien. Das habe ich tatsächlich so gemeint.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf von der CDU)

Lassen Sie mich als wahrscheinlich dienstältester Kollege des Finanzausschusses hierzu bemerken,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Oldie!)

dass ich Haushaltsplanberatungen aus der Zeit Lothar Späths kenne, in denen während der Sitzungen im Dialog Ideen und Einsichten entstanden sind und die die Regierung tragende CDU daraufhin den Ansatz der Regierung geändert und selbstständige Beschlüsse gefasst hat.

(Heiterkeit des Finanzministers Stratthaus – Zuruf von der CDU)

Das hat mir gefallen.

(Beifall bei der SPD)

Leider ist das heute nicht mehr möglich.

(Abg. Herrmann CDU: Nicht mehr nötig! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das liegt vielleicht auch daran, dass man glaubt – das ist vielleicht auch eine deutsche politische Unsitte geworden –, wenn man ein Jota ändern würde, dann brähe eine Regierung zusammen. Sie wissen, was ein Jota ist, Herr Kollege Kleinmann?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber natürlich! Ich habe ja Griechisch gehabt!)

Eigentlich ist das Gegenteil der Fall. Eine Regierung muss durch ein Parlament nicht nur kontrolliert und nicht nur mit

(Moser)

Vollmacht ausgestattet werden, sondern manchmal muss eine Regierung auch geführt werden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Ich glaube, dass ein Teil der Krisen, in denen wir uns im Parlamentarismus befinden, auch dadurch entsteht, dass die Regierungsfractionen zu sehr an der Brust der Regierungen saugen, anstatt sich zu emanzipieren. Was der Abgeordnete eigentlich als Volkswille in das Parlament hineinbringen muss, ist umzusetzen, auch wenn dies ein schwieriger Prozess ist.

Ich glaube, erst wenn die Parlamente wieder Gestaltungskraft bekommen, können wir erhobenen Hauptes behaupten, dass das Haushaltsrecht das Königsrecht des Parlaments ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Heute ist das Haushaltsrecht das Königsrecht der Regierung. Das ist nicht gut so.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nun zu den Staatsfinanzen. Es ist richtig: Sie sind nicht rosig. Wahrscheinlich waren sie es nie, aber man ist vergesslich.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Man muss aber zugestehen, dass sie heute tatsächlich nicht rosig sind. Vorhin habe ich gesagt: Hätten wir das gemacht, was aus dem Lager der Opposition in Berlin gekommen ist, hätten wir noch weniger Geld, weil überall nach unten gefahren werden soll. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir hinsichtlich der Absenkungen der Steuern jetzt in eine ruhigere Phase hineinkommen müssen, weil die Länder und Kommunen es nicht mehr verkraften.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bedenken Sie doch, dass wir in diesem Jahr 2 Milliarden €, 4 Milliarden DM, Schulden machen – in nur einem Jahr! Das ist fast eine Rekordverschuldung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir sind jetzt bei 39, vielleicht auch bei 40 Milliarden € Schulden angelangt – je nachdem, wie man rechnet. Das sind 4 000 € pro Kopf der Bevölkerung. Wir sind in einer Verschuldungsbeschleunigung, die wir nicht mehr hinnehmen dürfen. Es gibt nicht nur die positiven Nachrichten hinsichtlich der Gewerbesteuer, sondern es gibt aus Berlin – Sie werden es nicht glauben – auch positive Nachrichten, auch in der letzten Woche.

(Abg. Wieser CDU: So! Das ist aber interessant! – Zuruf von der SPD – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Ach, das glaube ich nicht! – Ist der Kanzler zurückgetreten?)

Im ZDF gibt es die Werbung: „Mit dem Zweiten sieht man besser“. Machen Sie doch einmal eines Ihrer beiden Augen auf, und seien Sie einfach einmal ehrlich.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Aus Berlin kam in der letzten Woche nämlich die interessante Nachricht – sogar zweimal –, dass die Verschuldungsgeschwindigkeit abnimmt. Berlin strengt sich an und kommt wieder an die 3 % heran.

(Lachen des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Das ist der richtige Weg. – Wissen Sie, es haben sich schon ganz andere als Sie, Herr Scheffold aus dem Remstal,

(Heiterkeit bei der SPD)

Gedanken darüber gemacht, was der Stabilitätspakt eigentlich bedeutet und wie man intelligente Finanzpolitik macht.

(Lachen des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Die wichtigsten Staaten der EU haben aus strukturellen Gründen Probleme, die 3 % einzuhalten, und sagen – und das ist richtig; das habe ich übrigens hier im Haus immer zur Nullverschuldung des Landes Baden-Württemberg vertreten –: „Wenn man es nicht bis zum Ziel A schafft, dann geht man eben zum Ziel B.“ Wenn sie es in zwei Jahren nicht schaffen, dann schaffen sie es eben in drei Jahren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es, ja!)

Richtig und wichtig für die Stabilität einer Währung ist, dass Sie langfristig den richtigen Trend haben, aber nicht, dass Sie das unbedingt innerhalb eines Jahres hinbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich unseren Haushalt an: Wir nehmen Schulden auf, mit denen wir im Prinzip nur Zinsen bezahlen. Wir haben einen Haushalt, der – wenn man scharf rechnet – wahrscheinlich schon heute die Grenze zur Verfassungswidrigkeit überschreitet. Herr Kollege Schmid hat in seiner Rede in der zweiten Lesung dargelegt, welche Tricks Sie anwenden:

(Widerspruch des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

über Finanzierungsgesellschaften, Straßenbau, Hochbau usw. usf. Sie werfen uns vor, dass wir Forderungen verkaufen wollen – und tun es selbst. Wenn Sie das alles einrechnen, haben Sie wahrscheinlich schon heute die Grenze zur Verfassungswidrigkeit überschritten. Aber das Witzige an der ganzen Geschichte ist, dass die Verfassungsmäßigkeit bei der Aufstellung des Plans festgestellt wird und nicht im Vollzug. Das heißt, wenn Sie einen verfassungskonformen Haushalt aufstellen, der im Laufe des Vollzugs verfassungswidrig wird, bleibt er verfassungskonform, weil er am Anfang verfassungskonform war.

(Abg. Drexler SPD: So ist das, ja!)

Das erinnert mich an das Einstellungsgespräch mit Bewerbern für eine Stelle als Bilanzbuchhalter, in dem gefragt wird: „Wie viel ist zwei plus zwei?“, und derjenige genommen wird, der zur Antwort gibt: „Wie hätten Sie es denn gerne?“

(Moser)

(Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD zur CDU: Herr Wieser kommt nicht so richtig mit! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Nein, der Vergleich wird dem Thema nicht gerecht!)

– Doch, der Landeshaushalt ist eine Bilanz, die wir erstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bundesregierung befindet sich in einem schwierigen Reformprozess. Es gibt – auch das sage ich einmal – führende CDU-Leute, die in einem privaten Gespräch zu mir gesagt haben: „Macht ihr es nur noch eine Weile. Ihr müsst jetzt die Schweinereien machen; die sind dann erledigt. Danach kommen wir wieder an die Regierung und haben ein frei geräumtes Feld.“

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Ihr macht doch gar nichts!)

So ähnlich oder genauso war auch Ihre Rede, Herr Kollege Scheffold, im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn man etwas miteinander ausmacht, dann müssen beide Seiten dazu stehen.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das macht manchmal keinen Spaß; das weiß ich.

Trotzdem: Die Daten zeigen nach oben. Wir stehen vor einem verbesserten Wachstum; das Wachstum wird kommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Prinzip Hoffnung!)

Wir stehen – was ein weiteres Problem ist – vor einem Anstieg der Zinsen. Es deutet sich an, dass sie nach oben gehen, nicht kometenhaft, aber spürbar. Deswegen werden wir für diesen Haushalt beantragen, dass jeder Euro, der über die Ansätze hinausgehend eingenommen wird, dem Schuldenabbau zugeführt wird, damit wir dadurch, dass wir weniger Schulden machen als vorgesehen, neue Spielräume gewinnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Vergessen Sie nicht: Alleine der Anstieg um zehn Basispunkte – nur für die Neuverschuldung – kostet uns 2 Millionen €; 25 Basispunkte kosten über 5 Millionen €. Wenn Sie die Umschuldungen hinzunehmen, die ja im Laufe eines Finanzjahres vorgenommen werden müssen, sind wir bei einem Anstieg der Zinskosten schnell bei zweistelligen Millionenbeträgen, die wir zusätzlich aufwenden müssen. Das Geld wird einfach weggesogen, kann nicht mehr politisch verwendet werden.

Ich halte Ihr Ziel, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Nullverschuldung erreichen zu wollen, für ein ehrenwertes Ziel, das man unterstützen muss.

(Beifall der Abg. Wieser und Hauk CDU – Abg. Wieser CDU: Guter Mann! – Abg. Drexler SPD: Deswegen bringen wir doch den Entschließungsantrag ein!)

Ich glaube, dass der Zeitpunkt, den Sie angegeben haben, nicht einzuhalten sein wird. Ich halte es für einen schönen Traum, bis zum Jahr 2006 eine Nullverschuldung erreichen zu wollen. Wenn Sie die Finanzmassen sehen, die in dieser Zeit abgebremst werden müssen, müssen Sie selber zugeben, dass Sie das nicht schaffen können. Kollege Kleinmann glaubt es auch nicht.

(Abg. Drexler SPD: Herr Kleinmann glaubt ja viel!
– Abg. Kleinmann FDP/DVP: Also einem Pfarrer zu sagen, er glaube nicht, das ist schon eine Unterstellung!)

Das ist ein schöner Traum. Ich bin auch für schöne Träume, aber passen Sie auf, dass Sie beim Träumen nicht aus dem Bett fallen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Wenn Berlin einen Wechsel bringt, kann es anders werden!)

Im Übrigen fehlen entscheidende Strukturveränderungen in diesem Haushalt. Die globalen Minderausgaben steigen. Das ist immer ein Zeichen dafür, dass man keine strukturellen Mittel in der Hand hat.

(Abg. Drexler SPD und Abg. Heike Dederer GRÜ-NE: Sehr richtig!)

Uns wird übrigens Gestaltung entzogen. Die Verpflichtungsermächtigungen steigen, wir sind bei 6,5 Milliarden € Verpflichtungsermächtigung auf die Zukunft.

(Abg. Kretschmann und Abg. Heike Dederer GRÜ-NE: Ermächtigungen!)

– Verpflichtungsermächtigungen, Entschuldigung. Ja, es wäre gut, wenn es „Verpflichtungsermächtigungen“ wären. – Das heißt, Sie binden die Landtage der Zukunft, und Sie ziehen die Korszage enger.

Auch die Einnahmeseite spielt leider keine Rolle. Und jetzt lassen wir einmal das Spiel mit „mehr Personal“. Es gibt übrigens ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten, dem wir diese Idee entnommen haben. Ich weiß nicht, wofür Sie Gelder ausgeben.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Der Bundesregierung werfen Sie immer vor, sie würde Gutachten in Auftrag geben, die zu nichts führten, aber offensichtlich ist das bei Ihnen auch nicht viel anders.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Drexler SPD: Genau! Sie geben auch Gutachten in Auftrag und lesen sie nicht einmal!)

Der Umsatzsteuerbetrug geht also weiter, weil das System derart kompliziert ist, dass selbst die Spezialisten große Schwierigkeiten haben, es zu verstehen. Wir wären uns in dem Ziel einig, ein vereinfachtes System zu schaffen. Ich wäre für die Endbesteuerung und würde die ganzen Kaskaden wegnehmen. Aber wir brauchen dafür eine EU-einheitliche Regelung, und das schaffen wir nicht.

Das Zweite ist: 15 % des Bruttoinlandsprodukts werden schwarz erwirtschaftet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

(Moser)

Wenn es uns gelänge, nur einen Teil davon – und da geht es um insgesamt über 100 Milliarden € für den Bund und für die Länder – abzuschöpfen, und zwar nicht bei den Putzhilfen und bei dem „Kleinkruscht“,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Seit wann sind Personen „Kruscht“?)

sondern bei den einschlägigeren Sachen – da gibt es ja genügend –, wäre das auch gut. Im Übrigen wundere ich mich, wieso bei uns niemand ernsthaft die Frage angeht, warum nicht jeder deutsche Staatsbürger – ähnlich wie in den Vereinigten Staaten von Amerika – grundsätzlich in Deutschland sein Einkommen versteuern muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Schweiz ist inzwischen so weit, dass selbst deutsche Grenzgänger, die dort arbeiten, dort auch ihre Steuern zahlen müssen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Regen Sie das doch in Berlin an, wenn Sie wollen!)

Die Schweiz hat mit der Bundesrepublik ein Steuerabkommen, wonach jemand, der in der Schweiz arbeitet und in Deutschland wohnt, 10 % seines Einkommens in der Schweiz versteuern muss. Die kriegen das hin.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Und die in Berlin nicht!)

In der Schweiz wohnen die großen Stars, die Beckenbauers, die Schumachers und wie sie alle heißen. Ich meine jetzt nicht den Kollegen Schuhmacher aus Spaichingen, der seine Steuern in Deutschland zahlt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Warum verlegen die denn alle ihren Wohnsitz ins Ausland? Weil wir offensichtlich nicht, wie andere zivilisierte Staaten, in der Lage sind, zu sagen: Wenn man diesem Staat angehört, hat man in erster Linie diesem Staat zu dienen und auch in diesem Staat seine Steuern zu bezahlen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich sage Ihnen, da geht es nicht nur um „kleine Brötchen“, sondern wenn man alles zusammennimmt – nicht nur die Idole, die bei uns das Geld verdienen und dann wieder verschwinden –, dann geht es um Milliardenbeträge, die aus Deutschland abfließen. Da muss man ran.

Im Übrigen haben Sie die Investitionen angesprochen. Diese Position ist wirklich nicht gut: 8,5 % sind Minusrekord, das hatten wir seit Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie. Das ist die schlechteste Position, die wir je hatten. Nun gibt es natürlich immer die Rechner, die sagen, indirekt werde dann wieder investiert, wenn die Professoren, die Lehrer, die Angestellten, die Bediensteten, die Polizeibeamten Geld erhalten und dieses dann wieder investieren. Volkswirtschaftlich stimmt es also. Aber das Land als Investor steigt aus dem Geschäft aus. 8,5 % sind zu wenig. Sie haben keine Anstrengungen unternommen, um mehr Investitionen zu tätigen.

Wir müssen bei der Verkehrsinfrastruktur, bei Krankenhäusern, Schulen, Hochschulen, Städten und Gemeinden etwas tun. Das Problem der Alterung unserer Gesellschaft haben wir überhaupt noch nicht gelöst, zum Beispiel was Pflegeeinrichtungen usw. anbelangt. Vielmehr befürchten die Kommunen, dass das Land aussteigen wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wir müssen in diese Investitionen hineingehen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Reden Sie mal mit den Bürgermeistern! Die sagen, das ist Unsinn!)

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang in erster Linie mit den großen Fragen auseinander setzen, obwohl es natürlich auch interessant wäre, zu erfahren – vielleicht bekommen wir irgendwann eine Antwort darauf –, warum eigentlich die ursprünglich geplanten Kosten bei der Landesvertretung in Brüssel allein deswegen um 800 000 € gestiegen sind, weil wir uns da auf einem fremden Rechtsgebiet befinden.

(Abg. Drexler SPD: Das war ja das Tollste! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Das habe ich bis heute noch nicht kapiert. Vielleicht haben Sie da etwas verschlafen. Irgendwie müssen Sie mir das noch erklären.

Wir haben gesagt: Wir müssen mehr Gelder in den kommunalen Investitionsfonds geben, wir müssen bei der Altbaumodernisierung mehr tun, beim Wohnungsbau usw. usf. Wenn Sie dort nur 300 Millionen € hineinstecken – das sind unsere Vorstellungen – und dies mit dem Faktor 8 multiplizieren – das ist ein anerkannter Faktor in Bezug auf die Bautätigkeit –, dann kommen Sie auf einen Schub von Gesamtinvestitionen von mindestens 1,5 bis 2 Milliarden € zusätzlich pro Jahr. Den brauchen wir.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sie sind uns da nicht gefolgt. Deswegen sind Sie von der Regierungsseite für mich – ich muss das so sagen – Wachstumsbremsen. Das ist halt so.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das Leitmotiv für die kommenden Finanzjahre für das Land Baden-Württemberg muss lauten, nicht immer nur die Fehler, den Balken im Auge des anderen zu suchen, sondern selbst zu konsolidieren, zu straffen und zu investieren. Wir werden – ich sage das ausdrücklich – nicht mehr all das machen können, was wir machen wollen. Alle zusammen – von Rot bis Schwarz über Grün und Gelb – müssen den Mut haben

(Abg. Haller SPD: Gelb kannst du vergessen! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

– ich wollte denen noch eine Chance geben, Herr Kollege Haller –, gelegentlich auch Nein zu sagen und sich auf wesentliche Punkte zu konzentrieren.

Wir haben Vorschläge zum Haushalt vorgelegt, die Sie kritisieren. Wir wollen weniger Schulden, Sie machen mehr.

(Moser)

Wir wollen mehr Investitionen, Sie machen weniger. Wir wollen das freiwillige und ehrenamtliche Sozialengagement stärken,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE zur CDU: Sie wollen kaputtmachen!)

Sie kürzen dort.

(Abg. Fleischer CDU: Merken Sie nicht, dass Sie in sich widersprüchlich sind? – Zuruf: Unglaublich!)

Wir haben in einer schwierigen Zeit eine Linie gesucht. Ich sage Ihnen ehrlich, Herr Kollege Fleischer: Ich würde gern einmal einem Landeshaushalt zustimmen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Fleischer CDU: Dass Sie nahe dran sind, wissen wir alle!)

Aber da Sie in wesentlichen Punkten kommunikations- und dialogunfähig sind

(Abg. Drexler SPD: Sie sind halt bei den Bausparkassen geblieben!)

und auch nicht einmal ein Zehntel der Vorstellungen, die wir haben und die wir für richtig halten, mit berücksichtigt haben und das nicht angenommen haben,

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE zur CDU: Sie sind dialogunfähig!)

können wir Ihrem Haushalt in diesem Jahr nicht zustimmen. Dafür bitte ich einfach um Verständnis.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Gut! – Abg. Fleischer CDU: Weniger Schulden und mehr ausgeben! Das müssen Sie erklären!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

(Abg. Teßmer SPD: Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat war das eine gute und souveräne Leitung, Herr Moser. Das muss man Ihnen als Vorsitzendem des Finanzausschusses bescheinigen.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber nicht nachmachen! Das gelingt nicht!)

Wir haben in diesen sechs Tagen die Einzelhaushalte sehr zügig durchgesprochen. Dafür ein herzliches Dankeschön. Wir waren uns da fraktionsübergreifend einig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Heike Dederer GRÜNE und Alfred Winkler SPD)

Ich will jetzt einmal ganz von meinem Redekonzept abweichen und hier bestimmte Themen ansprechen, zum Beispiel die Schwarzarbeit.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Capezzuto)

– Entschuldigung! Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Capezzuto, bin ich Diplomvolkswirt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Sind Sie nicht Pfarrer?)

Was die Schwarzarbeit betrifft, stimme ich Ihnen ja in vielen Dingen zu, Herr Moser. Aber man sollte sich einmal überlegen, wer für die Einkommensteuergesetzgebung zuständig ist – der Landtag von Baden-Württemberg oder der Deutsche Bundestag in Berlin? Sie müssen doch diese Appelle an Ihre eigenen Leute richten, damit hier eine entsprechende Änderung stattfindet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr wahr!)

Herr Kollege Moser, Sie reden von „Gebühren runter!“

(Zurufe von der SPD)

Gebühren errechnen sich nach dem alten Prinzip: „Do ut des“, das heißt: „Ich gebe, damit du gibst.“ Es wird staatlicherseits eine Leistung erbracht, und dafür wird bezahlt. Der Staat darf nicht mehr verlangen, als der Leistung entspricht.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das haben wir ja diskutiert, zum Beispiel bei den Notariatsgebühren, und haben gesagt, dass diese Gebühren zu hoch sind, weil die Leistung, die erbracht wird, mit dem, was zu zahlen ist, nicht im Einklang steht.

(Zurufe von der SPD)

Genau da setzt die ganze Geschichte an. Ich kann Gebühren nur danach berechnen, was tatsächlich an Leistungen erbracht wird. Deshalb: Gebühren können nicht herunter- oder heraufgesetzt werden; Gebühren müssen allenfalls an die entsprechenden Leistungen angepasst werden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie von der SPD-Fraktion nun darstellen, dass die Situation bei uns so sei, dass die Investitionen und die freiwilligen Leistungen heruntergefahren und die Schulden erhöht würden, dann kann ich nur sagen: Sie wissen ganz genau, wo das Problem unseres Haushalts liegt,

(Zuruf von der SPD: Bei Ihnen! Wer hat denn die Schulden hinterlassen?)

und zwar eindeutig auch und vorwiegend an der Situation der Einnahmen, die bei weitem geringer sind als beispielsweise durch die Steuerschätzungen in den Jahren 2001 und 2002 vorhergesagt.

Der finanzielle Handlungsspielraum unseres Landes ist in den letzten drei Jahren in gravierendem Umfang enger geworden. Drei Jahre Nullwachstum – dafür sind nicht wir

(Kleinmann)

verantwortlich, sondern Berlin – haben gravierende Spuren im Landeshaushalt hinterlassen.

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe, u. a. der Abg. Capezzuto und Teßmer SPD)

– Ja, entschuldigen Sie einmal, wer macht denn die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland? Wollen Sie die Verantwortung abgeben? Dann müssen Sie sagen, dass Sie sie abgeben wollen; dann übernehmen wir gerne die Verantwortung.

(Zurufe von der SPD)

Aber die Verantwortung zu haben und dann nicht dafür geradezustehen zeugt von einem sehr krummen Rückgrat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Ich beschränke mich zunächst einmal auf einen Vergleich der Steuerschätzung vom Mai 2002 mit der Steuerschätzung vom November 2003. Für das Jahr 2004 wurde vor eineinhalb Jahren – rechnen Sie zurück, dann sind Sie im Mai 2002 – ein Steueraufkommen von 24,7 Milliarden €, im letzten Herbst aber nur noch ein Steueraufkommen von 22,2 Milliarden € prognostiziert. Das sind innerhalb von eineinhalb Jahren also 2,5 Milliarden € weniger.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer hat sich denn da so verrechnet? – Abg. Schmid SPD: Das waren alles Diplomvolkswirte! – Weitere Zurufe von der SPD – Heiterkeit bei der SPD)

– Herr Schmid, da will ich gar nicht widersprechen. Ich bin mit den Steuerschätzungen, wie sie vorgenommen werden, und mit den Parametern, die dafür herangezogen werden, überhaupt nicht einverstanden. Das habe ich aber hier schon einmal gesagt, Herr Schmid.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Ich habe hier schon einmal gesagt, dass die Prognosen der Kirchen, was die Einnahmen betrifft, zielsicherer sind als die des Staates.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD – Abg. Seimetz CDU: Das heißt einfach, wir müssen mehr Pfarrer im Parlament haben! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Schreiben Sie mal einen Brief an den Finanzminister!)

Das hängt entscheidend damit zusammen, dass ein entscheidender Parameter das Wachstum ist, das vom Bundeswirtschaftsministerium prognostiziert wird. Diese Prognose muss in die Berechnungen eingehen, und sie ist in der Regel falsch, weil das, was an Wachstum erwartet wird, in der Regel mit dem, was real eintritt, leider nicht zusammentrifft.

Würde man auf weiter zurückliegende Steuerschätzungen, etwa der Jahre 2000 oder 2001, zurückgreifen, dann wäre die Differenz zwischen Prognose und realem Ergebnis noch weitaus größer. Die von mir erwähnten 2,5 Milliarden € weniger stellen eben nicht nur eine Verringerung früher einmal angenommener Zuwächse dar, sondern wir haben einen realen Rückgang der Steuereinnahmen zu verzeichnen.

Auch im Jahr 2004 werden wir noch deutlich geringere Steuereinnahmen haben als im Jahr 2000.

Netto, also nach Abzug der Leistungen in die Finanzausgleichssysteme – das hat Herr Moser vorhin ja auch schon angesprochen –, waren es 17,8 Milliarden € nach der Steuerschätzung vom Mai 2002 und 16,1 Milliarden € nach der Steuerschätzung vom November 2003, also unter dem Strich 1,7 Milliarden € weniger. Das heißt, wenn sich die Wachstumserwartungen des Jahres 2002, auf denen die Steuerschätzung ja basiert, erfüllt hätten, hätten wir in den vergangenen zwei Monaten nicht daran arbeiten müssen, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, und wir hätten eine neue Rekordverschuldung des Landes vermeiden können. Vielmehr wären wir auf einem soliden Pfad, die Nullnettoneuverschuldung spätestens mit dem Haushalt 2006 zu erreichen. Denn auch wenn mit einem angemessenen wirtschaftlichen Wachstum in gewissem Umfang Mehrausgaben verbunden gewesen wären, so würde dieser Haushalt mit zusätzlichen Steuereinnahmen von netto 1,7 Milliarden € nur noch eine Neuverschuldung ausweisen, die vielleicht nicht genau bei 339 Millionen €, aber doch so deutlich unterhalb von 1 Milliarde € läge, dass spätestens im Jahr 2006 eine Neuverschuldung von null erreicht wäre.

Wer angesichts dieser Tatsachen behauptet, wir hätten kein Einnahmeproblem, versucht bewusst Vernebelungsstrategien, weil es seinen politischen Absichten besser entspräche, wenn es im Landeshaushalt nur ein Ausgabenproblem gäbe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann wäre Ihr Weltbild in Ordnung und könnten Sie die Probleme des Haushalts beruhigt der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen in die Schuhe schieben, während das Einnahmeproblem – und da sind Sie in Berlin nun einmal zuständig – ganz eindeutig ein Problem des Versagens von Rot-Grün in der Wirtschafts-, Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aha!)

Dass der Landeshaushalt auch, aber eben nicht nur ein Ausgabenproblem hat, haben die Redner unserer Fraktion in vielen Debattenbeiträgen unterstrichen. Das ist aber nicht ein Problem der Gestaltung der Einzelpläne der Ministerien gewesen, denn deren Etats sind über die Jahre 1997 bis 2003 im Durchschnitt um 8,6 %, pro Jahr also im Durchschnitt lediglich um 1,4 % gestiegen. Es sind vielmehr vor allem die bisher im Einzelplan 12 veranschlagten Pensionsausgaben und die Zinsen gewesen. Die damit benannten Probleme nehmen weiter zu.

Die Pensionsausgaben werden unausweichlich weiter steigen. Angesichts der bestehenden Verschuldung macht es keinen Sinn, einen Pensionsfonds einzurichten, der diesen Namen tatsächlich auch verdienen würde. Aber wir müssen Transparenz schaffen. Dazu ist ein erster Schritt, dass jetzt erstmals in der Geschichte die Pensionen und die dazu gehörenden Beihilfeleistungen nicht mehr im Rahmen des Einzelplans 12 – Allgemeine Finanzverwaltung –, sondern im Einzelplan des jeweiligen Ministeriums veranschlagt sind, und dorthin, Frau Kollegin Dederer, gehören sie auch. Darin sind wir uns einig.

(Kleinmann)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist richtig!)

Ein zweiter Schritt hin zu mehr Transparenz ist die Erstellung – ich habe dies schon einmal erwähnt, möchte es aber nochmals hervorheben, weil es wichtig ist – von so genannten Generationenbilanzen. Hätten wir sie für den Haushalt unseres Landes, würden sie deutlich zeigen, in welchem Ausmaß wir bis heute Lasten in die Zukunft verschieben. Darin sind wir uns, glaube ich, auch einig. Insoweit leben wir über unsere Verhältnisse, das heißt, zulasten der nächsten Generationen. Wir wollen dies offen legen; denn auch dies gehört zwingend zur Transparenz öffentlicher Haushalte.

Wenn uns die bedrohliche Entwicklung der Pensionszahlungen in Zukunft nicht völlig überfordern soll, stehen uns im Personalbereich nur drei Wege offen. Erstens: Wir müssen die Zahl der Bediensteten verringern, und das muss, wenn der Höhepunkt der Schülerzahlentwicklung nach dem Schuljahr 2006/2007 überschritten ist, auch für den Bildungsbereich gelten. Zweitens: Wir müssen das reale Pensionseintrittsalter noch deutlicher erhöhen, als es in den letzten Jahren schon gelungen ist. Drittens: Wir werden gar nicht daran vorbeikommen, parallel zur sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus auch, so schmerzlich das ist, das Niveau der Pensionen schrittweise abzusenken. Nur so wird zu erreichen sein, dass die Personalausgaben insgesamt nicht einen immer stärker steigenden Anteil unseres Haushalts in Anspruch nehmen und damit jedes Bemühen um eine dauerhafte Konsolidierung des Haushalts konterkarieren würden.

Ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum und eine entsprechende Erholung der Steuereinnahmen sind aber unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass wir auf dem Weg dauerhafter Haushaltskonsolidierung erfolgreich sein können. Doch Wachstum allein wird nicht ausreichen; denn die mittelfristige Finanzplanung zeigt auch, dass selbst ordentliche Wachstumsraten bei den Steuereinnahmen nicht genügen werden, das Konsolidierungsziel quasi von selbst zu erreichen. Nehmen wir das Planungsjahr 2007. Dort weist die mittelfristige Finanzplanung 2,4 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen aus als im laufenden Jahr 2004. Aber, meine Damen und Herren, von diesen 2,4 Milliarden werden 2,1 Milliarden € allein für die höheren Personalausgaben mit weit überproportional steigenden Pensionsverpflichtungen und höheren Zinslasten benötigt. Wachstum ist deshalb unabdingbar, aber es ist keine Zauberformel. Hinzu kommen müssen Einschnitte bei einer Vielzahl von Leistungen, die das Land über alle Einzelpläne des Haushalts hinweg selbst erbringen und fördern muss.

Mein Eindruck auch in diesen Haushaltsberatungen ist, dass die Opposition dies noch immer nicht wahrhaben will.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Noch immer gibt es diese reflexartigen Haushaltsanträge, die gegen jede Kürzung um beispielsweise 200 000 € einen Antrag auf Wiederaufstockung um genau diese 200 000 € setzen. Damit – tauschen Sie sich doch einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern aus, in denen

Sie an der Regierung beteiligt sind – werden wir nicht mehr weiterkommen.

(Abg. Teßmer SPD: Verstehen Sie etwas davon?)

Sie werden auch mit einer Oppositionsstrategie nicht weiterkommen, bei der Sie glauben, ganze Bereiche von Kürzungen einfach ausnehmen zu können, und die die dafür benötigten Mittel dann nicht durch reale stärkere Kürzungen an anderer Stelle, sondern durch Luftnummern bereitstellt, die für Sie den großen Vorzug haben, niemandem wehzutun, die aber für eine realistische Haushaltspolitik völlig unbrauchbar sind.

Angesichts der Größe der Konsolidierungsaufgabe gilt – da sind wir uns ja einig –: Kein Bereich darf von vornherein von den Kürzungsanstrengungen ausgenommen werden, auch nicht die Bereiche, denen zu Recht höchste landespolitische Priorität zukommt. Denn es darf keinen einzigen Bereich geben, der nicht daraufhin überprüft werden müsste, ob die dort erbrachten Leistungen nicht effizienter, kostengünstiger und bürgernäher möglich sind –

(Abg. Schmid SPD: Vizepräsident! – Abg. Teßmer SPD: Das hat man gestern gemerkt!)

Stichworte Effizienzreserven erschließen, Subsidiaritätsprinzip, Delegation nach unten, Aufgabenkritik, Bürokratieabbau, Mut zu Prioritäten und dergleichen mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ein weiteres Stichwort: Vorrang von privater vor öffentlicher Erbringung von Leistungen, wo immer dies möglich ist. Die Staatsquote ist bei weitem noch zu hoch. Die Verwaltungsreform und die Justizreform, meine Damen und Herren, sind in ihrem jeweiligen Bereich Beispiele für diese Vorgehensweise.

Es gibt eine Fülle weiterer Beispiele, die angegangen werden müssen und von denen ich nur eines nennen will: Wir brauchen eine große Reform der Steuerstruktur,

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

eine Reform, die die Tarife weiter senkt und dafür Ausnahmetatbestände und legale Steuerschlupflöcher beseitigt – Kollege Moser, da sind wir uns jetzt einig –,

(Abg. Moser SPD: Ja!)

eine Reform nach dem Motto „einfach, niedrig und gerecht“

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Seimetz CDU und Heike Dederer GRÜNE)

und damit eben auch eine Reform, die einen weiteren Stellenabbau in der Steuerverwaltung ermöglicht,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ja!)

anstatt die Bediensteten der Steuerverwaltung mit immer neuen und immer unüberschaubareren Vorschriften weiter zu belasten. Da stimmen Sie, Frau Dederer, mir sicherlich zu.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig! Das habe ich am Freitag gesagt! – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

(Kleinmann)

Schließlich noch einmal zum Verhältnis von Land und Kommunen – ein ganz wichtiges Thema –, das ja vorhin auch schon angesprochen worden ist.

Beide Seiten, das Land und die Kommunen, hatten unter den wegbrechenden Steuereinnahmen der letzten Jahre schwer zu leiden – aber eben beide Seiten. Wenn der Deutsche Städtetag erst vorgestern wieder beklagt hat, die Einnahmen der Kommunen würden trotz der Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens nicht nur im Jahr 2003, sondern auch im Jahr 2004 unter denen des Jahres 2000 liegen, dann muss man eben wissen: Dasselbe gilt auch für das Land Baden-Württemberg. Die überproportionale Belastung der Kommunen aber, die insbesondere durch die Eichel'sche Fehlkalkulation bei der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zustande gekommen war, ist mit dem Abschluss des Vermittlungsverfahrens beseitigt. Das Sofortprogramm zugunsten der Kommunen, das FDP und Union wiederholt gefordert hatten, ist inzwischen Gesetz.

(Beifall der Abg. Theurer und Dr. Noll FDP/DVP)

Die Notwendigkeit einer umfassenden Gemeindefinanzreform aber bleibt – Kollege Theurer hat schon wiederholt darauf hingewiesen –, und sie kann nach unserer festen Überzeugung nicht in einer Modernisierung oder Revitalisierung der Gewerbesteuer bestehen, sondern nur darin, die Gewerbesteuer abzuschaffen und sie durch einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer oder durch ein Hebesatzrecht auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuer zu ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: „Und“!)

– „Und“, ja, Entschuldigung.

Das, was auch bei diesen Haushaltsberatungen gegen dieses Modell vorgebracht worden ist, geht völlig fehl. Es macht keinen Sinn, immer wieder aus alten Papieren des Städtetags vorzulesen, die sich gar nicht auf dieses Modell, sondern auf einen Vorschlag von BDI und VCI beziehen.

Es bleibt dabei: Nur dieser Weg sichert den Kommunen einen verlässlichen Anteil am Steueraufkommen. Nur dieser Weg stellt gleichzeitig einen Beitrag zur Entbürokratisierung und Steuervereinfachung dar, und nur dieser Weg trägt gleichzeitig zu mehr Bürgernähe bei kommunalen Haushaltsentscheidungen bei.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zur Frage der aktuellen Ausgestaltung eines aufgabengerechten Finanzausgleichs zwischen dem Land und den Kommunen haben SPD und Grüne bei den Beratungen unterschiedlich argumentiert. Während die SPD wenigstens das gemeinsame Votum der Finanzverteilungskommission zur Spitzabrechnung der kommunal bedingten Aufwendungen im Finanzausgleich akzeptiert hat, gaben sich die Grünen hier noch kommunalfreundlicher als die kommunalen Landesverbände selbst.

Ich bleibe dabei: Sie können damit nur eines erreichen wollen, nämlich im Land Propaganda gegen die Landesregierung zu betreiben und ihr Kommunalfeindlichkeit vorhalten

zu können, um von den eigenen Fehlern und dem Versagen von Rot-Grün in Berlin insgesamt abzulenken.

Ich bleibe auch dabei: Wenn wir heute die Auswirkungen der Steuerschätzung vom November, die Kürzung der Finanzausgleichsmassen um 80 Millionen € und die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens zusammennehmen, müssen wir sagen: Im Ergebnis steigt der kommunale Anteil an den Nettosteuererinnahmen von Land und Gemeinden im Jahr 2004 wieder auf etwa 41,6 % an. Er liegt damit beim gleichen prozentualen Anteil wie 1993, zwar unter dem Anteil, der den Kommunen zwischen 1998 und 2002 zugeflossen ist, aber über dem Anteil, der ihnen in den Jahren 1994 bis 1997 zur Verfügung stand.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens die kommunalen Haushalte auch in den kommenden Jahren deutlich stärker entlasten als den Haushalt des Landes, werden die Änderungen, die durch das Haushaltsstrukturgesetz am FAG vorgenommen werden, dem Anspruch fairer Partnerschaft zwischen Land und Kommunen durchaus gerecht.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Um ein vernünftiges Miteinander von Bund, Land und Kommunen dauerhaft zu gewährleisten, muss aber ein Punkt dringendst erledigt werden, nämlich die Aufnahme des Konnexitätsprinzips ins Grundgesetz; in der Landesverfassung steht es.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP stimmt dem Haushalt zu.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da sind wir aber erleichtert!)

Wie Sie ja mitbekommen haben, haben wir noch einige Änderungen in der Schlussphase vorgenommen, so die schon erwähnte Erhöhung der Sportförderung. Auch manche Kürzungen haben wir teilweise zurückgenommen, so bei den soziokulturellen Zentren, bei den kleinen Theatern und bei den freien Theatern. Insgesamt gesehen, glauben wir, ist der Haushalt in sich ausgewogen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem verehrter Kollege Scheffold!

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Verehrte Frau Kollegin!)

Herr Scheffold, ich kann Ihr Gejammer über die Situation in Berlin wirklich nicht mehr hören.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU – Abg. Hauk CDU: Das ginge mir an Ihrer Stelle auch so!)

(Heike Dederer)

Fünf Minuten Ihrer Rede haben Sie allein dafür verwendet, mit dem Zeigefinger auf Berlin zu zeigen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Ich hätte auch zehn Minuten darüber reden können! Ich war sehr zurückhaltend! – Abg. Schmiedel SPD zu Abg. Dr. Scheffold CDU: Alter Jammerlappen! Weichei!)

Sie wissen genauso gut wie ich, dass Sie im Bundesrat eine Mehrheit haben und die meisten Beschlüsse des Vermittlungsausschusses mitgetragen haben. Also stehen Sie doch endlich dazu!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich halte das alles nur für billige Ablenkungsmanöver.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Ha no, ha no! – Abg. Schmiedel SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Letztendlich entbindet Sie das auch nicht von Ihrer Verantwortung hier im Land.

Meine Damen und Herren, wir haben eben kein Einnahmeproblem.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Das meinen Sie doch nicht ernst, Frau Kollegin!)

Kollege Kleinmann hat wieder versucht, uns das weiszumachen. Das glaubt Ihnen keiner mehr.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch!)

Das glaubt Ihnen nicht einmal Ihr eigener Finanzminister.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der wird gleich etwas dazu sagen! – Abg. Hauk CDU: Doch! Er glaubt ihm!)

– Der wird gleich etwas dazu sagen, und zwar wird er Ihnen sagen, dass ein Wirtschaftswachstum, von dem Sie glauben, dass es die Haushalte rettet, unseren Haushalt eben nicht retten wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch!)

Sie bräuchten zehn Jahre lang ein Wirtschaftswachstum von jährlich 5 %, um eine Nettonullverschuldung hinzubekommen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Das ist unrealistisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist ein Märchen! – Abg. Theurer FDP/DVP: Aber wünschenswert!)

Wir hatten im letzten Jahr 3,3 % mehr Steuereinnahmen als im Jahr 2002, meine Damen und Herren,

(Abg. Schmiedel SPD: So, Herr Kleinmann! Herr Kleinmann, aufpassen! – Abg. Dr. Scheffold CDU: Wir haben heute weniger als 1999, Frau Kollegin!)

und das – das sage ich Ihnen als Volkswirt, Herr Kleinmann – bei einem Nullwachstum. 22 Milliarden € Einnahmen, das ist fast so viel wie im Rekordjahr 2000. Sie wissen auch, Kollege Kleinmann, dass im Jahr 2000 der Hochpunkt des Konjunkturzyklus war.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Weniger als 1999!)

Eigentlich wäre es ja gar nicht legitim, das Jahr 2002 überhaupt mit dem Jahr 2000 zu vergleichen. Also reden Sie hier nicht immer über die Einnahmeseite!

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Doch!)

Wir haben kein Einnahmeproblem, wir haben ein Ausgabenproblem, meine Damen und Herren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein!)

Wir haben ein strukturelles Defizit, weil Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, 50 Jahre lang auf Pump gelebt haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist schon billig! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Herr Birk, lesen Sie einmal das, was Ihr Kollege gesagt hat! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Was ist denn daran billig, Kollege Birk? – Die Quittung bekommen wir jedes Jahr in unserem Landeshaushalt. Wir zahlen jedes Jahr 2 Milliarden € an Zinsen, meine Damen und Herren.

Wir haben auch ein strukturelles Defizit, weil wir keine Rückstellungen für die Beamtenpensionen gebildet haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig, ja!)

Dieses Jahr sind es allein 2,5 Milliarden € im Haushalt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Die Belastung steigt auf bis zu 8 Milliarden € im Jahr 2030 an. Wir haben ein strukturelles Defizit, und das hat die Regierung zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Fischer SPD: Richtig!)

Jetzt haben Sie es ja immerhin geschafft – Kollege Scheffold, das erkenne ich an –, 1 Milliarde € einzusparen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Mehr!)

Diese Einsparung tragen wir übrigens zu einem großen Teil mit. Aber das reicht leider nicht.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Das stimmt!)

Sie machen dennoch über 2 Milliarden € neue Schulden in diesem Jahr. Das ist ein Wahnsinn. Denn unsere Kinder müssen letztendlich die Zeche – in diesem Fall: die Schulden – zahlen. Mir wird es schlecht, wenn ich allein in die mittelfristige Finanzplanung hineinschaue, die uns der Finanzminister jetzt vorgelegt hat.

Ich kann Ihnen das hier auch sehr deutlich visuell zeigen, was diese mittelfristige Finanzplanung bedeutet, meine Damen und Herren.

(Heike Dederer)

(Die Rednerin hält ein Schaubild mit dem Titel „In Wirklichkeit zu erwartende Nettokreditaufnahme“ hoch. – Abg. Dr. Birk CDU: Aber hinter der Grafik sieht man Sie nicht mehr!)

Ich brauche es nicht so sehr in diese Richtung zu zeigen, sondern zeige es in diese Richtung. Die Grafik zeigt:

(Abg. Dr. Birk CDU: Schöne schwarze Balken!)

Im Jahr 2005 über 3 Milliarden € Defizit. Im Jahr 2006 sind es 3,2 Milliarden €. 2007 sind es noch einmal 3,2 Milliarden €.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schöne schwarze Balken!)

– Der schwarze Balken ist die geplante Neuverschuldung. Die sinkt natürlich. Aber in gleichem Maße steigt die Deckungslücke. Da müssen Sie uns schon einmal sagen, wie Sie im Jahr 2008 bei null ankommen wollen. In der mittelfristigen Finanzplanung, meine Damen und Herren, steht keine Strategie. Ich weiß nicht, wie Sie da überhaupt noch ruhig schlafen können.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir hoffen, dass Sie einen guten Schlaf haben!)

Es kann sein, dass ich Sie mit diesen Zahlen langweile, weil ich sie ja immer wieder anbringe. Aber ich werde diese Zahlen so lange wiederholen, bis sie bei Ihnen da oben angekommen sind und sich auch in Ihrer Politik auswirken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, was kann man tun? Ich möchte Ihnen einfach einmal vier Punkte nennen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jetzt sind wir gespannt!)

Der erste Punkt: Es ist nötig, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Wir müssen Verständnis für die Einschnitte wecken. Das kann man nur, wenn man offen mit der Situation umgeht. Das bedeutet in Ihrem Fall, zu sagen: „Finanzpolitisch sind wir nicht Spitze, sondern wir stehen am Rande eines Abgrunds.“ Machen Sie das den Leuten draußen endlich klar!

Zweiter Punkt: Wir brauchen mehr Transparenz, wir brauchen Klarheit und Wahrheit in diesem Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haubmann SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja! So ist es!)

Das bedeutet ein Ende der Schattenhaushalte und ein Ende der Schattenschulden, meine Damen und Herren. Was ist ein klassischer Schattenhaushalt? Die Landesstiftung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist eine alte Kammelle!)

– Ich erwähne es immer wieder, weil es immer drängender wird, die Landesstiftung aufzulösen und in den Landeshaushalt einzubringen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Dann müssten wir Steuern zahlen!)

Das Zweite beim Stichwort Transparenz sind natürlich die Pensionen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! So ist es! Und die Zinsen!)

Kollege Kleinmann, Sie haben es angesprochen. Die Grünen-Fraktion ist bisher die einzige, die den Barwert unserer Pensionsverpflichtungen ausgerechnet hat. Wir kommen auf 70 Milliarden €; das ist das Doppelte unseres aktuellen Schuldenstands, meine Damen und Herren. Was machen Sie von der Regierung? Sie blenden das völlig aus. Es erfolgt keine Ausweisung dieser künftigen Verpflichtungen im Haushalt,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

es werden kaum Rücklagen gebildet, und es gibt keine Strategie, meine Damen und Herren.

Ganz im Gegenteil: Mit Ihren Kürzungen bei den Beamten, Kollege Scheffold, und der Umlage des Weihnachtsgelds auf eine monatliche Zahlung und der damit einhergehenden Dynamisierung und Ruhegehaltsfähigkeit verschärfen Sie das Problem in Zukunft und belasten kommende Haushalte. Das ist unverantwortlich!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

Meine Damen und Herren, auch ich habe in diesem Fall keine Patentlösung. Das kann ich hier ja offen sagen. Aber man muss sich endlich einmal diesem Problem stellen und mit Diskussionen beginnen. Andere Bundesländer handhaben das schon entsprechend.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Na, na!)

Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren,

(Abg. Hoffmann CDU: Wie hoch ist dort die Verschuldung?)

bildet seit 1996 für jeden neu eingestellten Beamten eine Rückstellung. Im Schnitt sind das 28 % des Bruttogehalts der Staatsdiener. Dieses Geld wird in einen Pensionsfonds eingezahlt. Das ist ein Beispiel für eine nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hoffmann CDU: Wie hoch ist da die Verschuldung? – Gegenruf des Abg. Dr. Birk CDU: Weiß sie nicht!)

Dritter Punkt: Schwerpunkte in der Politik setzen. Wir haben in diesem Haushalt ganz klar unsere Schwerpunkte formuliert. Ein Schwerpunkt ist, dass wir nicht auf Kosten der Kommunen sparen. Sie versuchen, Ihren Haushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Wir machen hier nicht mit; wir wollen keine Kürzungen auf Kosten der Kommunen.

CDU und FDP/DVP reden es ja immer schön – sie haben es auch hier wieder getan – und sagen, die Kürzungen seien einvernehmlich beschlossen worden.

(Heike Dederer)

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Vereinbarungen mit den Kommunen! Vereinbarungen sind das, Frau Kollegin!)

Ich habe den Bericht der Finanzverteilungskommission gelesen. Darin ist viel Kritik enthalten, meine Damen und Herren.

Wie sieht es denn in der Realität aus? Ich will Ihnen einmal etwas aus einer Vorlage vom letzten Dienstag des Gemeinderats von Bietigheim-Bissingen, dem ich angehöre, vorlesen:

(Abg. Dr. Birk CDU: Wahlkampfwerbung!)

Zu diesem Zeitpunkt stand noch nicht fest,

– da geht es um die Musikschule –

dass die Einnahmen des Musikschuletats wegen Kürzungen des Landeszuschusses um weitere 15 000 € geringer ausfallen werden. Dies bedingt eine noch stärkere Anhebung der Gebühren als vorgesehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Dederer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rückert?

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Gerne.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Rückert.

Abg. Rückert CDU: Frau Kollegin, wenn Sie Mitglied des Gemeinderats der Stadt Bietigheim-Bissingen sind, dann kennen Sie sich auch mit der Verschuldung dort aus. Sagen Sie einmal, wie die Verschuldung der Stadt Bietigheim-Bissingen im Vergleich zu der des Landes ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Staatssekretär, das ist jetzt ein gutes Stichwort. Vielen Dank! Wir sind Mitte dieses Jahres schuldenfrei; aber wir haben dieses Jahr aus dem Vermögenshaushalt eine Zuführung in den Verwaltungshaushalt in Höhe von 2,5 Millionen €. Wir haben Gott sei Dank diese Rücklagen. Wir müssen dieses schlechte Jahr ausgleichen. Aber wir haben diese Auswirkungen hier bei uns und können sie nicht auffangen. Den meisten Kommunen geht es schlechter als Bietigheim-Bissingen. Das muss Ihnen doch zu denken geben, meine Damen und Herren.

(Abg. Wieser CDU: Euch geht es doch nicht schlecht!)

Wie sieht es denn hier aus? Wir sind gezwungen, die Gebühren für die Musikschulen zu erhöhen. Das wird zu Abmeldungen führen. Das geht alles auf Kosten der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Auf dem Rücken der Kinder wird das ausgetragen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Oh! – Abg. Wieser CDU: Bei der Musikschule? Jetzt aber holen Sie doch einmal Luft! Um Gottes willen! Da könnte ich Ihnen zehn Beispiele aus der Sozialpolitik sagen! Jetzt hört es aber langsam auf!)

Da kann ich nur sagen: Bravo, das ist die familienfreundliche Politik der CDU!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wieser CDU: Sie müssen die Beispiele besser wählen! Der Barwert Ihrer Rede wird immer kleiner!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt ist die Bildung. Kollege Wieser, da werden Sie mir zustimmen. Wir müssen unsere Schulen stärken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig! – Abg. Wieser CDU: Jetzt wird es besser!)

Wir brauchen mehr Autonomie an unseren Schulen. Wir brauchen mehr Ganztagschulen. Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen einen Weg aufgezeigt, wie man das machen kann, ohne unter dem Strich einen einzigen Euro mehr auszugeben. Wir bauen schlicht und ergreifend die Schulverwaltung ab und geben die Ressourcen an die Schulen. Sie haben unseren Vorschlag abgelehnt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein!)

Das zeigt wieder deutlich, dass Sie sich vor strukturellen Reformen drücken, übrigens nicht nur im Schulbereich, sondern auch in anderen Bereichen. Die Verwaltungsreform ist das beste Beispiel dafür.

Der vierte Punkt: Wir müssen uns auf unsere Kernaufgaben beschränken, meine Damen und Herren. Ohne eine Beschränkung auf die Kernaufgaben, ohne eine Aufgaben- und damit natürlich auch eine Ausgabenreduktion können wir diesen Landeshaushalt nicht retten. Ich frage Sie schon, verehrter Kollege Scheffold und Kollege Kleinmann: Gehört es zu den Kernaufgaben des Staates, Billigflieger zu subventionieren, Messebau zu subventionieren, Weinbau, Pferdezucht, Spaßbäder und die Formel 1 zu subventionieren? Ich könnte die Aufzählung beliebig fortsetzen. Das sind keine Kernaufgaben des Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Was machen jetzt CDU und FDP/DVP?

(Abg. Wieser CDU: Bei Ihnen ist die Wirtschaft eine Melkkuh ohne Fütterung!)

Sie drücken sich um die politische Diskussion, indem Sie auf globale Minderausgaben setzen. Allein 400 Millionen € sind es im Etat 2004, über die letztendlich nicht das Parlament entscheidet. Ich möchte Ihnen noch einmal klar machen, um welche Summe es da geht. Das ist das Doppelte von dem, was Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen selber noch als Nachschiebeliste eingebracht haben. Hören Sie doch endlich auf, sich selbst zu beschneiden, meine Damen und Herren.

Das Zweite, was ich in diesem Zusammenhang erwähnen will, ist die Haushaltsstrukturkommission, angeblich ein Allheilmittel. Übrigens gibt diese Haushaltsstrukturkommission auch guten Aufschluss über das Demokratieverständnis des Kollegen Oettinger. Auf den Vorwurf, dass sich die CDU und die FDP/DVP nicht an den Ausschuss-

(Heike Dederer)

beratungen beteiligen und hier im Prinzip immer nur abnicken, was von der Regierung kommt,

(Abg. Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

was ja stimmt – außer dem Kollegen Winckler sind die CDU und die FDP/DVP tatsächlich ein sehr desinteressierter Haufen –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Also jetzt reicht's!
Das ist eine Unverschämtheit! Ich hoffe, das wird gerügt!)

sagt Herr Oettinger, die Fraktionen seien ja in der Haushaltsstrukturkommission vertreten, meine Damen und Herren. Da muss ich schlichtweg sagen: Weder die SPD sitzt drin, noch die Grünen sitzen drin, und von Ihnen sitzen doch auch nur die Fraktionsspitzen drin. Was ist denn da an dieser Haushaltsstrukturkommission demokratisch legitimiert? Gar nichts!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ganz ehrlich: Sie müssen ja ein Zehntel des Etats einsparen, wenn Sie tatsächlich eine Nullverschuldung hinkommen wollen. Ein Zehntel des Etats sind ungefähr 3 Milliarden €.

(Abg. Hauk CDU: Entschuldigung! Wenn Sie im September auf die Regierung zugegangen wären, dann könnten Sie das genau so machen!)

Soll das etwa die Haushaltsstrukturkommission machen? Wir haben jetzt schon große Anstrengungen unternommen, überhaupt 1 Milliarde € einzusparen. Das geht nur mit dem gesamten Parlament, meine Damen und Herren.

Ich frage mich schon, ob Herr Kollege Oettinger unter dem Königsrecht des Parlaments versteht, dass die Haushaltsstrukturkommission Vorschläge macht und das Parlament nachher diese Vorschläge einfach abnicken soll. Mir kommt es so vor, als wolle er hier bald der Sonnenkönig sein nach dem Motto „L'état, c'est moi“. Dann entscheidet er, was gemacht wird,

(Abg. Wieser CDU: Welche Sprachkenntnis, Frau Kollegin!)

übrigens bevor er überhaupt auf dem Thron sitzt, Kollege Wieser. Meine Damen und Herren, so geht es nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich erwarte von Ihnen, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, dass Sie in den nächsten Monaten konstruktive Vorschläge machen, eine Strategie entwickeln, wie wir das Ziel der Nettonullverschuldung tatsächlich erreichen, und dass Sie dies auch mit dem gesamten Parlament diskutieren. Denn das ist die grundsätzliche Zukunftsfrage für Baden-Württemberg.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ursprünglich wollte ich nur noch etwas zu dem Antrag der SPD sagen, den Herr Kollege Moser vorgestellt hat. Aber jetzt haben mich die Ausführungen der Frau Kollegin Dederer und noch ein anderer Grund veranlasst, noch einmal das Wort zu ergreifen.

Frau Kollegin Dederer, Sie haben davon gesprochen, wir hätten im Land Baden-Württemberg kein Einnahmeproblem. Ich darf Sie einfach darauf hinweisen, dass wir im Jahr 2003 weniger Steuereinnahmen hatten als im Jahr 1999.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir haben 3,5 % mehr als im Jahr 2001!)

Auf der Personalkostenseite haben wir natürlich erhebliche Mehrkosten als im Jahr 1999. Wie Sie vor diesem Hintergrund zu der Aussage kommen können, wir hätten im Land Baden-Württemberg kein Einnahmeproblem und statt dessen ein reines Ausgabenproblem, ist mir, Frau Kollegin Dederer, völlig unerfindlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist abenteuerlich! – Abg. Wieser CDU: Verdrängungskunst! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sagen Sie einmal die Zahlen!)

Frau Kollegin Dederer, überlegen Sie sich im Übrigen einmal, wie Sie in den letzten zehn Jahren die Haushaltsberatungen hier gestaltet haben, was Sie hier alles gefordert und verlangt haben.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Alles gegenfinanziert!)

Sie haben mehr Personal verlangt, Sie haben ständig mehr Lehrer, mehr Polizisten und mehr Geld für Soziales verlangt.

(Abg. Wieser CDU: Genau!)

Heute sagen Sie, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen würden nicht genug tun, um diesen Haushalt finanzneutral zu gestalten.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Weil wir es begriffen haben, Herr Kollege Scheffold!)

Das ist für mich einfach nicht mehr nachvollziehbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Das ist heuchlerisch!)

Sie haben aus einer Vorlage eine Aussage zur Musikschule in Bietigheim-Bissingen zitiert.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ja!)

Vergleichen Sie die Situation hier einmal mit der in anderen Bundesländern. Welches Land gibt noch so viel Geld für die Musikschulen aus? In sehr vielen anderen Bundesländern sind Musikschulen rein kommunal finanziert.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Und wir haben es gesetzlich festgelegt! 10 % gesetzlich festgelegt! – Abg. Schmiedel SPD: Wieso wollen Sie

(Dr. Scheffold)

die Steuern denn immer noch weiter senken? –
Abg. Wieser CDU: Die meisten anderen Länder pfeifen im Wald, aber machen keine gute Haushaltspolitik!)

Vor diesem Hintergrund kann ich Ihre Ausführungen eigentlich nicht verstehen. Sie haben gefragt, wie wir die Deckungslücke finanzieren wollen. Wir wollen die Deckungslücke selbstverständlich durch Einsparungen finanzieren. Aber Einsparen allein wird bei diesen Ausfällen, die wir auf der Steuereinnahmeseite haben, niemals genügen. Deswegen habe ich ständig im Finanzausschuss, in der Pressekonferenz und auch schon in den vergangenen Jahren davon gesprochen, dass wir auf der Steuereinnahmeseite erhebliche Zuwächse brauchen, um diese Defizite auszugleichen.

(Abg. Hauk CDU: Und zwar durch Wirtschaftswachstum! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Selbstverständlich.

(Heiterkeit – Zuruf: Jetzt hat er in die falsche Richtung geguckt!)

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Wacker.

Abg. Wacker CDU: Herr Kollege Scheffold, ist Ihnen bekannt – diese Frage richte ich mit einem Blick zu ihr auch an Frau Kollegin Dederer –,

(Heiterkeit – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Aha!)

dass die Gebühren der Musikschule in Bietigheim-Bissingen schon vor 15 bis 20 Jahren zu den höchsten in Baden-Württemberg gehörten? Das war schon zu Zeiten, als die kommunalen Kassen wesentlich besser gefüllt waren als heute.

(Abg. Wieser CDU: Oi! Das war ein Kulturbanause dort! – Gegenruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Unruhe)

Abg. Dr. Scheffold CDU: Herr Kollege Wacker, ich wusste das bisher nicht, aber ich nehme es jedenfalls mit Interesse zur Kenntnis.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Wer war denn da Oberbürgermeister?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf noch einen weiteren Punkt – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, und zwar des Abg. Schmid?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

(Unruhe)

Abg. Schmid SPD: Ist Ihnen bekannt, wer zu dieser Zeit Oberbürgermeister der Stadt Bietigheim-Bissingen war?

(Abg. Herrmann CDU: Und Stadtrat vor allem!)

Abg. Dr. Scheffold CDU: Ist diese Frage jetzt an mich, an den Kollegen Wacker oder an die Kollegin Dederer gerichtet?

(Abg. Wieser CDU: Frau Dederer ist im Wahlkampf, die kann man nicht fragen! – Heiterkeit der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Weitere Zurufe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will den Blick wieder auf die heutige Debatte richten. Ich habe vorhin im Eifer des Gefechts davon gesprochen, dass die Bundesregierung die Fundamente der Demokratie angreife. Gemeint habe ich Folgendes, meine Damen und Herren: Ich sehe es als einen problematischen Zustand an, wenn das Vertrauen in die Politik insgesamt schwindet. Gestern ist das zutreffenderweise auch von anderer Seite zitiert worden. Ich sehe es als einen problematischen Zustand an, wenn die Politik durch ständig wechselnde Entscheidungen – –

(Abg. Birzele SPD: Nehmen Sie die Aussage jetzt zurück oder nicht?)

Einmal wird gesagt, wir brauchten bei der Rente die Demographie nicht zu berücksichtigen. Wenige Wochen und Monate später wird wieder gesagt: Das müssen wir doch.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist viel schlimmer, solche Dinge!)

Wenn wir heute „hü“ und morgen „hott“ sagen, haben die Leute kein Vertrauen mehr in die Politik.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Das untergräbt dann auch irgendwo die Fundamente der Demokratie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Jetzt bekräftigen Sie das ja! Das ist skandalös, was Sie hier sagen! Nehmen Sie das zurück! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist ja nur peinlich, was Sie hier abliefern! – Zuruf des Abg. Schmid SPD – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Abg. Dr. Scheffold CDU: Sicher.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Kollege Scheffold, sind Sie mit mir der Meinung, dass die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen zunehmend zu wünschen übrig lässt?

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Scheffold CDU: Was ich mit meinen Ausführungen zum Ausdruck bringen wollte und wie ich sie verstanden wissen will: Ich habe Zweifel an der Verlässlichkeit und sehe auch, dass das Vertrauen in die Politik insgesamt schwindet und wir alle darunter zu leiden haben.

(Dr. Scheffold)

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Unruhe)

Ein letzter Punkt: Ich will noch darauf eingehen, dass Herr Kollege Moser einen Antrag der Fraktion der SPD vorgestellt hat. Ich darf Sie darauf hinweisen, Herr Kollege Fischer – –

(Abg. Fischer SPD: Nein, das hat mit einer Rücknahme dieser Behauptung überhaupt nichts zu tun! – Abg. Birzele SPD: Stellen Sie sich einmal vor, wie Sie sich aufregen würden, wenn wir eine solche Behauptung aufstellen würden! Unglaublich! – Weitere Zurufe)

– Herr Kollege Fischer, es ist für mich überhaupt kein Problem, diese Erklärung, wie ich sie im Wortlaut abgegeben habe, zurückzunehmen.

(Abg. Birzele SPD: Dann nehmen Sie sie auch zurück!)

Aber das Entscheidende ist, wie ich diese Aussage verstanden wissen wollte. Das habe ich hier deutlich erklärt.

(Abg. Birzele SPD: Unglaublich! – Abg. Schmid SPD: Was würden Sie sagen, wenn wir sagen würden, der Ministerpräsident gefährde die Fundamente der Demokratie? Würden Sie das für richtig halten? – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist das Allerletzte!)

– Das müssten Sie dann begründen. Dann müssten Sie doch sagen, was Sie – –

(Lebhafte Unruhe – Abg. Schmid SPD: Würden Sie das für einen demokratischen Stil halten? – Weitere Zurufe von der SPD)

Würden Sie vielleicht versuchen, eine Aussage zu begründen und nicht nur irgendwie zu artikulieren? Sie müssen doch versuchen, eine Aussage zu treffen und eine Erklärung zu geben, wie Sie sie verstanden wissen wollen. Ich habe dazu jetzt genug gesagt.

(Abg. Birzele SPD: Das ist unglaublich!)

Ein dritter und letzter Punkt zum Antrag der SPD-Fraktion.

(Abg. Wieser CDU: Schröder ist eine politische Wanderdüne! – Zurufe der Abg. Schmid und Schmiedel SPD)

– Ich habe doch die Äußerung, wie ich sie getan habe, zurückgenommen und habe versucht, zu erklären, was ich meinte. Dafür habe ich hier auch Zustimmung gefunden.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Ein letzter Punkt: Die SPD hat vorgeschlagen, zusätzliche Steuereinnahmen zur Rückführung der Nettokreditaufnahme zu verwenden. Ich möchte Sie darauf hinweisen, liebe Kollegen von der SPD, dass das bereits vom Kollegen Oettinger gesagt worden ist. Ich darf aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 27. Januar 2004 zitieren:

Jeder Euro, der in den nächsten Monaten mehr hereinkommt als geplant, sollte in den Abbau der Neuverschuldung und nicht in ein weiteres Ausgabenprogramm gesteckt werden.

Das ist für uns also im Grunde genommen eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen diese zusätzlichen Gelder – –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Bravo! – Abg. Zeller SPD: Dann stimmen Sie doch zu!)

– Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass dies auch im Haushaltsvollzug so geschehen muss. Das ist aber kein Anliegen, das wir hier mit einem Antrag beschließen müssten, sondern eines, das allenfalls im Zuge eines Nachtrags, den wir nicht vorsehen, zur Geltung kommen könnte. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Abg. Zeller SPD: Das ist ja gespalten, so was!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ja eine aufgeräumte Stimmung heute Vormittag.

Ich muss Ihnen sagen: Die Haushaltszahlen sind so, wie sie heute vorliegen, objektiv gesehen keine guten Zahlen. Mit Blick auf die Zahlen in anderen Ländern und auf das, was wir unter diesen Umständen leisten konnten, haben die Koalitionsfraktionen allerdings eine gute Leistung vollbracht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich darf zunächst auf einzelne Punkte eingehen, die von der Rednerin und von dem Redner der Opposition angesprochen worden sind.

In der Tat ist das kein Ablenkungsmanöver, sondern wir haben ein großes Problem bei den Einnahmen. Übrigens, liebe Frau Dederer, Sie haben die beiden Koalitionsfraktionen einen „desinteressierten Haufen“ genannt. Sie stehen in der nächsten Zeit unter „verschärfter Beobachtung“.

(Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das verkrafte ich!)

Nun muss ich ein Weiteres richtig stellen. Sie haben gesagt, wir hätten im letzten Jahr 3 % mehr Steuereinnahmen gehabt als im Jahr zuvor. 3 % sind knapp 600 Millionen €. Das ist richtig. Nun habe ich heute die neuen Zahlen zum Länderfinanzausgleich bekommen. Baden-Württemberg hat im letzten Jahr 550 Millionen € mehr in den Länderfinanzausgleich eingezahlt als im Jahr zuvor. Diese Mehreinnahmen haben uns überhaupt nichts gebracht; das Geld ist voll an die anderen Länder gegangen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

(Minister Stratthaus)

Zu den Zahlen des Länderfinanzausgleichs noch ein Wort. Baden-Württemberg zahlt 2,166 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich. Das heißt, meine Damen und Herren, wir sind mit großem Abstand der größte Zahler in den Länderfinanzausgleich.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wollen Sie damit sagen?)

– Was ich damit sagen will: Wichtig ist nicht nur die Tatsache, dass wir die größten Zahler sind, sondern auch, dass sich unsere Zahlen nach oben entwickelt haben. Das heißt, in den anderen Ländern war die Situation im letzten Jahr viel schlechter als bei uns. Wenn wir unsere Steuereinnahmen hätten behalten dürfen, sähe vieles besser aus. Die schlechtere Entwicklung in den anderen Ländern hat dazu geführt, dass wir 550 Millionen € mehr zahlen mussten als im Jahr zuvor. Ich meine, das muss schon genannt werden, wenn bezweifelt wird, dass wir ein Einnahmeproblem haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben auch gesagt, wir stünden am Abgrund. Wenn wir am Abgrund stehen, muss ich sagen: Ich hoffe, wir fallen nicht. Aber wenn doch, würden wir weich fallen, denn die anderen liegen schon alle unten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es, ja!)

Ich bitte Sie zu bedenken, dass kein Land außer Bayern und Baden-Württemberg in der Lage ist – ich werde nachher einige Zahlen bringen –, einen Haushalt zu verabschieden, der den Maastricht-Kriterien entspricht.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das macht es doch nicht besser!)

– Das macht es nicht besser; man muss aber einmal darauf hinweisen.

Lassen Sie mich nun einige Sätze zu dem Beitrag von Herrn Moser sagen.

Meine Damen und Herren, wir sollten doch wissen, dass wir bei den großen Reformen alle das gleiche Ziel verfolgen. Davon gehe ich zumindest aus. Ich nehme an, dass niemand hier im Haus sitzt, der nicht weiß, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückgeführt werden muss. Wenn nun die Gesundheitsreform aufgrund der Gesundheitsprämie diffamiert wird, halte ich das für äußerst bedauerlich. Es geht doch nicht darum, die „kleinen Leute“ stärker zu belasten, sondern es geht uns darum, die Lohnnebenkosten zu entlasten. Wir wollen selbstverständlich denjenigen, die nur ein geringes Einkommen haben, einen Zuschuss aus der Steuer geben, wenn die Gesundheitsprämie gezahlt werden muss. Das Dumme ist doch, dass die gesamte Sozialpolitik auch die gesetzliche Krankenversicherung und damit die Lohnnebenkosten belastet und wir dadurch eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Die Gesundheitsprämie würde dem einzelnen Versicherten nicht schaden. Sie würde allerdings die Steuer belasten, das ist wahr. Sie würde aber vor allem die Lohnnebenkosten entlasten und damit die Arbeitslosigkeit verringern.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Woher wissen Sie das?)

Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Ziel.

Weiter haben Sie darauf hingewiesen, dass das Wachstum bei uns in diesem Jahr wahrscheinlich höher ausfalle als im letzten Jahr. Im vergangenen Jahr war es null, und es wäre kein Kunststück, wenn es in diesem Jahr höher ausfiele. Man spricht von 1,7 %; gewaltig ist das nicht.

Die SPD hat beantragt, jeden Euro an Steuermehreinnahmen zur Verminderung der Verschuldung zu verwenden. Dafür bin auch ich. Ich will Ihnen allerdings einmal die Zahlen zu den Steuereinnahmen des Monats Januar nennen; ich habe sie gerade bekommen. Im Januar lagen die Steuereinnahmen bereits wieder um 2,5 % niedriger als im Januar des Vorjahres. Gleichzeitig sind sie um 3,4 % niedriger als das Soll. Das Soll errechnet sich aus dem Ergebnis der Steuerschätzung geteilt durch 12.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Die Behauptung, dass es in diesem Jahr steil aufwärts ginge, ist bei diesen Steuereinnahmen eher widerlegt. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich freue mich keineswegs darüber. Aber man muss das einfach einmal feststellen. Es ist eine Tatsache. Bisher ist von der Wende, von der Sie gesprochen haben, zumindest bei den Steuereinnahmen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nichts zu sehen!)

noch nichts zu sehen.

Sie haben außerdem von einem Gutachten gesprochen, das wir hätten erstellen lassen. Meine Damen und Herren, das Gutachten über die Steuerbeamten und deren Anzahl ist nicht etwa von außen angefordert worden, sondern dabei handelte es sich um eine Stellungnahme unseres Landesrechnungshofs. Ich glaube, es ist schon ein Unterschied, ob wir für Gutachten Millionen nach außen vergeben oder ob ein Gutachten von unserem Landesrechnungshof stammt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Herr Moser hat auch beklagt, dass so viele Deutsche Steuerflucht begingen. Das beklagen auch wir. Im Übrigen ist das Steuerrecht natürlich in erster Linie Bundesrecht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das habe ich ja auch gesagt! – Abg. Teßmer SPD: Das Klagen ist aber Landesrecht!)

Sie müssten das also in erster Linie in Berlin sagen. Wir tragen das mit: Der Bund muss aktiv werden. Wenn der Bund vernünftige Vorschläge macht, können Sie sicher sein: Wir werden das mittragen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Natürlich!)

Wir haben auch die Steueramnestie mitgetragen, weil wir die Regelungen alles in allem für vernünftig gehalten haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

(Minister Stratthaus)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt noch einige allgemeine Worte zum Haushalt sagen. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, dass die Zahlen nicht so sind, wie ich sie gern hätte. Aber es sind, verglichen mit den Zahlen in den meisten anderen Ländern, noch immer gute Zahlen. Wir haben zunächst einmal einen verfassungsgemäßen Haushalt. Wir liegen mit der Neuverschuldung um rund 100 Millionen € unterhalb der von der Verfassung vorgegebenen Grenze.

Zu der Diskussion über die Investitionen werde ich nachher noch etwas sagen.

Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung eine Deckungslücke von 1,9 Milliarden € ausgewiesen. Davon haben wir immerhin 60 % durch Einsparungen erbracht. Die Einsparvorschläge der Opposition konnten wir leider nicht verwerten. Herr Moser hat vorhin gesagt, früher seien Vorschläge der Opposition akzeptiert worden. Wenn das so war, liegt der Grund wohl darin, dass die Vorschläge früher wahrscheinlich besser waren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ja, genau! – Abg. Fleischer CDU: Besonder!)

Das kann meines Erachtens der einzige Grund gewesen sein. Wirklich gute Vorschläge werden wir akzeptieren.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Das ist eine Vermutung! – Abg. Wieser CDU: Gestern haben wir einen Vorschlag akzeptiert!)

Als Nächstes komme ich zu der Diskussion über die Investitionen, meine Damen und Herren. Sie ist uralt. Ich möchte sie hier aber noch einmal in allem Ernst in wenigen Sätzen ansprechen. In der Betriebswirtschaft ist eine Investition dann gegeben, wenn man Geld nicht verbraucht, sondern so anlegt, dass es später Gewinn bringt. Volkswirtschaftlich bedeutet das, dass man Geld in der Art und Weise verwendet, dass das Land nach vorn kommt, und dass man es in einer Art und Weise verwendet, dass das Bruttoinlandsprodukt steigt. Sie müssen das einmal bedenken: Die Einstellung eines Professors ist keine Investition; der Bau einer Mensa ist eine Investition. Die Einstellung eines Polizeibeamten ist keine Investition, wäre also schlecht; der Bau eines Gefängnisses ist eine Investition, also gut. Die Einrichtung eines medizinischen Lehrstuhls ist keine Investition; der Bau einer Friedhofsmauer ist eine Investition.

(Heiterkeit des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist ein Pfarrerbeschäftigungsprogramm!)

Daran erkennen Sie doch die ganze Problematik.

Im Übrigen kommt noch dazu – auch das muss einmal ins Protokoll –: Wir haben unter anderem auch deswegen eine niedrige Investitionsquote, weil die Berechnungsbasis hierfür noch die vollen Beträge beinhaltet, die wir in den Länderfinanzausgleich zahlen. Wenn wir dieses Geld einmal abziehen – wir haben es ja gar nicht zur Verfügung –, dann steigt unsere Investitionsquote bereits um einen vollen Prozentpunkt.

Weiter kommt dazu, dass wir zum Beispiel den Kommunen relativ viel Geld ohne Zweckbindung zahlen. In Bayern wird viel mehr für Einzelzwecke und für Einzelinvestitionen gezahlt. Dann sind die Zuweisungen an die Kommunen Investitionen. Bei uns ist das Konsum. Deswegen sage ich mit aller Vorsicht: Wir sind hier auf dem richtigen Weg. Wir investieren sehr viel in Schulen, in Bildung, in Forschung und Entwicklung.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Das sind für mich Investitionen, und zwar mehr Investitionen als reine Bauinvestitionen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

An dieser Stelle kann ich auch noch auf etwas anderes eingehen, was Sie uns immer vorwerfen. Sie behaupten, wir würden bei der Betriebsprüfung zu wenig machen. Ich habe mir einmal die diesbezüglichen Zahlen geben lassen, meine Damen und Herren: Die Großbetriebe werden im Bundesdurchschnitt alle 4,8 Jahre geprüft, in Baden-Württemberg alle 4,2 Jahre. Die Mittelbetriebe werden im Bundesdurchschnitt alle 12,25 Jahre geprüft, bei uns alle 10 Jahre. Die Kleinbetriebe werden im Bundesdurchschnitt alle 23,7 Jahre geprüft, in Baden-Württemberg alle 19 Jahre. Wenn wir wirklich weniger Betriebsprüfer haben als die anderen Länder, dann haben wir die besseren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Tatsache ist, dass bei uns im Durchschnitt besser und mehr geprüft wird als in den anderen Bundesländern;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

das sollte man zur Ehrenrettung unserer Finanzbeamten einmal sagen.

(Abg. Wieser CDU: Das wird eigentlich allgemein bedauert!)

Zu den Schulden: Die Schulden sind zu hoch; daraus mache ich keinen Hehl, da sind wir uns alle einig. Sie haben Recht: Es nützt uns nichts, zu sagen, dass die Schulden bei den anderen noch höher sind. Aber Baden-Württemberg ist keine Insel. Es ist eben so, dass von unseren hohen Steuereinnahmen über 2 Milliarden € in die anderen Bundesländer abfließen, und dazu kommen viele andere Dinge mehr. Die Schulden sind zu hoch. Sie sind zum einen konjunkturell und zum anderen strukturell bedingt. Insofern hat Frau Dederer Recht. Ich sage es heute gerne noch einmal: Ein Wirtschaftsaufschwung würde uns natürlich ungeheuer helfen;

(Abg. Wieser CDU: Ja!)

das ist keine Frage. Er würde mehr Steuereinnahmen bringen und würde vor allem die Kommunen und den Bund entlasten, weil diese sehr viele Ausgaben haben, die unmittelbar mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängen. Ein Aufschwung würde uns viel nützen; aber er allein würde unseren Haushalt in der Tat nicht in Ordnung bringen.

Wir werden unseren Sparkurs weiter betreiben müssen. Wir haben im letzten Jahr 1,2 Milliarden € eingespart, und ich

(Minister Stratthaus)

bin sicher, wir werden auch in den kommenden Haushalten an unserer Haushaltsstruktur arbeiten und dabei einiges leisten. Wir werden in unserer Bereitschaft zu Reformen nicht erlahmen – im Unterschied zu dem, was man vom Bundeskanzler und aus Berlin hört. Dort hört man ja, dass nun Schluss sei mit den Reformen.

(Zuruf von der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Wer sagt denn so was?)

Bei uns wird das sicher nicht der Fall sein.

Ich möchte am Ende dem Herrn Vorsitzenden ganz herzlich für die souveräne Leitung und zügige Abwicklung

(Abg. Wieser CDU: Ei!)

der Sitzungen des Finanzausschusses danken. Das war eine gute Leistung. Er könnte seine Leistung noch dadurch krönen, dass er diesem guten Haushalt heute zustimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Abg. Fleischer CDU: Er ist ganz nah dran! – Abg. Wieser CDU: Er würde es machen, aber er darf nicht, Herr Minister! – Abg. Dr. Birk CDU: Man sollte um ihn werben!)

– Das wird sicher im Protokoll stehen; ich kann das nicht beurteilen.

(Zuruf: Es durften viele nicht!)

Ich darf noch einmal dem Finanzausschuss im Ganzen danken. Wir haben nun einen Haushalt, der unter den gegebenen Umständen aus dem, was zu machen war, das Beste gemacht hat. Ich bitte Sie deswegen ganz herzlich um Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Dr. Birk CDU: Hat sie überhaupt noch Redezeit?)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch drei kurze Anmerkungen machen: nicht zur Musikschule in Bietigheim – die dortige Situation verantwortet nämlich ein CDU-Oberbürgermeister –,

(Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Veronika Netzhammer)

sondern zur Deckungslücke. Hier möchte ich noch einmal auf den Kollegen Scheffold eingehen. Er ist der Meinung, dass wir diese 3 Milliarden € durch entsprechende Steuermehreinnahmen reduzieren könnten. Meine Damen und Herren, da hat er die mittelfristige Finanzplanung

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Nein! Einsparungen und Mehreinnahmen!)

nicht genau gelesen. Denn diese 3 Milliarden € verbleiben, nachdem Sie schon Steuermehreinnahmen in Höhe von

11 % einsetzen. Mehr geht nicht. Das heißt, wir müssen diese 3 Milliarden € über Einsparungen erbringen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Dederer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bitte.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Frau Kollegin Dederer, mich interessiert Folgendes: Ist es in Bietigheim anders als in allen anderen Städten im Land, wo der Gemeinderat über die Gebührenhöhe entscheidet? Hat das in Bietigheim der Oberbürgermeister allein entschieden?

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ich verstehe die Frage nicht.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Birk CDU: Sie drückt sich vor der Antwort!)

Aber ich bin mir nicht sicher, ob es an mir liegt, dass ich die Frage nicht verstehe.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt: Es gibt immer die Forderung der Regierungsfractionen und auch des Finanzministers nach guten Vorschlägen, die aus der Opposition kommen sollen. Da will ich jetzt doch einmal ein Beispiel nennen: Wir wollen mit 18,6 Millionen € 300 Ganztagschulen schaffen und haben einen konkreten Vorschlag dafür gemacht, wie man das mit einer Reform der Schulverwaltung lösen kann. Das ist ein guter Vorschlag, meine Damen und Herren, und ich habe von Ihnen nicht einmal Argumente gehört, die dagegen sprechen könnten. Sie haben es im Finanzausschuss einfach abgelehnt. Ich erwarte von Ihnen aber wenigstens, dass Sie mit uns in eine Diskussion über solche Vorschläge eintreten.

(Beifall bei den Grünen)

Mein dritter und letzter Punkt: Herr Finanzminister, auch nach Ihrem Redebeitrag muss ich einfach erkennen, dass Sie keine Strategie dafür haben, wohin dieses Land gehen soll. Sie führen unser Land in einen Schuldenstaat.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Oh!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlüsse in der Zweiten Beratung, Drucksachen 13/2860 und 13/2861.

Zunächst stimmen wir über den

Staatshaushaltsplan 2004

ab. Hierfür ist die Abstimmungsgrundlage die Drucksache 13/2860. Ich bitte damit einverstanden zu sein, dass ich, wie es immer praktiziert wird, in der Dritten Beratung die Einzelpläne nur noch im Ganzen aufrufe. Den Entschließungsantrag werde ich beim entsprechenden Einzelplan mit aufrufen.

(Präsident Straub)

Ich rufe zunächst auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Diesem Einzelplan ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 02 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 03 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 06 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 07 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 08 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Sozialministerium

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 09 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt und Verkehr

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11

Rechnungshof

Wer dem Einzelplan 11 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 11 – Rechnungshof – ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer dem Einzelplan 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe jetzt den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2878, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe dann auf

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer diesem Einzelplan zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Einzelplan 14 ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist der Staatshaushaltsplan 2004 beschlossen.

(Präsident Straub)

Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g** über das
Staatshaushaltsgesetz 2004

Abstimmungsgrundlage hierzu ist die Drucksache 13/2861. Ich bitte damit einverstanden zu sein – ich habe das Einverständnis schon von den Fraktionen eingeholt –, dass ich die §§ 1 bis 16 gemeinsam aufrufe. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Dann rufe ich aus dem Staatshaushaltsgesetz 2004 die
§§ 1 bis 16

auf. Wer diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Staatshaushaltsgesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Februar 2004 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Damit sind wir am Ende von Tagesordnungspunkt 1 angelangt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Innenministeriums – Gemeinsame Positionen der Landesregierung zu einem neuen Zuwanderungsgesetz – Drucksache 13/1723

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung des Antrags erteile ich Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit 120 Jahren findet Einwanderung in Deutschland statt, nachdem über lange Zeit Auswanderung die Migrationsbewegung bestimmt hatte. Gleichwohl tun Politiker bis heute so, als wären sie die Ersten, die damit konfrontiert werden.

Der Reichstag in Berlin, das deutsche Eisenbahnnetz, die Schwarzwaldhochstraße und der Mittellandkanal sind vor allem von ausländischen Arbeitern gebaut worden. Aber es

gibt keine Erinnerung daran, und es gibt keine Erinnerung an Gesetzgebung und Verwaltungspraxis von damals.

In anderen Rechtsgebieten hat sich das Recht fortentwickelt. Das Parlament reagiert legislativ auf die gesellschaftlichen Veränderungen, nur nicht beim Ausländerrecht. Mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitiere ich aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. Dezember 2003:

Politik und Gesetzgeber stehen vor der Einwanderung und ihren Problemen immer wieder wie der Ochs vorm Berg. Wenn Politik aber kein Gedächtnis hat, dann handelt sie hirnlos.

(Beifall bei der SPD)

Kofi Annan sieht für die erweiterte Europäische Union die größte Herausforderung darin, wie sie mit der Einwanderung umgeht. Das Gleiche gilt für die Bundesrepublik. Angesichts einer alternden Gesellschaft besteht die große Gefahr, dass Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden können und Dienstleistungen nicht mehr erbracht werden. Einwanderung allein wird dieses Problem nicht lösen, aber sie ist ein Teil der Lösung.

Kirchen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände fordern ein Zuwanderungsgesetz, das Zuwanderung und Integration steuert und regelt. Der Ausländerbeauftragte dieses Bundeslandes erklärt in seinem Jahresbericht 2001/02 die Steuerung der Zuwanderung zu einer herausragenden Zukunftsaufgabe und fordert die stärkere Ausrichtung der Zuwanderung an den eigenen Interessen unseres Landes, die Wahrung der humanitären Verpflichtungen Deutschlands und die Verbesserung der Integrationsbemühungen.

Der Ausländerbeauftragte dieses Bundeslandes nennt acht Gründe für ein Zuwanderungsrecht: erstens demographische Gründe, zweitens die daraus resultierenden Auswirkungen auf das Sozialsystem, drittens die ebenfalls daraus resultierenden Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft, viertens einen Mangel an Arbeitskräften in verschiedenen Bereichen, fünftens die Globalisierung und damit einhergehend den internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe, sechstens die Tatsache, dass es bislang keine transparente Zuwanderungsregelung gibt, siebtens die Notwendigkeit, Einwanderung in einem transparenten, für die Bevölkerung und potenzielle Zuwanderer nachvollziehbaren Verfahren zu steuern, und achtens das Erfordernis, das Asylrecht zu entlasten und die illegale Einreise nach Deutschland zu verringern.

Die rot-grüne Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der diesen Forderungen entspricht und dessen ausdrückliches Ziel es ist, die Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit zu erleichtern, gleichzeitig den Zuzug von Ausländern zu steuern und zu begrenzen und zum ersten Mal die Integration von dauerhaft bei uns Lebenden per Gesetz zu regeln.

Insgesamt hat der Gesetzentwurf Abschied genommen von der Lüge, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Dieser Gesetzentwurf war übrigens in meinen Augen und in den Augen vieler bereits ein Kompromiss, denkt man zum Beispiel an die Vorschläge der Süsmuth-Kommission oder auch an unionsinterne Papiere.

(Inge Utzt)

Wie es mit dem Entwurf dann weitergegangen ist, ist hier sicher jedem bekannt. Ich nenne heute lediglich das Stichwort Richtlinienkompetenz.

Heute geht es um die Haltung der Landesregierung zu diesem Gesetz und um ihr Verhalten im Vermittlungsausschuss. Mit der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe am 16. Januar 2004 ist der Vermittlungsprozess in eine entscheidende Phase getreten; das Ergebnis ist allerdings offen. Eine kleine Gruppe wird sich voraussichtlich am 13. Februar 2004 treffen, um weitere Fragen zu klären und um gegebenenfalls einen politischen Kompromiss vorzubereiten. Für den 27. Februar 2004 hat sich die große Arbeitsgruppe erneut verabredet.

Wir erwarten deshalb jetzt die Antworten auf unseren Antrag Drucksache 13/1723. In der recht dürftig ausgefallenen Stellungnahme zu dem Antrag vom Februar 2003 hat Innenminister Schäuble erklärt, dass sich die Landesregierung im Zusammenhang mit den Beratungen dieses Gesetzes im Bundesrat im Einzelnen festlegen wird. Aus den genannten Gründen kommt der heutigen Aussprache höchste Aktualität zu.

Zum Inhaltlichen werde ich dann in der Aussprache kommen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Utzt, dem, was Sie zur Notwendigkeit eines Zuwanderungsgesetzes und über den Verfahrensstand gesagt haben, kann ich zustimmen.

Ihr Antrag ist allerdings über ein Jahr alt. Ich frage mich schon, weshalb er ausgerechnet jetzt zum Gegenstand der Debatte gemacht wird.

(Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD – Abg. Marianne Wonnay SPD: Der ist doch ganz aktuell! – Abg. Junginger SPD: Aktueller kann er gar nicht sein!)

– Ich sage: ausgerechnet jetzt. – Frau Utzt, Sie haben selber gesagt, dass die Bemühungen des Vermittlungsausschusses, bei zugegebenermaßen doch von Beginn an sehr weit auseinander liegenden Standpunkten zu einem Ergebnis zu kommen, jetzt in eine entscheidende Phase getreten sind. Unser Innenminister ist Mitglied dieser größeren Arbeitsgruppe, die sich um einen Kompromiss bemüht. Glauben Sie im Ernst, dass es für unser gemeinsames Ziel, zu einem Zuwanderungsgesetz zu kommen, förderlich wäre, wenn unser Innenminister heute hier offen legen würde, wie der Verhandlungsstand ist und wie er persönlich sich einen Kompromiss vorstellt?

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/
DVP – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Ich verstehe ja noch, meine Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass Sie ein stärkeres Interesse daran haben, dass politische Probleme auf dem öffentlichen Markt ausgetragen werden. Aber spätestens seit Sie in Berlin an der Regierung sind, wissen Sie doch selber, dass über

schwierige politische Probleme ab und zu auch einmal hinter verschlossenen Türen verhandelt werden muss, damit man überhaupt zu einem Ziel kommt.

(Abg. Dr. Birk CDU: So sieht es Schily auch! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD – Abg. Junginger SPD: Sagen Sie einmal etwas zu Herrn Müller! Was ist mit Herrn Müller vom Saarland? Jede Woche einmal!)

In dieser Situation befinden wir uns jetzt beim Zuwanderungsgesetz.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Der Peter Müller äußert sich doch auch immer!)

– Lassen Sie mich jetzt noch zwei Sätze weiterreden.

Ich kann Ihnen jetzt natürlich auch Stimmungsbilder von diesen Verhandlungen darlegen, wie sie ab und zu der Zeitung zu entnehmen sind.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das brauchen wir nicht! Das wissen wir selber! Wir wollen wissen, was für eine Position der Innenminister vertritt!)

Die Stimmungsbilder sind optimistisch, weil die Äußerungen von beiden Seiten der großen Parteien immer noch von einem Kompromiss ausgehen. Ich glaube, wenn sich die beiden großen Parteien in dieser Frage auf etwas einigen, dann kommt es tatsächlich auch zu einem Kompromiss.

Ich kann Ihnen jetzt auch die vier, fünf Hauptstreitpunkte nennen, die bei diesem Zuwanderungsgesetz eine Rolle spielen. Der Hauptstreitpunkt – der Punkt, bei dem man sich sicherlich am wenigsten einig ist – ist die Frage der Arbeitsmigration.

(Abg. Junginger SPD: Trauzeuge Döring, ja!)

Wir sind uns insofern einig, als es bei der Arbeitsmigration sicherlich kaum oder keine Probleme bei den Höchstqualifizierten geben dürfte. Es wird auch wenig oder gar keine Probleme beim Zuzug von Selbstständigen geben. Aber die große Masse der Arbeitsmigranten sind diejenigen, die etwa nach einer zwei- oder dreijährigen Qualifikation eine Zuwanderungs- und Einreisemöglichkeit nach Deutschland bekommen sollen. Da haben wir halt nach wie vor das Problem, dass wir 4,5 Millionen Arbeitslose haben und nicht einfach sagen können, wir erleichtern uns die – zugegebenermaßen notwendige – Besetzung von Arbeitsstellen ohne Rücksicht auf diese 4,5 Millionen Arbeitslose.

Ich gebe ausdrücklich zu, dass ich jetzt ein Extrembeispiel anführe. Es kann doch nicht sein, dass wir nach dem ursprünglichen Vorschlag des Gesetzes auf der ganzen Welt suchen, wer die erforderliche Punktzahl erreicht, um nach Deutschland zuwandern zu können, und uns erst dann, wenn wir niemanden finden, der die erforderliche Punktzahl erreicht hat, um die 4,5 Millionen Arbeitslosen kümmern und uns überlegen, wie wir sie für die eine oder andere Stelle qualifizieren können.

(Widerspruch bei der SPD)

– Ich habe ausdrücklich gesagt –

(Unruhe bei der SPD)

(Scheuermann)

– Ich habe ausdrücklich gesagt, dass ich jetzt ein Extrembeispiel wähle.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist platt! Das ist unterste Schublade! – Zurufe der Abg. Braun und Capezzuto SPD – Abg. Seimetz CDU: Der Capezzuto regt sich wieder künstlich auf!)

Aber an diesem Punkt sehen Sie, wo die Gegensätze noch liegen und wo wir uns bemühen müssen, diese Gegensätze zu überwinden.

Langer Rede kurzer Sinn: Es kann nicht sein, dass der Anwerbestopp einfach aufgehoben wird und wir überhaupt keine Einflussmöglichkeiten mehr auf das Verhältnis von Zuwanderung und der Zahl der Arbeitslosen hätten.

Ich bin nach allem, was ich höre und – wie Sie auch – gelesen habe, zuversichtlich, dass wir zu einem Kompromiss und zu einem Ergebnis kommen. Ich kann nur hoffen und wünschen, dass wir diese Chance nicht dadurch zerreden, dass wir allzu früh auf offenem Markt Positionen austragen und es dann umso schwieriger ist, von diesen Positionen wieder herunterzukommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD: Als Sie diesen Antrag genehmigt formuliert haben, haben Sie – davon gehe ich einmal aus – eigentlich bereits die Antworten gekannt. Es ging Ihnen eigentlich nur darum, hier einen Keil zwischen die die Regierung tragenden Fraktionen zu treiben.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Niemals!)

Nun lassen Sie sich gesagt sein: In unseren Positionen überwiegt ganz deutlich die Übereinstimmung, wenn auch über manches im Sinne einer Konsenssuche gestritten wurde. Wenn Sie jetzt also lustvoll darauf warten, dass wir uns zerfleischen, muss ich Sie enttäuschen.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Capezzuto SPD)

Im Übrigen sehen Sie doch im Augenblick in Berlin ganz genau, wie schwierig es ist, zwei Fraktionen bei diesem Problem in einer Spur zu halten. Dort gibt es doch im Augenblick das ganz große Problem, dass Sie sich mit Ihrem Koalitionspartner nicht einigen können. Insofern ist das Papier heute eigentlich ein Rohrkrepiere für Sie.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich bin enttäuscht, dass heute – Herr Scheuermann hat darauf hingewiesen – nach mehr als einem Jahr über dieses Papier diskutiert wird. Bisher habe ich immer geglaubt, es gäbe nichts Älteres als die gestrige Zeitung. Ich weiß jetzt, dass es noch etwas Älteres gibt, nämlich ein Papier, das schon über ein Jahr alt ist.

(Abg. Inge Utzt SPD: Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass das ganz aktuell ist, weil der Vermittlungsausschuss – –)

– Frau Utzt, ich gehe davon aus, es ist Ihnen entgangen, dass dieses Thema in diesem Jahr fortgeschrieben würde, dass Bewegung ins Zuwanderungsgesetz gekommen ist, dass man eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet hat und dass man sich in wesentlichen Positionen wirklich angenähert hat.

Ich bin zuversichtlich, dass wir eine gemeinsame Lösung finden werden. Ich halte Ihr Spaltpapier, das Sie hier bringen, nicht nur für völlig veraltet, sondern – gerade in dieser Situation – auch für unangebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Rech CDU)

Wir wollen ein praktikables, den eigenen Interessen dienendes Zuwanderungsgesetz, das die Zuwanderung steuert und die Integration regelt. Wir wollen eine Regelung der Zuständigkeit für die Integrationsmaßnahmen zwischen Bund, Land und Kommunen.

Meine Damen und Herren, wir sehen kein Problem beim Thema Arbeitsmigration bei den Hochqualifizierten, auch nicht bei den Selbstständigen. Ich denke, dass wir auch in der Lage sind, auf dem Niveau der Facharbeiter eine Lösung zu finden, wer unter welchen Voraussetzungen zuwandern darf.

Einigkeit herrscht auch darin, dass sich Asyl und Zuwanderung zum Arbeitsmarkt ausschließen. Wir erwarten davon einen deutlichen Rückgang der Zahl der Asylsuchenden. Einigkeit herrscht auch bei Integrationsmaßnahmen. Diese müssen einerseits vom Staat zur Verfügung gestellt werden, aber es besteht auch für den Zureisenden die Pflicht, diese Integrationsmaßnahmen zu ergreifen.

Wir brauchen auch eine Regelung für humanitäre Härtefälle. Auch hier hat man sich letztlich in den Positionen angenähert, nicht zuletzt auf der Basis der UN-Flüchtlingskommission. Irgendwann wird ja auch eine EU-weite Regelung kommen. Wann das sein wird, wissen wir allerdings noch nicht.

Der Punkt, der einzig und allein wirklich noch hart umstritten ist, ist § 20 des Zuwanderungsgesetzes, nämlich dieses Punktsystem ohne konkreten Arbeitsplatznachweis. Meine Damen und Herren, wir sind bereit – ich darf das für meine Fraktion sagen –, unter bestimmten Bedingungen zugunsten eines Arbeitsplatznachweises und natürlich unter Einhaltung des Vorrangprinzips auf diese Regelung zu verzichten. Auch die CDU – man hat es gestern in der Zeitung gelesen, und auch heute kam wieder ein Artikel – ist bereit, über das Punktsystem zu reden. Interessant ist mir die Aussage von Herrn und Frau Müller, die ja nicht miteinander verwandt sind und auch nicht der gleichen Partei angehören, dass beide bereit sind, Kompromisse einzugehen. Bei Frau Müller wurde das dann wieder ein bisschen relativiert. Herr Bütkofer ging ein bisschen weiter.

(Widerspruch der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Frau Lösch, lesen Sie es einmal nach.

(Dr. Glück)

Die einzige Problemfigur in diesem Arbeitskreis scheint mir Herr Beck zu sein, der Verhandlungsführer der Grünen. Trotzdem bin ich zuversichtlich. Es ist Bewegung in dieses Thema gekommen. Ich werte das als positives Signal und als den gemeinsamen Wunsch auf Einigung auf ein dringend notwendiges Gesetz.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP und von Abgeordneten der CDU – Abg. Inge Utzt SPD: Einsamer Beifall!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Kollege Scheuermann und Kollege Glück. Es ist heute genau der richtige Zeitpunkt, um über dieses Thema zu reden. In der Tat liegt der Antrag der SPD schon lange vor, aber noch länger hängt das Verfahren zum Zuwanderungsgesetz im Vermittlungsausschuss. Daher ist jetzt der richtige Tag – weil die Verhandlungen in die entscheidende Phase eintreten –, hier Bilanz zu ziehen und zu fragen, was eigentlich Ihre Strategie ist und wohin die Reise gehen soll. Ich glaube, dass die Öffentlichkeit auch ein Recht darauf hat, dass Dinge, die für die Zukunft unserer Gesellschaft so wichtig sind, nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt werden, sondern dass darüber eine öffentliche Debatte stattfindet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist ja inzwischen allen bekannt, dass im Vermittlungsausschuss ein Zwang zum Kompromiss herrscht. Ein breiter Konsens muss in einer Frage gesucht werden, die überaus kompliziert und heiß umstritten ist. Daher wundert es auch niemanden mehr, dass beim Zuwanderungsgesetz jetzt nicht der ursprünglich angestrebte große Wurf herauskommt. Vielmehr kommt, wenn es gut geht, vielleicht eine kleine Reform, sozusagen eine Reform im Bonsaiformat, heraus. Selbst das wäre ja zu akzeptieren, wenn es denn ein Schritt in die richtige Richtung wäre. Aber ein Schritt muss es sein, und die Richtung muss auch stimmen, weil wir für schlechtere Zustände als bislang kein neues Gesetz brauchen. Wir brauchen kein Zuwanderungsgesetz, das Zuwanderung grundsätzlich untersagt oder die Bedingungen für Zugewanderte gar noch verschlechtert.

Worauf kommt es also in der Substanz an? Im Wesentlichen sind es drei Punkte: Wir brauchen Zuwanderung. Wir brauchen Integration. Und wir brauchen Verbesserungen im humanitären Bereich.

Wir brauchen Zuwanderung, weil wir im Wettbewerb um die weltweit besten Köpfe stehen. Wir haben in den vergangenen Wochen viel über Elite geredet. Wir haben viel über Innovationen geredet. Dafür brauchen wir die besten Köpfe aus aller Welt, und wir müssen entsprechende Bedingungen schaffen. Dafür muss das Zuwanderungsgesetz die Instrumente zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir können doch nicht im Ernst über Elite reden und dann mit nationalstaatlichen Scheuklappen meinen, das nur auf

das eigene Land zu beziehen und die anderen außen vor zu lassen.

Von Ihnen, Herr Schäuble, möchte ich gern wissen, was Sie von folgendem Vorschlag der Union halten, von dem ich in der Zeitung gelesen habe: Höchstqualifizierten soll erst nach einem Bewährungsjahr ein unbefristeter Aufenthalt gewährt werden. Meinen Sie im Ernst, dass man die Spitzenleute aus aller Welt auf Bewährung nach Deutschland holen kann?

Es gibt einen zweiten Grund für die Zuwanderung: Das ist ganz einfach die demographische Entwicklung.

(Zuruf von der CDU: Das kann man mit der Zuwanderung nicht korrigieren! Das ist völlig ausgeschlossen! Sie sollten die Bedingungen für die Kinderfreundlichkeit im eigenen Land verbessern!)

Ich will daran erinnern, dass in allen Kommissionen der vergangenen Jahre zur Zuwanderung und zur Reform der Sozialsysteme gesagt worden ist, dass wir Zuwanderung aus demographischen Gründen brauchen, wenn unsere Sozialsysteme nicht zusammenbrechen sollen. Ob Herzog-, Rürup- oder Peter-Müller-Kommission, überall war Einigkeit: Um die demographische Entwicklung überhaupt nur abzumildern, brauchen wir Zuwanderung.

Ich wunderte mich schon, als ich am Wochenende in den „Stuttgarter Nachrichten“ ein Interview von Ihnen mit der Headline „Wir brauchen keine Zuwanderung“ las. Ist das tatsächlich Ihre Linie? Welche Vorschläge haben Sie denn, wie der Rückgang unserer inländischen Erwerbsbevölkerung aufgefangen werden soll?

(Zuruf von der CDU: Wir brauchen wieder mehr Kinder!)

– Das ist langfristig sicher nötig. Aber in der Übergangsphase brauchen wir zusätzlich eine Abmilderung des schon lang in Gang gesetzten Rückgangs der Bevölkerungszahl.

(Zuruf von der CDU: Wie viele Kinder haben Sie denn? Haben Sie Kinder?)

Zweitens brauchen wir aktive Integrationspolitik. Auch da besteht dringender Handlungsbedarf. Durch die Unklarheiten, die wir zurzeit haben, wer was macht und wofür Bund, Länder und Kommunen aufkommen, besteht schon jetzt die Gefahr, dass bestehende und bewährte Anbieter für Sprach- und Integrationsangebote von der Plattform verschwinden, weil sie diesen derzeitigen Schwebezustand nicht länger durchhalten.

Als Beispiel will ich Ihnen den Garantiefonds nennen. Bis zum Ende des letzten Jahres sind Projekte zur Förderung von jugendlichen Spätaussiedlern im Schulbereich aus dem Garantiefonds bezahlt worden. Der Bund zieht sich seit diesem Jahr aus dieser Finanzierung zurück. Das tut er zu Recht, weil das nicht in seine Zuständigkeit fällt. Das Land weigert sich bislang, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Ausbaden müssen es die Betroffenen, die keinen Nachhilfeunterricht und keine Stützungsmaßnahmen in der Schule mehr bekommen. Wir müssen hier dringend Klarheit schaffen, um anerkanntermaßen gute und effiziente Projekte weiterführen zu können.

(Theresia Bauer)

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Sakellariou SPD)

Das dritte Stichwort in aller Kürze: Wir brauchen Verbesserungen im humanitären Bereich. Wir brauchen eine Härtefallregelung. Ich freue mich sehr und möchte Ihnen dazu auch meine Anerkennung aussprechen, dass Sie die Bereitschaft signalisiert haben, an einer Härtefallklausel mitzuwirken. Ich finde es auch lobenswert, dass Sie den Mut hatten, vor kurzem zwei abgeschobene junge Vietnamesen nach Baden-Württemberg zurückzuholen, damit sie hier ihre Schulausbildung beenden können.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP)

Das ist ein wichtiges Signal. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich auf Bundesebene entsprechend einsetzen würden.

Ein weiteres Anliegen, das wir im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz regeln sollten, betrifft die vielen Menschen, die in Deutschland – zum Teil schon seit vielen Jahren – in einer rechtlichen Grauzone leben. Das sind Menschen, die keinen festen Aufenthaltsstatus haben, meist Bürgerkriegsflüchtlinge, die nicht abgeschoben werden konnten. Wir brauchen eine Regelung dafür, dass diese Menschen, die oft seit Jahren integriert hier leben, deren Kinder hier aufgewachsen sind und zur Schule gehen, bleiben können.

Ich bitte Sie, eine bundesweite Initiative zu unterstützen, der sich schon viele prominente Menschen sowohl aus der Wirtschaft als auch aus der Politik, auch prominente Vertreter der CDU wie zum Beispiel Heiner Geißler, Norbert Blüm und Hans-Olaf Henkel, angeschlossen haben. Es geht darum, eine Regelung in dieses Zuwanderungsgesetz aufzunehmen nach dem Motto „Wer lange hier lebt, soll auch hier bleiben dürfen“. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, das unterstützen wollen, können Sie sich in Unterschriftenlisten eintragen, die vor dem Plenarsaal ausliegen. Sie alle können diesen Prozess von hier aus mit forcieren. Ich fände es wichtig, wenn auch von der CDU dieses Signal käme.

Wir sind in der entscheidenden Phase der Verhandlungen. Ich meine, es wäre lohnenswert, wenn in diesen Wochen von der Politik gemeinsam das Signal käme: Wir sind ein Einwanderungsland, und wir wollen dieses Einwanderungsland gemeinsam gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Tagen keimte die Hoffnung auf, dass es im Vermittlungsausschuss zu einer Einigung über das Zuwanderungsgesetz kommen könnte. Deshalb ist die heutige Diskussion so wichtig. „Kompromiss um Zuwanderung möglich“, „Chancen auf Einigung steigen“, „Bundesregierung und Union optimistisch“ titelt die „Eßlinger Zeitung“.

Während der Beratung zum Etat des Innenministeriums erklärten Sie, Herr Minister Schäuble, dass es bei gutem Wil-

len zu einer Einigung kommen müsse. Der stellvertretende Ministerpräsident dieses Landes, Herr Dr. Döring, hat erklärt – ich zitiere –:

Wenn die Zuwanderung Hochqualifizierter blockiert wird, so werden entsprechende Arbeitsplätze aus Deutschland und aus Baden-Württemberg abwandern. Wir brauchen deshalb in Deutschland eine geregelte Zuwanderung dringender denn je.

(Zustimmung des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dabei reicht es nicht aus, das wichtige Thema der besseren Integration der bereits hier lebenden Ausländer zu regeln. Vielmehr müssen wir auch einen Zuwanderungskorridor für ausländische Spitzenkräfte öffnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig richtig! Da hat er Recht!)

Bereits vor einem Jahr hat Minister Döring erklärt, dass eine sinnvolle Lösung vor Koalitionstreue gehe. Es sei töricht von der CDU, zu glauben, die FDP/DVP stehe in dieser Frage als Koalitionspartner sicher an ihrer Seite.

(Abg. Sakellariou SPD: Hört, hört!)

Ich möchte den Herrn Minister daran erinnern: „Nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten sollt ihr sie messen“, steht bei Matthäus 7 Vers 16. Es geht – nicht ganz so bekannt – weiter: „Von Dornengestrüpp kann man keine Weintrauben pflücken und von Disteln keine Feigen.“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer sind die Dornen, wer die Weintrauben? – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP: Vertreten Sie gegenüber Ihrem Koalitionspartner mutig Ihre immer wieder geäußerten Ansichten

(Abg. Sakellariou SPD: So wie gestern!)

zum Zuwanderungsgesetz, und ringen Sie mit ihm um Positionen und nicht um Posten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt war es ganz nett, aber der letzte Satz war nicht so gut!)

– Ich kann mir vorstellen, dass Sie das trifft. – So viel zum Thema „Zuwanderung und Arbeitsmarkt“.

Ungleich schwieriger ist die Frage, ob es im Hinblick auf Flüchtlinge eine veränderte Haltung bei der Regierung gibt. Ich habe mit großem Interesse Ihre Äußerung in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 31. Januar 2004 gelesen, Herr Minister Schäuble, in der Sie erklärten, dass Sie froh wären, wenn es eine Härtefallkommission gäbe.

(Zustimmung des Ministers Dr. Schäuble – Abg. Pfister FDP/DVP: Ist doch gut!)

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident:

Im Entwurf der Bundesregierung zur Zuwanderung ist eine Härtefallregelung vorgesehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist doch prima!)

(Inge Utzt)

Die meisten in der Zuwanderungsarbeitsgruppe würden das begrüßen, um in menschlich schwierigen Fällen helfen zu können, ohne gegen geltendes Recht zu verstoßen.

Uns interessiert jetzt nicht so sehr, ob Sie diese Erkenntnis durch einen konkreten Fall im Wahlkreis des Herrn Ministerpräsidenten gewonnen haben, sondern wir begrüßen diesen Sinnenswandel bei Ihnen.

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass Sie den Fall des rumänischen Asylbewerbers, den mein Kollege Zeller an Sie herangetragen hat oder noch herantragen wird, aus dieser Sichtweise betrachten werden. Dieser Mann wurde vom Regierungspräsidium Tübingen aufgefordert, Deutschland zu verlassen, da sein Asylverfahren erfolglos war. Er arbeitet seit zwölf Jahren bei derselben Firma, die ihm ein hervorragendes Zeugnis ausstellt. Seine Ehefrau will im Juli dieses Jahres die Prüfung zur staatlich geprüften Altenpflegerin ablegen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Brauchen wir dringend!)

Der in Deutschland geborene Sohn besucht die Realschule. Dieser Fall ist eine eindeutige Angelegenheit für eine Härtefallkommission. Ich erinnere an die Unterschriftenlisten, die Frau Kollegin Bauer vorhin erwähnt hat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zimmermann CDU:
Liegen die hier aus?)

Kommen wir zu einem weiteren Knackpunkt: die Ausweitung in § 25 auf nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung. Gestern hat sich das hohe Haus intensiv mit dem Thema Kopftuch beschäftigt und dies als ein Symbol der Unterdrückung von Frauen bezeichnet. Ein wesentlich stärkeres Symbol als das Kopftuch ist die Burka. Zu deren Tragen waren die Frauen in Afghanistan verdonnert. Sie durften keinen Beruf ausüben, und ihr Verhalten in der Öffentlichkeit wurde mit Argusaugen überwacht. Weitergehende Repressionen sind Ihnen sicher alle bekannt. Wenn es nun einer Frau aus dem Afghanistan der Taliban gelungen wäre, zu uns zu fliehen, würde sie zwar nicht abgeschoben, aber auch nicht als asylberechtigt anerkannt, denn sie würde nur aus Gründen ihres Geschlechts verfolgt, und auch das von einer nichtstaatlichen Organisation.

Eine Frau, die vor einer Steinigung nach steinzeitlichem Recht einiger islamischer Staaten flieht, eine Frau, die der Genitalbeschneidung entgehen will – diese Frauen stünden bei uns nicht unter dem Schutz des Asylrechts. Können Sie das mit Ihrer christlichen Grundhaltung vereinbaren?

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir hoffen, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, sich auf Ihre christlichen und Ihre liberalen Wurzeln besinnen und auf die Stimmen der Wirtschaft, der Kirchen, der kommunalen Spitzenverbände und der Vernunft hören und sich einer Einigung im Vermittlungsausschuss nicht aus taktischen Gründen verschließen.

Ich erlaube mir, noch einmal Herrn Minister Döring zu zitieren:

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Ein guter Mann!)

Es kann auf Dauer nicht funktionieren, dass wir die Zuwanderung ausländischer Spitzenkräfte nur im Profisport erlauben, Hightech-Unternehmen dagegen von dem Wettbewerb um die besten Kräfte aussperren. Wir wollen nicht nur im Fußball in der Champions League spielen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ginge ja gar nicht!)

Wenn wir verhindern wollen, dass ganze Branchen in die Regionalliga absteigen, dann müssen wir in der Zuwanderungsdebatte endlich den gesamten ideologischen Ballast über Bord werfen.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Hic Rhodus, hic salta, liebe Kollegen!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

(Abg. Sakellariou SPD: Eine persönliche Erklärung!)

– Entschuldigung, das war mir nicht signalisiert worden.

Herr Kollege Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht mir nach der Rede von Frau Utzt wieder genauso wie beim ersten Mal, als ich hier stand.

(Abg. Inge Utzt SPD: Nicht lernfähig!)

Vieles von dem, was Sie hier vorgetragen haben, stößt auf unser Verständnis, und manches können wir sicherlich auch miteinander machen. Nur frage ich Sie einmal alle: Glauben Sie ernsthaft, dass wir mit dieser Debatte heute die Verhandlungen dieser Siebenergruppe im Vermittlungsausschuss auch nur im Geringsten beeinflussen können?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die werden sehr beeindruckt sein, Herr Kollege Scheuermann!)

– Ja, die werden sehr beeindruckt sein, Herr Kollege Pfister. – Deswegen noch einmal die Frage: Warum führen wir diese Debatte heute?

(Abg. Zeller SPD: Damit Sie sich endlich einen Ruck geben!)

Die Debatte hat erst dann einen Sinn, wenn der Vermittlungsausschuss zu einem Ergebnis käme und wir uns in den Parteien darüber verständigen müssten, ob wir dieses Ergebnis des Vermittlungsausschusses akzeptieren.

(Abg. Inge Utzt SPD: Dann ist es doch zu spät!)

(Scheuermann)

– Dann ist es nicht zu spät, Frau Utzt, denn das Ergebnis des Vermittlungsausschusses muss dann in der von Ihnen immer wieder geforderten Öffentlichkeit, im Bundestag und im Bundesrat, behandelt werden. Dann hätte unsere Debatte – jetzt sage ich es ganz zurückhaltend – nach meiner Beurteilung einen größeren Sinn, als sie heute hat.

Ich bin auch sehr gespannt, wie viele Einzelheiten über die Beratungen im Vermittlungsverfahren wir hinterher aus dem Munde unseres Innenministers erfahren werden.

(Abg. Zeller SPD: Also macht es doch Sinn zu diskutieren!)

Ich verspreche mir davon nicht allzu viel

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Stickelberger SPD: So schlecht ist er auch wieder nicht! – Abg. Pfister FDP/DVP: Da sitzt er schon!)

über das hinaus, was wir schon wissen.

Frau Utzt, in einem Punkt stimme ich Ihnen zu, und da sind wir uns wohl alle einig, die im Petitionsausschuss sitzen oder dort schon einmal saßen: Mit das Unbefriedigendste im Petitionsausschuss ist, wenn man – ich darf einmal so sagen – in menschlich eindeutigen Fällen sagen muss: „Wir können nicht handeln, weil das Gesetz dagegen steht.“ Deswegen bin ich persönlich dafür, in irgendeiner Form eine Härtefallregelung in das neue Gesetz aufzunehmen.

(Beifall der Abg. Hofer und Pfister FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Allerdings muss die Härtefallregelung wirklich die Ausnahme sein, und sie darf kein Ventil in der Richtung sein, dass einige meinen, wir könnten jetzt machen, was wir wollen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb heißt es ja Härtefallregelung! – Abg. Stickelberger SPD: Das heißt, es ist eine Ausnahme!)

– Ja, aber ich weiß, warum ich das sage.

(Zuruf von der CDU: Herr Scheuermann, nicht einknicken!)

Nicht alle Fälle, in denen die Opposition im Petitionsausschuss eine positive Entscheidung befürwortet, sind nach meiner Beurteilung auch Härtefälle. Das muss dann wirklich die Ausnahme der Ausnahmen sein.

Zum Schluss: Ich glaube, dass es immer noch die große Chance einer Einigung gibt, sonst bräuchte man im Vermittlungsausschuss nicht Wochen hinter verschlossenen Türen miteinander zu reden. Wenn irgendjemand dabei sitzt, der sagt: „Wir wollen nicht“, dann kann ich mir gar nicht vorstellen, weshalb die Verhandlungen so lange dauern. Ich hoffe, dass es diese Einigung gibt, und ich glaube, selbst eine Einigung auf einen relativ kleinen gemeinsamen Nenner wäre immer noch besser als die gegenwärtige Rechtslage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

(Abg. Sakellariou SPD: Auch wenn sich die CDU nicht viel davon verspricht!)

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stehe vor einer nicht ganz leichten Aufgabe.

(Abg. Stickelberger SPD: Zeigen Sie es dem Herrn Scheuermann!)

Auf der einen Seite darf ich aus Gründen, die die Kollegen Scheuermann und Dr. Glück angeführt haben, nichts sagen, was vielleicht die Gespräche, die am 13. Februar – morgen in einer Woche – in kleiner Runde ihren Fortgang finden, belasten könnte.

(Abg. Inge Utzt SPD: Freitag, der 13.!)

Auf der anderen Seite bin ich zusätzlich von Managern dieser Plenarsitzung gebeten worden, aus sitzungswirtschaftlichen Gründen möglichst lange zu sprechen.

(Abg. Fischer SPD: Wieso das?)

Ich bitte schon im Voraus, Herr Präsident, mir dann nicht entgegenzuhalten, dass ich es bei einer Redezeit der Abgeordneten von fünf Minuten als Vertreter der Landesregierung mit meiner Redezeit schamlos übertrieben haben könnte.

(Abg. Fischer SPD: Warum müssen Sie so lange reden?)

Ich versuche, meinen Kopf in der Weise aus der Schlinge zu ziehen, Frau Kollegin Utzt, Frau Kollegin Bauer,

(Abg. Zeller SPD: Indem Sie lange reden und nichts sagen!)

dass ich mich zunächst einmal – Herr Kollege Zeller, ich sage es freundlicher; ich spreche hier ja auch über mich und nicht gegen mich – auf allgemeine Tatsachen berufe, die auch in den Medien bereits zu lesen und zur Kenntnis zu nehmen waren, und dass ich mir zweitens aber da und dort – auch im Namen der Regierung und als Mitglied dieser Arbeitsgruppe sowieso – eine maßvolle persönliche Bewertung der bisherigen Gespräche erlaube.

Ich mache das deshalb maßvoll – damit bin ich am Anfang meiner inhaltlichen Ausführungen –, weil wir uns in der Arbeitsgruppe unter anderem auf Anregung des Kollegen Wiefelspütz, des innenpolitischen Sprechers der SPD, versprochen haben, dass wir die Verhandlungen nicht durch Erklärungen in der Öffentlichkeit erschweren, was ja auch völlig richtig ist. Aber demgegenüber ist es natürlich auch nicht untersagt, dass man seine Meinung sagen darf – insbesondere das, was nach einer Welle von Interviews in den letzten Tagen ohnehin schon zu lesen war. Man darf durchaus versuchen, dies zu einem Gesamtpuzzle zusammenzutragen.

Die Atmosphäre in dieser Arbeitsgruppe, die der Vermittlungsausschuss eingesetzt hat, ist ausgesprochen gut und

(Minister Dr. Schäuble)

sachlich. Jedes Mitglied der Arbeitsgruppe – das darf ich für alle Kolleginnen und Kollegen sagen – ist sich seiner Verantwortung bewusst. Das ist der erste Punkt.

Der zweite ist: Durch die bekannte Tatsache, dass sich Rot und Grün in dieser Arbeitsgruppe nicht ganz einig sind, ist die Sache für alle Beteiligten taktisch nicht leichter geworden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sich nicht ganz grün sind!)

Ich sage nichts Neues, Herr Kollege Zeller. Aber man darf noch einmal festhalten, dass insbesondere bei dem Kollegen Schily und auch bei dem Kollegen Wiefelspütz der Wille zur Einigung, der Wille, zu einem Ergebnis, zu einem Zuwanderungsgesetz, zu kommen, wie es Kollege Scheuermann formuliert hat, sehr groß ist. Das bedeutet konkret, dass diese Kollegen auch bei bestimmten Positionen, die bisher im Zuwanderungsgesetzentwurf der Bundesregierung enthalten waren – ein Stichwort ist insbesondere das Punktesystem und anderes mehr –, ausgesprochen gesprächsbereit sind.

Frau Kollegin Bauer, ich sage Ihnen nichts Neues: Sie wissen, dass die Grünen die Sache insoweit etwas anders sehen, wobei – Kollege Glück hat mit Recht darauf hingewiesen; das erschwert die Sache weiter – innerhalb der Grünen, wie ich den Interviews der letzten Tage entnommen habe, die Dinge auch wieder etwas differenziert betrachtet werden. Es ist mit Recht gesagt worden, dass unser früherer Landtagskollege Bütikofer beim Thema Punktesystem offensichtlich gesprächsbereit ist als der Kollege Beck, der hier eine *Conditio-sine-qua-non*-Position aufgebaut hat, an der er nicht festhalten kann – das muss auch klar gesagt werden; das weiß jeder in der Arbeitsgruppe –, wenn es am Schluss zu einem Zuwanderungsgesetz kommen soll.

In der Arbeitsgruppe ist dankenswerterweise auch ziemlich klar – eben mit der Einschränkung, was den Vertreter der Grünen, den Kollegen Beck angeht –, dass wir – Stichwort Arbeitsmigration – heute, im Jahr 2004, bei inzwischen fast 4,6 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen, wie ich heute Morgen gelesen habe, von noch schwierigeren und zugespitzteren Verhältnissen ausgehen müssen als noch vor zwei oder drei Jahren.

Wir müssen auch Folgendes sehen – auch dessen ist sich jeder in der Arbeitsgruppe bewusst –: Rot-Grün hat ja mit Unterstützung des Bundesrats und damit auch der Union das Hartz-Paket im Vermittlungsausschuss kurz vor Weihnachten durchgesetzt. Damit wurde die Zumutbarkeitsschwelle für die Arbeitslosen in Deutschland herabgesetzt. Die Arbeitslosen sollen nun auch unbequemere Tätigkeiten aufnehmen. Dieser Änderung – oder, wenn Sie so wollen, Zuspitzung – der Sachlage ist sich jeder in der Arbeitsgruppe bewusst. Ich werde viel später noch einmal darauf zurückkommen.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Innenminister Dr. Schäuble: Natürlich.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Frau Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Schäuble, könnten Sie mir erläutern, welchen Zusammenhang Sie sehen zwischen den Hartz-Gesetzen und dem Versuch, der ja mit dem Zuwanderungsgesetz gemacht werden soll, über das Punktesystem besonders in dem Segment der Höchstqualifizierten Zuwanderung zu ermöglichen? Was ändert Hartz daran, dass wir besonders qualifizierte Menschen aus aller Welt einladen wollen, sich hier niederzulassen und zu arbeiten?

(Abg. Heinz CDU: Die stehen alle Schlange bei uns!)

Innenminister Dr. Schäuble: Können Sie, Frau Kollegin Bauer, sich damit einverstanden erklären, dass ich auf diesen Fragenkomplex – es sind ja mehrere Fragen – später im Zusammenhang mit meinen Ausführungen zu dem kniffligen Punkt der Arbeitsmigration zurückkommen werde? Ich möchte zunächst einmal gerne darstellen, wo sich positive Entwicklungen bereits abzeichnen, bei denen ich mir – soweit man überhaupt Voraussagen machen kann, Frau Kollegin Utz – sicher bin, dass an diesen Fragen ein Zuwanderungsgesetz nicht scheitern wird.

Ich beginne bei dem, was Sie vorhin in Ihrem zweiten Beitrag ja auch angeführt haben: Ein Zuwanderungsgesetz wird nicht an der Frage einer Härtefallregelung scheitern. Eine Härtefallregelung ist, wie ich es gegenüber der Presse auch formuliert habe, von einer großen Mehrheit in der Arbeitsgruppe erwünscht. Allerdings sind sich in der Arbeitsgruppe alle – ich unterstreiche: alle – einig, dass eine solche Härtefallregelung nicht den Gang durch alle Rechtsinstanzen auslösen darf – eine Gefahr, die in unserer verrechtlichten Bundesrepublik Deutschland immer besteht. Es war deshalb – meines Erachtens nicht ganz korrekt, aber bezogen darauf, was man so will – immer wieder von einer Art „Gnadenentscheidung“, die möglichst nicht justiziabel sein soll, die Rede. Das wird man aus rechtlichen Gründen – Artikel 19 Abs. 4 – so einfach nicht lösen können.

Aber die Bemühungen gehen im Augenblick in die Richtung, die ich für völlig richtig halte, nämlich erstens in Richtung auf eine Härtefallregelung aus Gründen, die Kollege Scheuermann vorhin ja völlig vernünftig dargelegt hat, zweitens aber auch auf eine Härtefallregelung in einer Ausgestaltung, die möglichst wenig – das wird nicht hundertprozentig zu erreichen sein – justiziabel sein soll. Denn sonst wird Folgendes passieren: Jeder, der nicht von einer entsprechenden Kommission als Härtefall anerkannt wurde, wird kommen und sagen: „Ich bin aber in der gleichen Situation wie Person A, die als Härtefall anerkannt wurde. Deshalb klage ich jetzt erst vor Gericht, dann vor dem Verwaltungsgerichtshof, dann vor dem Bundesverwaltungsgericht und notfalls noch vor dem Bundesverfassungsgericht.“

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das muss, jedenfalls weitgehend, vermieden werden. Der Bundesinnenminister hat zugesagt, eine entsprechende Formulierung auf den Tisch zu legen. Das ist inzwischen auf der Arbeitsebene auch geschehen. Allerdings müssen die verschiedenen Fachverwaltungen in den Ländern diese noch einmal genau daraufhin abklopfen, ob das angestrebte Ziel, nicht den Gang durch alle Instanzen auszulösen, auch erreicht werden kann.

(Minister Dr. Schäuble)

Beim zweiten Punkt – Frau Kollegin Utzt und Frau Kollegin Bauer, da darf ich Sie ansprechen – bitte ich auch die Grünen, zu sehen, dass wir da doch ein Stück weit entgegenkommen wollen, jedenfalls gesprächsbereit sind. Ich sage es so: Das Zuwanderungsgesetz wird auch nicht an der Frage einer Lösung für geschlechtsspezifisch und nicht-staatlich Verfolgte scheitern. Die Gespräche darüber sind zwar noch im Gange – diese Frage gehört irgendwo zur Verhandlungsmasse –, aber ich bin mir weitestgehend sicher, soweit man, wie gesagt, Vorhersagen machen kann, dass das Gesetz auch daran nicht scheitern wird.

Jetzt komme ich zu einem umfassenden Bereich, über den man, glaube ich, einiges mehr sagen muss. Das ist das Thema Integration. Ich finde, das Thema Integration ist in der Arbeitsgruppe außerordentlich erfreulich und konstruktiv diskutiert worden. Wir haben vor allem in der Diskussion am Schluss darin Übereinstimmung erzielt, dass gerade beim Thema Integration doch stärker differenziert werden muss, als dies bisher der Fall war. Das heißt, wir müssen aufgrund der Realität ganz nüchtern feststellen, dass sich Integrierbarkeit, Integrierfähigkeit, Integration bei vielen gar nicht als Problem darstellen. Frau Kollegin Bauer, das heißt aber wiederum in der Conclusio, dass wir uns auf die Gruppen konzentrieren müssen, die uns in Deutschland bisher tagein, tagaus – ich habe den Eindruck, eigentlich von Woche zu Woche immer mehr – Probleme machen. Das sind einerseits teilweise – ich sage, ausdrücklich differenziert, „teilweise“ – Angehörige des Islam, die sich sehr schwer tun, sich in die deutschen Lebensverhältnisse einzufügen und einzufinden, weil sie eine ganz andere Werteordnung haben. Sie sind schwer integrierfähig und in vielen Fällen auch nicht integrationswillig.

Auch eine andere Gruppe macht uns eigentlich von Jahr zu Jahr – früher nicht, aber in den letzten Jahren – immer größere Probleme, nämlich die jungen Spätaussiedler. Ich bin sehr dankbar dafür, dass man jetzt in der Arbeitsgruppe auf Bundesebene stärker differenziert und sagt, das Integrationsthema könne nicht einfach verallgemeinert werden, sondern man müsse sich auf die Problemgruppen konzentrieren, bei denen uns die Integration bekanntermaßen von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat und von Woche zu Woche immer größere Schwierigkeiten bereitet. Ich habe vorhin die zwei Hauptgruppen offen skizziert.

Das Problem muss übrigens auch vor einem anderen Hintergrund gesehen werden. Auch da bin ich dankbar dafür, dass man in der Arbeitsgruppe einen Schritt weitergekommen ist. Sie können sich sicherlich vorstellen, dass bei dem Thema Integration die Frage, wer die Kosten für Sprach- und Integrationskurse übernimmt, eine Rolle spielt. Hier ist der übliche Streit wieder entfacht, dass der Bund den Ländern sagt: „Wir zahlen so viel, aber nicht mehr, den Rest müsst ihr erbringen.“ Die Länder sagen natürlich, der Bund solle so viel bezahlen, wie es irgend geht. Der Streit ist etwa von gleicher Intelligenz wie Ihr Verhalten in der letzten Woche bei den Beratungen des Haushaltsplans. Bedauerlicherweise beklagen Sie am Vormittag die Höhe der Verschuldung, fordern aber am Nachmittag Mehrausgaben für Polizei und Feuerwehr. So kann es nicht sein. Die Wahrheit ist doch ganz einfach:

(Abg. Zeller SPD: Wir haben es aber finanziert!)

Für die Übernahme der Integrationskosten in vollem Umfang, Herr Kollege Zeller – als Lehrer sind Sie ja des Rechnens fähig –,

(Abg. Seimetz CDU: Das ist die Frage!)

haben weder der Bund noch die Länder die dafür erforderlichen Mittel. Das ist die Wahrheit. Vor diesem Hintergrund ist in der Diskussion über die Integration und ihre Kosten ein entscheidender Schritt gelungen, indem man gesagt hat: Wir müssen uns auf diejenigen Personenkreis konzentrieren, bei dem die Integration wirklich notleidend ist; denn alles andere ist finanziell überhaupt nicht schulterbar. Das heißt jetzt in der konkreten Auswirkung: Wir dürfen nicht allen, die nach Deutschland kommen wollen und die bereits in Deutschland leben, aber noch nicht integriert sind, mit einem Anspruch auf Integration winken. Das wäre finanziell weder für den Bund noch für die Länder schulterbar. Nebenbei bemerkt: Im eben verabschiedeten Haushalt sind für die Übernahme von Integrationskosten überhaupt keine Mittel vorgesehen!

(Abg. Inge Utzt SPD: Eben, das kommt dazu!)

Jetzt bewege ich mich allerdings – das will ich ausdrücklich sagen; aber das zu sagen belastet die Gespräche nicht – etwas im Spekulativen: Ich schließe auch vor dem Hintergrund, dass die Integration finanziell weder für den Bund noch für die Länder in vollem Umfang – so wie man das bisher idealistisch gedacht hat – schulterbar ist, dass der Integrationsanspruch einerseits vom Tisch ist. Andererseits könnte es in der Weise eine Lösung geben, dass beispielsweise eine Ausländerbehörde zu einem Ausländer, der vielleicht gerade einer dieser Gruppen angehört, die ich soeben genannt habe, oder auch zu einem Aussiedler sagt: „Deine Integration kommt nicht voran.“ Vielleicht sagt sie auch, dass die Integration sogar immer weiter zurückgeht. „Deshalb machen wir dir jetzt die Auflage, einen Integrationskurs zu besuchen. Wenn du das nicht tust und dir da keine Mühe gibst, kannst du als Ausländer nicht auf Dauer in Deutschland bleiben.“ Oder es müssen bei Aussiedlern, die nicht ausgewiesen werden können, finanzielle Leistungen, soweit sie solche beziehen, entsprechend zurückgefahren werden. Es geht also eine Integrationsentscheidung, die mehr auf den notleidenden Einzelfall abstellt und bei der nicht allgemein mit Geld um sich geworfen wird, das gar nicht vorhanden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Utzt?

Innenminister Dr. Schäuble: Natürlich.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Frau Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Minister, ist Ihnen § 45 bekannt, der zur Teilnahme an der Integration verpflichtet und der durchaus auch eine Form von Repression vorsieht, wenn die Teilnahme nicht erfolgt oder nicht erfolgreich ist?

Innenminister Dr. Schäuble: Ja. Ich habe mich jetzt ja bemüht, Frau Kollegin Utzt, die Entwicklung des Diskussionsprozesses innerhalb der Arbeitsgruppe darzustellen. Ich

(Minister Dr. Schäuble)

wiederhole: Ich bin für die Entwicklung der Diskussion persönlich sehr dankbar. Ich halte überhaupt nichts davon, dass die Länder zum Bund sagen: „Gib du mehr Geld“ und der Bund wiederum zu den Ländern sagt: „Im Wesentlichen müsst ihr die Integrationskosten tragen.“ Denn sowohl der Bund als auch die Länder haben nicht die dafür notwendigen umfassenden Mittel.

Dass wir deshalb in dem geschilderten Sinn mit einer neuen Formulierung stärker auf Einzelfallentscheidungen abstellen werden, ist, glaube ich, am Ende des Diskussionsprozesses auch zu erwarten. Wenn jemand die Auflage nicht erfüllt – jetzt greife ich Ihr Beispiel auf –, an einem Integrationskurs teilzunehmen, obwohl seine Integration bisher schlecht, notleidend ist, dann ist es, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit – andernfalls kann man es ja bleiben lassen –, dass daran Sanktionen geknüpft werden müssen. Insofern wird das wohl nicht das Problem sein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/
DVP)

Das heißt aber auch: Gerade beim Thema Integration ist es wertvoll, dass man inzwischen stärker zwischen den Ausländern differenziert. Viele machen übrigens bei der Integration überhaupt keine Probleme. Bei einem promovierten Japaner zum Beispiel gibt es keine Integrationsschwierigkeiten. Vielmehr müssen wir uns aus Kostengründen und aus sachlichen Gründen wirklich auf diejenigen Gruppen konzentrieren, bei denen die Integration notleidend ist.

Deshalb bin ich nach dem Verlauf der Diskussion eigentlich auch sicher, dass das Zuwanderungsgesetz nicht an einer Härtefallregelung, nicht an einer Lösung für geschlechtsspezifisch und nichtstaatlich Verfolgte und als Drittes auch nicht an den Regelungen zur Integration scheitern wird. Denn zu diesen Punkten, die ich jetzt sehr ausführlich dargelegt habe, hat die Aussprache in der Arbeitsgruppe doch einen großen Konsens ergeben.

Frau Kollegin Bauer, jetzt komme ich auf den Bereich zu sprechen, bei dem es Ernst wird. Das ist das Thema –

(Abg. Hauk CDU unterhält sich mit Abg. Brigitte
Lösch GRÜNE an deren Abgeordnetenplatz.)

– Die Sitzungsmanager sprechen sich vertraulich gerade noch einmal kurz ab.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Hauk, der Herr Innenminister fühlt sich gestört.

Innenminister Dr. Schäuble: Nein, ich sehe eigentlich mit großer Freude, was sich da anbahnt.

(Heiterkeit – Abg. Rüeck CDU: Stoiber lässt grü-
ßen!)

Er setzt die Worte aus München schon in die Tat um.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg.
Drautz FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE:
Das war rein dienstlich!)

Nach dem, was alle in der Debatte gerade zur Arbeitsmigration übereinstimmend, glaube ich, gesagt haben, schlage ich vor, da auch ein bisschen zu differenzieren.

Das Erste – das ist vom Kollegen Dr. Glück und vom Kollegen Scheuermann hervorgehoben worden –: Das Zuwanderungsgesetz, Stichwort Arbeitsmigration, wird auch nicht an der Frage der Zuwanderung von Hochqualifizierten scheitern. Hochqualifizierte sind immer erwünscht. Dabei gibt es zwei Einschränkungen – sie sind aber unstrittig; dagegen werden auch Sie, Frau Bauer, nichts haben –: Wenn wir sozusagen als Kopffäger die besten Köpfe auf der Welt jagen und nach Deutschland holen wollen, darf dies die Wirtschaft und den Staat nicht von der Verpflichtung entbinden, selbst dafür zu sorgen, dass noch genügend Nachwuchs an Hochqualifizierten ausgebildet wird.

(Abg. Fischer SPD: Herr Minister, die müssen wir
einfangen, nicht jagen!)

Die zweite Einschränkung: Wir müssen in diesem Zusammenhang auch ein bisschen das entwicklungspolitische Moment sehen. Wenn es, wie es immer so großartig heißt, um den Kampf um die besten Köpfe der Welt geht, ist es entwicklungspolitisch vielleicht – ich wage das nur schüchtern zu sagen – nicht ganz ohne Probleme, wenn wir Entwicklungsländern auch noch die wenigen besten Köpfe wegholen. Aber mit diesen Einschränkungen besteht Konsens über dieses Thema.

Jetzt sage ich aufgrund Ihres Beispiels – Sie haben ja vorhin gefragt, wie ich dazu stehe, dass sich diese „besten Köpfe“, wenn sie nun nach Deutschland kommen – darf ich das ausführen, Frau Kollegin Utzt? –, erst noch ein Jahr in Deutschland aufhalten müssen, bevor sie eine Daueraufenthaltsurlaubnis erhalten.

Auch daran wird das Gesetz nicht scheitern. Das sind im Vergleich zu dem, was in der Arbeitsgruppe alles besprochen wird, eher Peanuts.

Nur ein Hinweis sei mir gestattet – bitte überprüfen Sie es; es stimmt –: Wenn wir – daran wird es nicht scheitern; das ist Verhandlungsmasse – den Hochqualifizierten vom ersten Tag an ein Daueraufenthaltsrecht zubilligen würden, würden wir über den Standard des amerikanischen Rechts, auf den Sie sich immer wieder berufen, hinausgehen. Denn auch dort müssen die Hochqualifizierten erst sozusagen eine Karenzzeit durchlaufen, bevor sie einen endgültigen Status bekommen. Aber, wie gesagt: Dies wird nicht das Problem sein, genauso wenig wie die Selbstständigen, wenn es sich um echte Selbstständige handelt.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Innenminister Dr. Schäuble: Ja, natürlich.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Abg. Utzt, bitte.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Minister, gehen Sie davon aus, dass Hochqualifizierte tatsächlich zu uns kommen, wenn Sie diese Karenzzeit von einem Jahr einführen? Aber Sie haben ja vorhin schon gesagt, dass da eine Einigung möglich ist.

Innenminister Dr. Schäuble: Ja, eben.

Abg. Inge Utzt SPD: Meine zweite Frage lautet: Wie stehen Sie zum – –

Innenminister Dr. Schäuble: Beharren Sie auf Ihrer ersten Frage?

Abg. Inge Utzt SPD: Nein, nein.

(Abg. Fischer SPD: Das war eine Feststellung!)

Das war eine Feststellung zu Ihrer Äußerung.

Zweite Frage: Wie stehen Sie zu § 20 Abs. 4, das heißt in diesem Fall zu Ziffer 1 Buchst. b unseres Antrags?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich habe das Gesetz nicht auswendig gelernt.

Abg. Inge Utzt SPD: Ich kann es Ihnen sagen: Es geht um eine Jahreszuwanderungsquote.

Innenminister Dr. Schäuble: Darauf komme ich noch zurück. Ich bin ja jetzt bei der Sequenz „Lockerung des Anwerbestopps“.

(Abg. Inge Utzt SPD: Aber genau das gehört dazu!)

Das andere ist ja ein anderer Punkt.

(Abg. Inge Utzt SPD: Das gehört doch genau dazu!)

Ich darf Ihnen einen Hinweis geben, Frau Kollegin Utzt.

(Abg. Zeller SPD: Wie lange haben Sie vor zu reden? – Gegenruf des Abg. Döpfer CDU: Paragraph für Paragraph durchgehen! Wie viele Paragraphen hat das Gesetz? – Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

– Solange ich eben irgendwo in der Pflicht bin. Wenn irgendwann grünes Licht gegeben wird, kann ich auch zum Ende kommen.

(Abg. Hauk CDU: Das Licht ist grün! – Abg. Fischer SPD: Was soll denn der Blödsinn? Er kann doch jetzt aufhören! – Abg. Drexler SPD zu Abg. Hauk CDU: Wollt ihr um 16 Uhr fliegen oder nicht? – Gegenruf des Abg. Hauk CDU: Ja, klar!)

Ich darf mir aber einen Hinweis erlauben, Frau Kollegin Utzt: Ich bin von Hause aus – es ist lange her – Jurist. Kollege Stickelberger war zusammen mit mir beim Gericht tätig. Er wird es bestätigen können: Juristen lernen die Gesetze nicht auswendig,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gott sei Dank!)

sondern interpretieren sie. Wenn Sie also sagen, das stehe in § 20 a Abs. 1 Satz 3, muss ich entgegnen: Ich habe das nicht auswendig gelernt. Ich komme aber auf das Punktesystem nachher zurück.

Zur Frage, die Sie gestellt haben, ob wir noch eine Zuwanderung von Hochqualifizierten bekommen, wenn diese eine Karenzzeit von einem Jahr durchlaufen müssen, wiederhole ich meine Antwort: Das Gesetz wird daran nicht scheitern, wobei Sie mir bitte, Frau Kollegin Utzt, die persönliche An-

merkung gestatten: Ich glaube, wichtiger als dieses eine Jahr Probeaufenthalt sind für die Menschen, die wir als beste Köpfe, als Hochqualifizierte für Deutschland gewinnen wollen, die Bezahlung sowie das wirtschaftliche und wissenschaftliche Umfeld, in dem sie sich in Deutschland bewegen.

(Abg. Inge Utzt SPD: Und die Sicherheit, mit der sie hier leben!)

Das dürfte wesentlich wichtiger sein als andere Fragen. Das nur am Rande. Aber noch einmal: An diesem Punkt wird es nicht scheitern.

Jetzt komme ich zu dem Knackpunkt, den Sie angesprochen haben, Frau Kollegin Utzt: Die Union

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Ist schuld!)

sagt – und wir sind da, glaube ich, nicht weit auseinander, zumindest mit der FDP –: Wir werden das Punktesystem nicht mitmachen.

(Abg. Stickelberger SPD: Stimmt das?)

Das Punktesystem ist vor allem ein Herzensanliegen der Grünen – zumindest in Gestalt des Kollegen Beck; Bütikofer hat sich, wie vorhin erwähnt, anders geäußert. Das Punktesystem bedeutet ja auch, dass jemand, der eine entsprechende Punktzahl anhand gewisser Kriterien erreicht, nach Deutschland einreisen und sich auf dem Arbeitsmarkt um eine entsprechende Stelle bemühen darf, ohne dass ein konkretes Arbeitsplatzangebot für ihn vorliegt. Die Union hat von Anfang an klargestellt, dass sie diese Art des Punktesystems nicht akzeptieren kann.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU)

Das hat die SPD – Schily, Wiefelspütz – zur Kenntnis genommen. Sie hat inzwischen auch erklärt – so interpretiere ich das –, dass auch daran das Zuwanderungsgesetz nicht scheitern wird. Das kann ja nur so interpretiert werden, dass die SPD da vollkommen bereit ist, sich entscheidend zu bewegen. Aber – darauf habe ich eingangs ganz offen hingewiesen – wir wissen nicht genau, wie sich die Grünen in diesem Punkt verhalten werden. Das ist also eine der ganz offenen Fragen.

Es bleibt vielleicht eine letzte große schwierige Frage übrig. Ich habe vorhin gesagt: Auch wenn wir da in Nuancen ein bisschen anders denken: Bei den Hochqualifizierten wird man sich einig werden – wenn sie denn nur nach Deutschland kommen. Sie kommen vielleicht deshalb nicht nach Deutschland, weil sie hier zu viel Steuern zahlen müssen, weil sie hier nicht so viel wie in Amerika verdienen und weil sie hier nicht so gute wissenschaftliche Bedingungen finden – nicht wegen irgendwelcher anderer Fragen.

Der große Knackpunkt ist nicht die Frage, wie wir eine Entscheidung für die Hochqualifizierten finden, sondern wie wir sie für die Einfach- oder Normalqualifizierten finden. Da wird der Hund, glaube ich, bei dem Gespräch am Freitag der nächsten Woche, am 13. Februar, begraben sein. Bei diesem Gespräch wird man sich sicherlich noch einmal über das Thema Punktekatalog unterhalten. Aber man wird sich vor allem genau auf die Frage konzentrieren müssen, in

(Minister Dr. Schäuble)

welchem Umfang man eine Lösung für diejenigen finden kann, die nach Deutschland wollen, die aber nicht hoch qualifiziert sind, sondern sich unterhalb dieser Schwelle bewegen.

Rot-Grün stellt sich ja bisher auch in diesem Bereich eine völlige Aufhebung des Anwerbestopps vor. Da kann ich vorhersagen: Das wird – jedenfalls von der Union – so nicht mitgetragen werden können.

Denkbar wäre – und das stand auch schon in den Medien, weshalb ich das, ohne etwas zu verraten, mit Blick auf die Gespräche schadlos sagen kann – oder, besser formuliert, in der Diskussion steht eine Lösung dergestalt, dass einfach qualifizierte Persönlichkeiten nach Deutschland kommen können, wenn sie erstens einen Beruf ausüben, der in Deutschland ein Mangelberuf ist, wenn zweitens ein konkretes Arbeitsplatzangebot vorliegt und wenn drittens die Frage, ob es in Deutschland einen Mangel an solchen Berufen gibt, nicht regional unterschiedlich, sondern bundesweit einheitlich beurteilt wird. Wenn dies alles mit Zustimmung des Bundesrats zu einer entsprechenden Verordnung führen würde, wäre hier nach meiner Einschätzung vielleicht eine Lösung denkbar. Aber ich sage noch einmal ganz offen: Das scheint mir von allen Punkten, die ich jetzt aufgezählt habe, der entscheidende und schwierigste zu sein.

Ich fasse zusammen: Die Chancen sind nicht schlecht. Rot-Grün hat in Aussicht gestellt, sich in zentralen Fragen der Arbeitsmigration zu bewegen, Grün in Rot-Grün – das muss ich relativierend sagen – allerdings nur zum Teil, Kollege Beck – das will ich ausdrücklich festhalten – zum Beispiel nicht; er hat sich mehrfach sehr dezidiert in dieser Richtung geäußert.

Demgegenüber kann ich sowohl für die Landesregierung als auch für die Unionsseite sagen: Ich bin mir sehr sicher, dass ein Zuwanderungsgesetz nicht an einer Härtefallregelung oder an Fragen der Integration scheitern wird. Und die Finanzierung der Integration, die, wie vorhin beschrieben, ein Riesenproblem ist, kann man nur beherrschen, wenn man nicht allgemein jeden mit der Auflage zu der Teilnahme an einem Integrationskurs beglücken will, sondern wenn man sich bei der Integration, bei der Frage, wer einen Kurs machen muss, auf diejenigen konzentriert, die es auch wirklich nötig haben.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Jetzt hoffen wir, dass uns die weiteren Gespräche in der Siebener-Arbeitsgruppe – ihr gehören an: für die SPD die Kollegen Schily und Wiefelspütz, für die Grünen der Kollege Beck, für unsere Seite Kollege Stadler von der FDP, Kollege Bosbach von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kollege Beckstein und natürlich der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, der Ministerpräsident des Saarlands, Müller – in der kommenden Woche einen Schritt nach vorn bringen. Das wird davon abhängen, ob sich Rot-Grün beim Thema Arbeitsmigration noch einmal bewegen kann. Wir haben angedeutet, wo wir uns bewegen können.

Wir werden – das muss ich an die Adresse von Rot-Grün, jetzt eher an die Adresse von Rot anfügen – der SPD innerhalb der Bundesregierung nicht das Geschäft abnehmen

können, die Grünen sozusagen kompromissbereit zu klopfen.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das versucht Schily immer wieder, indem er sagt, Schwarz und Grün sollten sich einigen. Kollege Hauk hat vorhin einen ersten schüchternen Versuch unternommen.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und Hauk CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist aber nicht unsere Aufgabe. Wir erwarten schon, dass die Bundesregierung hier insgesamt zu einer gemeinsamen Haltung findet. Wenn dies der Fall ist und wenn im beschriebenen Sinne jetzt noch ein weiterer Ruck beim Thema Arbeitsmigration erfolgt, sind wir am Ziel dieses Gesetzes. Ich persönlich hoffe darauf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es handelt sich um einen Berichts Antrag. Dieser ist durch die Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Bevor ich mitteile, wie lange die Sitzung unterbrochen wird, weise ich darauf hin, dass sich der Untersuchungsausschuss FlowTex in fünf Minuten im Eugen-Bolz-Saal trifft.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:20 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:46 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, wir fahren mit der unterbrochenen Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Hochbegabtenförderung und -beratung – Drucksache 13/1808

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Dazu rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2884, auf.

Das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 13/1808 und zur Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

Abg. Dr. Caroli SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Augenblick sieht es in der Tat so aus,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dass nur Hochbegabte da sind!)

(Dr. Caroli)

als hätte der Landtag eine gewisse Scheu gegenüber Hochbegabung. Das wird sich aber vielleicht im Lauf meiner Rede noch ändern.

(Heiterkeit)

Es hat uns verwundert, meine Damen und Herren, dass die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zu unserem interdisziplinär angelegten Antrag zur Hochbegabtenförderung in Baden-Württemberg zunächst, weil Herr Minister Frankeberg unterzeichnet hat, den Anschein erweckt hat, als ob Hochbegabtenförderung ausschließlich eine Frage der Wissenschaft und der Hochschulen sei. Tatsächlich geht es aber um ein Netzwerk der effektiven Förderung der Hochbegabung und darum, dass hoch begabte Kinder und deren Eltern endlich eine adäquate Beratung in Baden-Württemberg erhalten.

(Abg. Zeller SPD: Richtig! – Beifall des Abg. Zeller SPD)

Ich sehe nun, meine Damen und Herren, dass Frau Ministerin Schavan da ist. Das heißt, dass uns dieser interdisziplinäre Ansatz offensichtlich auch vonseiten der Landesregierung noch erwarten wird.

(Zuruf des Abg. Pauli CDU)

Ich will bei meinem Redebeitrag jedenfalls dem einzig sinnvollen, nämlich dem ressortübergreifenden Anliegen gerecht werden.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 11 unserer Verfassung hat jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Heiterkeit)

– Ich könnte da auch klatschen, Herr Kollege Kretschmann, in der Tat.

Das trifft für Schwache wie für Hochbegabte gleichermaßen zu.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Weder dürfen wir schwächer Begabte allein lassen, noch können wir es uns leisten, die Ideen und Ressourcen von Hochbegabten in unserem Land brachliegen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir mehr Zeit hätten, könnten wir uns über den Begabungsbegriff unterhalten. Das wäre, glaube ich, hochinteressant. Was ist eigentlich Begabung? Welche Komponenten gehören dazu? Was ist der Unterschied zwischen Begabung und Intelligenz? Das sind höchst interessante Fragen. Leider zwingt uns die Kürze unserer heutigen Beratung dazu, die Aussagen auf den politischen Teil zu begrenzen. Deswegen stelle ich nur fest, dass bei der Ausprägung von Hochbegabungen eine ganze Reihe von Faktoren zusammenwirken. Neben der individuellen Ausstattung durch Vererbung kommt es entscheidend auf stützende Faktoren wie Interesse, Motivation sowie günstige Sozialisationsbedingungen in Familie, Kindergarten und Schule an.

Meine Damen und Herren, es liegt auf der Hand, dass die entscheidende Förderung von Begabungsreserven in den frühen Jahren der Kindheit beginnen muss. Leider haben wir nicht den Eindruck, dass die Landesregierung die Identifikation der Hochbegabten und ihre entsprechende individuelle Förderung in Kindergarten und Grundschule bisher in den Mittelpunkt der Begabtenförderung gestellt hat.

Starkes Lernbedürfnis, herausragende Denkfähigkeit, Abstraktionsfähigkeit und vieles andere mehr, was wir den Hochbegabten gemeinhin zurechnen, zeigt sich schon beim Kleinkind. Die Unterforderung beginnt also nicht erst in den weiterführenden Schulen.

Wenn ich den traditionellen Grenzwert für Hochbegabte von 2 bis 3 % – was allgemein üblich ist – bei der Verteilung der Intelligenzkennwerte nehme, die bei den Intelligenztests eine entscheidende Rolle spielen, dann geht es bei uns in Baden-Württemberg um mindestens 25 000 Kinder, die schon vom Kindergarten an stärker gefördert werden müssten.

Meine Damen und Herren, dazu sagen wir: Dies kann nur wohnortnah mit den bekannten Methoden der Anreicherung von Bildungsangeboten – neudeutsch „enrichment“ –,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla!)

der Beschleunigung der Bildungswege – neudeutsch „acceleration“ –

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla! – Abg. Fleischer CDU: Ja sag einmal! – Oh-Rufe von der SPD)

und über ein Netzwerk gut zugänglicher Schwerpunktschulen und Leistungszentren mit Begabungsschwerpunkten sinnvoll sein.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, werden hoch begabte Kinder überhaupt identifiziert, also rechtzeitig erkannt? Die Ergebnisse der letzten IGLU-Studie lassen dies anzweifeln. Denn fast die Hälfte aller Grundschüler erhält nach der vierten Klasse eine falsche Schulempfehlung. Viel zu oft wird nach sozialer Herkunft statt nach Begabung und Leistung entschieden.

(Abg. Zeller SPD: Auch in Baden-Württemberg!)

Meine Damen und Herren, dies hat zur Folge, dass über Aus- und Fortbildung die Diagnosefähigkeit der Fachkräfte in Vorschuleinrichtungen und Schulen endlich sichergestellt werden muss. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher müssen Kompetenzen für individuelle Förderung erwerben. Wir brauchen eine Förderpraxis im Netzwerk, die die Kinder in ihrer gewohnten Umgebung belässt. Darüber hinaus brauchen wir in der Fläche die bereits angesprochenen Schwerpunktschulen und Leistungszentren. Wir brauchen eine universitäre Forschungsstelle zur Hochbegabung. Außerdem benötigen wir dringend eine zentrale Beratungsstelle für Eltern, Lehrer und Schüler als wichtigste Anlaufstelle.

(Dr. Caroli)

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter
GRÜNE – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Dazu sage ich noch etwas, Herr Kollege Zeller. – Schließlich sollen spezielle Studiengänge für Hochbegabte eingerichtet werden. Dieser von uns angestrebte Vernetzungsansatz ist in Bayern und Hessen bereits auf dem Weg, bei uns aber leider nur sehr eingeschränkt.

Uns ist im Übrigen unverständlich, dass die universitäre Forschungsstelle für Hochbegabte in Ulm aufgegeben wurde, ohne dass Sie adäquaten Ersatz anbieten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter
GRÜNE)

Meine Damen und Herren, mit dem Vergeuden von Begabungen sollte Schluss gemacht werden. Über regional verankerte Förderkonzepte und über längeres gemeinsames Lernen im Dreiklang von Erziehung, Betreuung und Bildung mit stark individualisierenden Elementen können Hochbegabte früh entdeckt und richtig gefördert werden. Das ist unser Auftrag – entsprechend der Verfassung. Die ausschließliche Konzentration auf ein kostspieliges Eliteprojekt für nur etwa 0,5 % der hoch begabten Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Noch weniger!)

ist hingegen der falsche Weg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Zu dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP werde ich in der zweiten Runde noch etwas sagen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Haben wir eine zweite Runde?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt kommt ein guter Mann!)

Abg. Dr. Schüle CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der dieser Debatte zugrunde liegende Antrag der SPD-Fraktion betrifft ein Projekt im Rahmen der Begabtenförderung an der Universität Ulm, konkret die Beratungs- und Forschungsstelle für Hochbegabte. Gleichzeitig geht es um das geplante Ganztagsgymnasium mit Internat in Schwäbisch Gmünd.

Die SPD-Fraktion nimmt das Auslaufen der Landesfinanzierung für die Beratungs- und Forschungsstelle in Ulm offenbar zum Anlass, die schon bekannte These „Das Land tut zu wenig für die Hochbegabten“ erneut auf den Tisch zu bringen. Aber, meine Damen und Herren, genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen sind wir Ihnen aber sehr dankbar dafür, dass uns dieser Antrag die Gelegenheit gibt, die Grundzüge der Hochbegabtenförderpolitik in Baden-Württemberg gemeinsam ein wenig zu vertiefen. Dazu drei Punkte.

Erster Punkt – das ist gleich ein entscheidender Punkt: Das Konzept der Landesregierung ist viel breiter angelegt, als dies in Ihrem Antrag anklingt. Seit Mitte der Achtzigerjahre wird an den weiterführenden allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg

(Abg. Zeller SPD: Haben Sie die Rede des Kollegen Caroli nicht verfolgt? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Hören Sie doch mal zu!)

das Programm „Förderung besonders befähigter Schülerinnen und Schüler“ durchgeführt. – Sie haben gerne die Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu stellen, Herr Kollege Zeller.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Wieser CDU)

An 420 Arbeitsgemeinschaften im Rahmen dieses Programms nehmen derzeit ca. 4 300 Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg teil. Bearbeitet werden Themenstellungen aus dem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich, dem sprachlichen und dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich. Ziel ist es, begabte Schülerinnen und Schüler mit diesen Themenstellungen vertieft in Kontakt zu bringen. Das ist nur ein Beispiel.

Es gibt weitere wichtige Elemente, die in Ihrem Antrag nicht berücksichtigt werden: schulübergreifende Einrichtungen, Schülerwettbewerbe, Schülerseminare, Jugendakademie Mannheim, Kinder- und Jugendakademie Stuttgart, Schülerforschungszentrum Bad Saulgau, Tag der Musik. Beim bundesweiten Wettbewerb „Jugend musiziert“ hat Baden-Württemberg 31 % der Preisträger gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist daher ein sehr breit gefächertes und sehr differenziertes Konzept, das entscheidend auf die Begabungen der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten ist.

Das eingangs dargestellte dezentrale Förderprogramm des Landes ist von Professor Dr. Heller von der Universität München und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seit vielen Jahren begleitet worden. Sein Ergebnis lautet:

Gemessen an wissenschaftlichen Ansprüchen und internationalen Vergleichen stellen die Begabten-AGs in Baden-Württemberg ein effektives und bewährtes Mittel der Begabtenförderung dar . . .

Deswegen verstehen wir Ihre Kritik, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, in diesem Bereich nicht.

(Abg. Göschel SPD: Da muss man auch hoch begabt sein!)

Dazu kommt – das ist der zweite Punkt; um auf den Vorwurf des Rückzugs des Landes von der Beratungs- und Forschungsstelle an der Uni Ulm einzugehen –: Die Finanzierung der Beratungs- und Forschungsstelle war von Anfang an zeitlich befristet.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch kein Argument, wenn das sinnvoll war!)

(Dr. Schüle)

Dennoch ist es gelungen, eine Anschlussfinanzierung durch das Institut über Honorare und Spenden im Jahr 2003 sicherzustellen. Ich finde, wir sollten die Gelegenheit wahrnehmen, Herrn Professor Ziegler und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Dank für diese Leistung auszusprechen.

Dritter und letzter Punkt: Dabei geht es um den richtigen Grundansatz bei der Begabtenförderung. – Herr Zeller, es bleibt dabei, dass Sie gerne Zwischenfragen stellen können.

Die SPD-Fraktion geht hier etwas starr vor. Herr Caroli, das kam auch in Ihrer Rede zum Ausdruck. Wir haben 1,2 Millionen Schülerinnen und Schüler, davon 24 000 mit einem IQ von über 130. Diese Hochbegabten sollen flächendeckend eine Förderung erhalten. Wir finden, dass dieser Ansatz schematisch etwas starr ist und der Wirklichkeit nicht gerecht wird.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wieso denn?)

Es kommt bei der Begabtenförderung nicht allein auf den Intelligenzquotienten, sondern auch auf die Motivation und auf die verschiedenen individuellen Begabungen an. Genau dazu leisten wir mit den derzeit vorliegenden Konzepten eine gute Arbeit.

Dieses Netzwerk wird durch das Hochbegabtgymnasium und Internat in Schwäbisch Gmünd weiter ausgebaut. Die SPD lehnt dieses Hochbegabtgymnasium in Schwäbisch Gmünd – so ist es den Begründungen zu entnehmen –, ein wichtiges weiteres Element der Hochbegabtenförderung, wohl weiterhin ab. An dieser Stelle kann ich nur sagen: Wer Ja sagt zu Eliteuniversitäten, der sollte sich auch dazu durchringen, ein solches Hochbegabtgymnasium anzuerkennen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reichardt und Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Zeller SPD: Das ist der falsche Ansatz!)

Ich darf abschließend zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP kommen. Wir wollen die Chance nutzen – darauf zielt unser Antrag ab –, neben den bestehenden dezentralen Ansprechpartnern zukünftig in Schwäbisch Gmünd als Weiterentwicklung des bisherigen zentralen Systems Beratungskompetenzen für Eltern und Lehrkräfte hoch begabter Schülerinnen und Schüler zu bündeln und dort eine zentrale Anlaufstelle einzurichten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nachdem man die andere geschlossen hat!)

Wir haben diesen Antrag auch deshalb gestellt, damit es allen Fraktionen in diesem Hause möglich ist, sich hinter dieses Projekt zu stellen. Wir fordern alle Parteien und Fraktionen dazu auf.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reichardt CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus unserer Landesverfassung ergibt sich eindeutig, dass Schülerinnen und Schüler mit besonderer Begabung das Recht haben, besondere Angebote zu erhalten, das heißt, in besonderer Weise gefördert zu werden. Die Behauptung, dass das Land Baden-Württemberg solche Angebote nicht machen würde, ist falsch. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass seit langer Zeit flächendeckend, das heißt wohnortnah, Sonderprogramme in Form von Seminaren, Arbeitsgemeinschaften usw. laufen. Es gibt Landeswettbewerbe, es gibt Schülerakademien, Jugendakademien, also eine Vielzahl von Einrichtungen, in denen diese besondere Förderung stattfindet.

Zweitens: Frau Dr. Stapf vom Psychologischen Institut der Universität Tübingen sagt zum Beispiel, dass die Flexibilisierung in der Grundschule ein ausgezeichnetes Mittel sei, um hoch begabten Kindern eine besondere Förderung angeeignet zu lassen. Sie wissen, was damit gemeint ist: variable Einschulungstermine, jahrgangsübergreifende Eingangsstufen, die dann, individuell angepasst, in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden können. Frau Dr. Stapf sagt in ihrem Gutachten ausdrücklich, dass hier für Hochbegabte eine besonders effektive Form von Förderung stattfindet.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Schließlich ist klar, dass auch Spezialschulen und Spezialklassen notwendig sind. Man mag einwenden, dass Spezialschulen oder Spezialklassen vielleicht nicht den Königsweg darstellen. Für einen Teil der Hochbegabten sind sie aber erforderlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie kennen alle die Situation, dass hoch begabte Mädchen oder Jungen gerade aufgrund ihrer besonderen Begabung in der Schule erhebliche Probleme haben.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Ja, das ist so!)

Es klingt zwar paradox, aber es kann tatsächlich sein, dass ein Kind mit einem IQ von 130 plötzlich in der Sonderschule landet, weil seine Hochbegabung nicht rechtzeitig erkannt und es deshalb nicht deutlich genug gefördert wurde. Gott sei Dank sind solche Problemfälle nicht die Regel, aber sie kommen vor.

An der Universität Marburg gibt es eine Langzeituntersuchung über 15 Jahre hinweg, die noch läuft, aber schon jetzt ein klares Ergebnis zeigt. In dieser Studie wird deutlich, dass etwa 10 bis 15 % – nicht der Schülerinnen und Schüler insgesamt, sondern der Hochbegabten unter ihnen – in besonderer Weise einer psychologischen Fachberatung und Begleitung bedürfen. Auch hier wird man wahrscheinlich – oder mit Sicherheit – nicht um eine Spezialschule herumkommen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Wir haben jetzt glücklicherweise eine solche Schule in Baden-Württemberg eingerichtet. Ich bin froh darüber, dass es dieses Gymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd gibt. Dazu stehen wir. Es kann nicht anders als zentral geführt werden. Politisch wichtig ist jetzt allerdings, dass wir

(Pfister)

alles daransetzen müssen, dass es gelingt, mit dieser zentralen Einrichtung zusätzlich zu dem bestehenden dichten Netz von schulpсихologischen Beratungsstellen zugleich auch eine zentrale Anlauf- und Beratungsstelle zu schaffen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Diese schulpсихologischen Beratungsstellen leisten hervorragende Arbeit.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Aber wenn zum Beispiel – ich zitiere wiederum Frau Stapf vom Psychologischen Institut in Tübingen – Frau Stapf zu dem Ergebnis und zu der Feststellung kommt, dass etwa die Hälfte, also 50 %, der hoch begabten Kinder in den Schulen nicht als hoch begabt erkannt werden, dann ist das schon ein ernster Hinweis darauf, dass wir bislang bei weitem nicht allen hoch begabten Schülerinnen und Schülern die ihren Fähigkeiten entsprechenden Angebote machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich sage: Wir können diese schlummernden Potenziale nicht brachliegen lassen. Da teile ich Ihre Meinung vollständig.

(Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Das können wir uns einfach nicht erlauben. Entscheidend ist der Punkt, dass wir die Förderung brauchen,

(Abg. Zeller SPD: Möglichst früh!)

dass aber vor der Förderung das Erkennen von Hochbegabungen stehen muss.

(Abg. Zeller SPD: Richtig! Pfister hat es erkannt!)

Hier kann auch Baden-Württemberg noch zulegen. Wir müssen die Informations- und Beratungsmöglichkeiten für Eltern verbessern.

(Abg. Zeller SPD: Jawohl!)

Wir müssen auch im Bereich der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern etwas tun.

Ein ganz wichtiger Baustein ist aber auch die Schaffung einer zentralen Anlauf- und Beratungsstelle, in der die Kompetenzen gebündelt sind und die kompetente Angebote für die Beratung machen kann. Unser Vorschlag ist, diese zentrale, bündelnde Anlauf- und Beratungsstelle, wenn irgend möglich, am Hochbegabtengymnasium in Schwäbisch Gmünd anzusiedeln.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Das ist auch der Sinn unseres Antrags. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung dazu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die schulische Förderung von schwächeren Schülerinnen und Schülern und die Förderung von besonders befähigten und schnellen Schülerinnen und Schülern sind zwei Seiten einer Medaille. Das gehört zusammen. Das gilt aus Gründen der Chancengleichheit, aber auch deshalb, weil wir in unserer Gesellschaft alle jungen Menschen und ihre Fähigkeiten brauchen.

Der Landtag hat sich oft mit der Situation von benachteiligten Jugendlichen befasst. Wir hatten in der letzten Legislaturperiode die Jugendenquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“, die besonders aufgezeigt hat, wie notwendig die Förderung von benachteiligten Jugendlichen ist. Wir wissen natürlich, dass wir hier noch einen großen Handlungsbedarf haben, zumal es unter den benachteiligten Jugendlichen auch hoch begabte Jugendliche gibt, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft nicht als solche erkannt werden und nur weit unter ihren Möglichkeiten gefördert werden.

Aber wir sehen natürlich auch einen großen Handlungsbedarf, was besonders begabte und besonders schnelle Schülerinnen und Schüler in der Schule angeht. Ich sage gleich vorweg: Wir Grünen wollen keine Spezialschulen, keine – ich würde fast so sagen – „Sonderschulen“ für Hochbegabte.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir erteilen erst recht möglichen Hochbegabtenzügen in der Grundschule eine Absage, denn das würde ja unser selektives Bildungswesen noch auf die Spitze treiben. Das wollen wir auf keinen Fall.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Gilt das auch für Elitehochschulen?)

– Elitehochschulen sind ein anderes Thema. Dazu habe ich heute keine Zeit. Darüber müssen wir differenziert diskutieren.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „Habe ich heute keine Zeit“!)

Heute geht es um Schüler und Schülerinnen, also um junge Menschen, die noch der Schulpflicht unterliegen. Bei den hoch begabten Schülern und Schülerinnen geht es auch um ihre soziale Integration. Wir dürfen sie nicht von den anderen Jugendlichen isolieren. Gerade hoch begabte junge Menschen sollen lernen, auch leistungsmäßig und kognitiv schwächere Mitschülerinnen und Mitschüler zu respektieren. Sie sollen lernen, ihnen gegenüber Verantwortung zu übernehmen, indem sie ihnen beispielsweise beim Lernen helfen; sie sollen sie aber auch für ihre spezifischen Fähigkeiten und Qualitäten schätzen lernen. Deshalb: keine Isolation von hoch begabten jungen Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja, selbstverständlich.

Abg. Pfister FDP/DVP: Frau Kollegin, können Sie mir in wenigen Worten sagen, was Sie eigentlich unter „hoch begabten Schülern“ verstehen?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das wäre jetzt eine Fachdebatte, die wir hier natürlich nicht führen können. Vom Ministerium ist auf einen Antrag hin geantwortet worden, wenn man eine pragmatische Definition des Begriffs Hochbegabung wähle, dann seien das diejenigen Menschen, die bei einem Intelligenztest einen Intelligenzquotienten von mindestens 130 erreichten. Natürlich muss man den Begabungsbegriff trotzdem differenziert diskutieren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber das vor dem Hintergrund Ihrer Ablehnung eines Hochbegabtgymnasiums in Schwäbisch Gmünd! – Zuruf von der SPD: Machen Sie einen Ausschuss!)

Man muss ihn im Kontext von musischer, sportlicher oder sozialer Begabung diskutieren. All das müsste mit einbezogen werden. Aber gehen wir jetzt hier einmal von der kognitiven Begabungsvariante aus.

(Zurufe)

Es muss Ihnen zu denken geben, dass selbst Frau Müller, die Vorsitzende des Landesverbands für Hochbegabte, diese Spezialschulen für Hochbegabte ablehnt. In einer Pressemitteilung des Landesverbands vom 6. Mai 2002 steht, dass der Landesverband solche Schulen für „bildungspolitisch unklug, wissenschaftlich unbegründet und menschlich nicht nur für Schüler und Schülerinnen mit hohem IQ diskriminierend“ hält, „sondern auch für staatliche Lehrkräfte“. Es heißt darin ferner, die weitere Trennung von einzelnen Schülergruppen sei die falsche Lehre aus der PISA-Studie, jede Schule müsse ihre Spitzenschüler fördern.

(Beifall des Abg. Zeller SPD)

Deshalb sage ich: Nicht die hoch begabten Schüler, die vielleicht in der Tat Problemlagen mit sich bringen, müssen integrationsfähig sein,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

sondern die Schulen müssen so integrationsfähig werden, dass sie auch solche hoch begabten Schüler integrieren und fördern können.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von den Grünen:
Sehr richtig!)

Unser Ziel muss also die Qualitätsentwicklung des Unterrichts sein, eines Unterrichts, der differenziert und differenzierend ist, der alle Schülerinnen und Schüler gut fördert und jedem Kind anspruchsvolle Aufgaben stellt.

Nun zur Anlaufstelle: Wir brauchen keine neue Anlaufstelle zu schaffen, denn wir haben bereits an der Universität Ulm eine Anlaufstelle für Hochbegabte. Aber es ist ein Armutszeugnis der Landesregierung – und zwar interdisziplinär bei beiden zuständigen Ministerien –, dass diese Anlaufstelle seit Ende 2002 nicht mehr finanziert wird. Nun sagen Sie, diese Anlaufstelle werde durch Spendenmittel finanziert. Wissen Sie, wie diese Spenden aussehen? Schauen Sie sich einmal die Homepage dieser Anlaufstelle an. Dort erfahren

Sie, dass für die Diagnostik von Kindern 230 € als „Spende“ verlangt werden. Für ein Denktraining für Kinder werden 180 € verlangt. Das heißt, dass ausschließlich Eltern von Kindern, die sich dies finanziell leisten können,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

solche Angebote in Anspruch nehmen können. Hierbei handelt es sich jedoch um eine Pflichtaufgabe des Landes. Diese Einrichtung muss finanziert werden.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Ihrem Antrag werden wir nicht zustimmen. Wir wollen, dass das Institut in Ulm eine interdisziplinäre Forschungsstelle bleibt. Gerade die Vernetzung von Wissenschaft und Forschung an einer Hochschule mit einem Service- und Fortbildungsangebot für Schulen, für Lehrkräfte und für Eltern . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: . . . – ich komme zum Schluss – halten wir für eine gute Variante. Deshalb wollen wir die Finanzierung der Anlaufstelle an der Universität Ulm sicherstellen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In Absprache mit Herrn Kollegen Frankenberg will ich die hier aufgeworfenen Fragen beantworten und auf einige Punkte eingehen. Ich tue das nicht ausschließlich als Kultusministerin des Landes, sondern auch als jemand, der vor seiner politischen Arbeit zehn Jahre hauptberuflich in der Hochbegabtenförderung tätig war.

In Deutschland gilt für den schulischen wie für den gesamten tertiären Bereich ein dezentrales Konzept. Deshalb sagen wir zum Beispiel: Es gibt in Deutschland nicht drei, vier oder fünf Universitäten, auf die man alle Hochbegabten schickt, sondern es gibt Werke in der Trägerschaft großer gesellschaftlicher Gruppen, die hoch begabte Studierende an Universitäten, Fachhochschulen, Berufsakademien und an Kunst- und Musikhochschulen fördern.

Aus dem Förderkonzept – ich beginne bewusst mit dem tertiären Bereich – ergibt sich zugleich das Verständnis von Hochbegabung und übrigens auch das Verständnis von Elitenbildung in Deutschland. Das ist eine Förderung, die neben dem Stipendium auf ein Studium generale konzentriert ist. Oder im kürzesten Satz gesagt: Hochbegabtenförderung ist Biografieförderung, weil diejenigen, die aus ihrem Umgang mit Hochbegabten Erfahrungen haben, wissen, dass herausragende Begabungen in eine Gesamtbioografie inte-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

griert werden müssen. Das ist auch ein Stück Lebenskunst. Darauf ist das Konzept aller Begabtenförderungswerke ausgerichtet.

Im schulischen Bereich sind eigentlich in keinem Bundesland in Deutschland ein Konzept und ein Netzwerk der Begabtenförderung so früh und quer durch alle Regionen und alle Schularten auf den Weg gebracht worden. Ich übertrage das und spreche über die Begabtenförderung im tertiären Bereich. Wer von einem ganzheitlichen und biografischen Ansatz spricht – einem Ansatz, der auch dahin führt, zu sagen: wer von Elitenbildung und -förderung in Deutschland spricht –, der spricht auch von der Förderung von Verantwortungseliten und davon, dass es herausragende Begabungen mit sich bringen sollten – das ist so ähnlich wie beim Satz „Eigentum verpflichtet“ –, bereit zu sein, besondere Aufgaben und Verantwortung zu übernehmen. So haben wir in Baden-Württemberg von der ersten Klasse an immer den Ansatz vertreten: Der entscheidende Punkt ist eine Begabtenförderung, die sich einerseits auf zusätzliche Möglichkeiten des Lernens, auf ein anderes Tempo und mehr Lernstoff – Sie haben die Stichworte genannt –, aber andererseits genauso auf die Verankerung auch in sozialen Kontexten bezieht, die sicherstellen, dass nicht einseitige Entwicklungen passieren.

In der Literatur über Begabung und Begabtenförderung gibt es – neben immer vorhandenen Abweichungen – einen ziemlichen Konsens darüber, dass Hochbegabung natürlich nicht allein am IQ festgemacht werden kann – das ist immer einer der Tests, die dazugehören –, sondern dass damit weitere Kriterien verbunden sind, nicht zuletzt die Tatsache, dass damit nicht schon die herausragende Begabung in einem Bereich, sondern ein Querschnitt durch alle großen Kompetenzbereiche gemeint ist. Deshalb habe ich eben schon ein bisschen geschmunzelt. Ich kann mich noch an Debatten hier im Haus – übrigens auch an Überschriften in der Zeitung – erinnern, wo die größte Schwachstelle, die Sie bei mir festgestellt hatten, die war, dass ich gut mit Eliten und Hochbegabten kann, dass ich diese wahrgenommen habe und dass ich für sie etwas tue.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr! – Zuruf von der SPD: Es gibt aber mehrere Schwachstellen!)

Das wurde gleichsam als die sozialpolitische Schwachstelle in der Bildungspolitik angesehen. Deshalb sage ich: Willkommen im Klub!

(Beifall bei der CDU)

Ich finde das Klasse und wirklich gut, weil es unser bildungspolitisches Spektrum erweitert. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es gelten beide Teile des Satzes: Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden, und niemand soll seine Talente verstecken müssen. Das sind die beiden großen Herausforderungen, vor denen jedes Bildungswesen steht.

Deshalb gibt es in Baden-Württemberg – ich nenne jetzt nur wenige Punkte; sie sind zum Teil auch schon genannt worden – im Bereich der Grundschulen Kinderakademien. Sie sind an vielen Standorten gegründet worden. Es gibt struk-

turelle Vorkehrungen – dazu gehört der „Schulanfang auf neuen Wegen“. Der Zeitfaktor spielt eine große Rolle. Es gibt seit 1985 diverse Seminare – ich nenne das Stichwort Freiburg-Seminar. Es gibt ausgesprochene Orte der Begabtenförderung – ich nenne als Beispiel das Schülerforschungszentrum Bad Saulgau. Es gibt Wettbewerbe, Kontakte zwischen Gymnasien und Hochschulen, Gymnasiasen, die bereits während ihrer Schulzeit Vorlesungen und Seminare an einer Universität besuchen.

Was mir ganz wichtig ist: Wir haben in Baden-Württemberg die dezentrale Struktur der Begabtenförderung im Bereich der Schule nie auf Gymnasien konzentriert. Wir haben die Begabtenförderung auf den gesamten Bereich der beruflichen Bildung, wir haben sie quer durch die Schullandschaft ausgeweitet. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt im Blick auf das Thema, über das wir ja auch reden, nämlich die Frage der Kopplung von sozialer Herkunft und schulischer Leistung.

Deshalb: Der erste Grundsatz unseres Konzepts zur Begabtenförderung in Baden-Württemberg lautet: Für alle Altersgruppen und quer durch alle Schularten das Netzwerk weiter knüpfen, allerdings aufbauend auf einem schon ausgeprägten Fundament, das von anderen Ländern immer stärker wahrgenommen wird.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Herr Schmiedel!

(Abg. Schmiedel SPD: Das hat mit der Realität nichts zu tun, Frau Ministerin!)

Das können Sie nachprüfen. Wenn Sie die Ergebnisse der PISA- und der IGLU-Studie nachlesen, werden Sie feststellen, dass der Anteil der Schüler und Schülerinnen in der Spitzengruppe in Baden-Württemberg besonders ausgeprägt ist.

Nun zu der Frage: Warum neben einem Netzwerk ein Schulstandort? Diese Idee ist aus den Beobachtungen vergangener Jahre und auch von Fachleuten entstanden, die sagen, dass es in immer mehr Familien mit hoch begabten Kindern auch soziale Probleme gibt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das heißt, das dezentrale Konzept ist in Ordnung. Es gibt auch überhaupt keine Debatte über die Frage: dezentral oder zentral?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig richtig!)

Das wäre Quatsch. Ich behaupte: Für die allermeisten hoch begabten Jugendlichen bedarf es überhaupt nicht eines eigenen Ortes.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Ich behaupte auch: Für einen Hochbegabten ist es wichtig, einen anderen Hochbegabten zu treffen, weil sich dann die eigene Hochbegabung relativiert.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Also ist überhaupt nur ein kleiner Prozentsatz derer angesprochen, um die es jetzt im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Hochbegabenschule geht.

Ich halte es allerdings auch für eine Frage der Gerechtigkeit, dort, wo Eltern mit ihren Kindern und Kinder mit ihren Eltern Probleme haben, wo man sagt: „Es geht in unserem Kontext nicht mehr“, einen solchen Schulstandort zu ermöglichen. Wir wissen, dass viele Eltern ihre Kinder bislang in eine Schule in einem anderen europäischen Land schicken. Es gab viele Anfragen betroffener Eltern.

Deshalb halte ich es für richtig, dass wir uns jetzt den Erfahrungen auch aus der Begabtenforschung und der Begabtenförderung annehmen und einen solchen Schulstandort schaffen – verbunden mit einem Internat, verbunden mit einem eigenen Begabtenförderkonzept

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

und verbunden mit einem Kompetenzzentrum, das die Möglichkeit bietet, Eltern durch Praktiker, Lehrer und Lehrerinnen, Psychologen, Fachleute zu beraten, zu begleiten, diagnostische Arbeit zu leisten, aber auch Familien zu begleiten, die dies wünschen oder für die dies wichtig ist.

Das Ulmer Zentrum – darauf ist ja in der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag eingegangen worden – war immer nur für einen begrenzten Zeitraum geplant. Die Entscheidung ist weder vom Kultusministerium noch vom Wissenschaftsministerium getroffen worden. Die Universität selbst hat im Rahmen ihrer Autonomie die Aufgabe dieses Instituts beschlossen. Es war ein ganz kleines Institut, das dem, was jetzt mit dem Kompetenzzentrum verbunden ist, nur in einem Segment entsprach.

Deshalb ist das, was wir jetzt tun, eine konsequente Weiterentwicklung des Konzepts: dezentrales Netzwerk für verschiedene Altersgruppen quer durch die Schularten, Schaffung von Standorten wie dem Schülerforschungszentrum Saulgau,

(Abg. Zeller SPD: Weitere, die wir wollten, haben Sie ja abgelehnt!)

Intensivierung von Kontakten zwischen Hochschule und Schule im Sinne auch damit verbundener zusätzlicher Möglichkeiten für Schüler und Schülerinnen, und jetzt der zentrale Schulstandort da, wo Familien einen solchen Schulstandort suchen, verbunden mit einer Anlaufstelle für betroffene Familien. Damit haben wir eigentlich auch ein wichtiges neues Element geschaffen, das Eltern die Möglichkeit gibt, nicht ins Ausland gehen zu müssen, und das die Angebote, die es bereits in Deutschland gibt, erweitert. Sie wissen, dass Hessen ein solches Angebot in einer gymnasialen Oberstufe hat. Wir wollten es nicht erst zu einem solchen Zeitpunkt ansetzen,

(Glocke der Präsidentin)

sondern zu dem Zeitpunkt, an dem Begabtenförderung notwendig ist.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Minister, gestatten – –

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: So weit zu den aufgeworfenen Fragen. Ich bin davon überzeugt: Wenn wir das Internat in Schwäbisch Gmünd einweihen, werden auch Sie das Klasse finden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Zeller?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein. Ich bin jetzt fertig.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pauli CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli für 2 Minuten und 38 Sekunden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 2 Minuten 38 Sekunden! – Abg. Blenke CDU: Jetzt kann er die Frage beantworten, die Herr Zeller nicht gestellt hat! – Weitere Zurufe von der CDU)

Abg. Dr. Caroli SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerin! Schlummernde Potenziale zu wecken, das ist unsere Aufgabe. Das hat auch Herr Kollege Pfister erkannt.

(Lachen des Abg. Hauk CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ja wirklich keine Kunst!)

Wenn unser dezentrales Konzept funktionieren würde,

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

dann gäbe es nicht diese Riesenanzahl von Fehlentscheidungen bei der Bildungsempfehlung für die weiterführenden Schulen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller und Abg. Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Deswegen sage ich Ihnen: Ihr dezentrales Konzept entspringt entweder einem Wunschenken, oder es ist sowieso nur ein Fantasieprodukt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Das Gegenteil einer breiten Förderung von Begabung, bei der wirklich ausgeschöpft wird, ohne den sozialen Status zu sehr wirken zu lassen, ist das Symbol einer Schule, in der 120 Schüler aus 25 000 Hochbegabten zusammengezogen werden.

Wenn Sie sagen, Hochbegabung sei Biografieförderung, dann füge ich hinzu: Biografieförderung insofern, als der soziale Status eng damit verknüpft ist. Das wollen wir nicht. Deswegen lehnen wir auch den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP ab. Wir wollen eine zentrale Anlaufstelle für die Hochbegabten. Wir wollen aber keine Konzentration, wie sie in Baden-Württemberg bisher angestrebt wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann stimmen wir ab!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Seimetz CDU: Die wissen doch nicht, was sie wollen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Überweisen! – Abg. Zeller SPD: Überweisung an den Schulausschuss!)

– Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Frau Präsidentin, ich schlage vor, die beiden Anträge an den Schulausschuss zu überweisen, weil die Debatte gezeigt hat, dass es noch einiges zu klären und zu diskutieren gibt.

(Abg. Schmiedel SPD: Vieles! Vieles! – Widerspruch bei der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir sind in der Abstimmung, Frau Präsidentin! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wie stehen die Antragsteller der CDU zu diesem Vorschlag? – Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Frau Präsidentin, nachdem die Debatte eindeutig gezeigt hat, wie sich die Sachlage darstellt,

(Lachen bei der SPD)

und zum Zweiten das Votum seitens der SPD hinsichtlich der Antragsbehandlung eindeutig war, wollen wir über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP abstimmen lassen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Sie bestehen auf Abstimmung. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen.

Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung, die beiden Anträge zur weiteren Beratung an den Schulausschuss zu überweisen.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Dann müssen wir über diesen Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen. Wer diesem Antrag auf Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das Letztere war die Mehrheit. Der Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/2884, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Wie wünschen Sie mit Ihrem Antrag zu verfahren?

(Abg. Zeller SPD: Überweisung an den Schulausschuss!)

– Überweisung an den Schulausschuss. – Es erhebt sich keine Gegenstimme. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Offenlegung von Umfrageergebnissen durch die Landesregierung – Drucksache 13/1809

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten.

Das Wort erhält Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um was geht es bei dem vorliegenden Antrag, mit dem wir uns leider aus Gründen der parlamentarischen Abwicklung erst fast ein Jahr nach Einbringung heute im Parlament befassen?

Wie Sie wissen, hat die Landesregierung im Herbst 2002 und im Jahr 2003 mehrere Meinungsumfragen beim Institut für Demoskopie Allensbach in Auftrag gegeben. Der Ministerpräsident rühmt seither in allen Interviews, welch hohes Ansehen er – auch im Vergleich zur CDU – in der Bevölkerung genieße.

(Abg. Wieser CDU: Das stimmt doch!)

Weder wir noch die Journalisten können jedoch diese Zahlen, da sie uns ja nicht vorliegen, überprüfen. Ich will Herrn Ministerpräsidenten Teufel gar nicht unterstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass er falsche Zahlen in die Öffentlichkeit gibt. Aber es ist vielleicht so, dass der Ministerpräsident mit der Geheimhaltung der Zahlen bzw. der selektiven Weitergabe von Daten gezielt versucht, die ungelöste Nachfolgefrage zu beeinflussen.

(Abg. Hauk CDU: Aber in diesem Spiel spielen Sie keine Rolle!)

Hat der Herr Ministerpräsident auch Umfragedaten über Frau Schavan oder Herrn Oettinger erhoben? Wer außer Herrn Teufel und Herrn Palmer kennt die Auswertung dieser Umfragen?

(Unruhe)

Wurden mit Steuermitteln, liebe Kolleginnen und Kollegen – nun darf ich Sie wirklich einmal herzlich bitten zuzuhören –, auch Umfragedaten für parteipolitische Fragen erhoben? Es gibt also Fragen über Fragen. Aber leider weigert sich die Landesregierung bis heute, obwohl es von ihr selbst eine Zusage aus dem Jahr 1991 gibt, die Umfragergebnisse in vollem Umfang allen zur Verfügung zu stellen.

1995 hat die Landesregierung das Festhalten an dieser Absprache in der Landtagsdrucksache 11/5892 nochmals bekräftigt. Der Ministerpräsident selbst hat diese Zusage gemacht. Jetzt stellt sich schon die Frage, warum Sie sich nicht daran halten. Hat die Regierung vergessen, was sie mit Schreiben vom 27. Juli 1995 zugesagt hat? Sie führte damals aus:

Auch künftig werden entsprechend der hiesigen Praxis die Fraktionsvorsitzenden vertraulich über die wichtigen Ergebnisse der vom Staatsministerium in Auftrag gegebenen Umfragen unterrichtet.

(Fischer)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sturheit der Regierung in diesem Bereich veranlasste verschiedene Medien Anfang letzten Jahres, kritisch über das Verhalten zu berichten. Ich darf aus der „Stuttgarter Zeitung“ vom 30. Januar 2003 zitieren:

Teufels Geheimnisumfrage

Der Satz ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Wie bisher werden alle im Landtag vertretenen Fraktionen regelmäßig über die wichtigen Ergebnisse der vom Staatsministerium in Auftrag gegebenen demoskopischen Umfragen informiert.“ So stand es 1991 in einer Stellungnahme der Regierung an das Parlament. Der Absender war ein Mann, der sich gerne dafür rühmen lässt, dass er sein Wort hält, nämlich Erwin Teufel, Ministerpräsident.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus den genannten Gründen halten wir die Nichtherausgabe der Ergebnisse für undemokratisch und fordern Sie nochmals auf, die Herausgabe nachzuholen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sollten Sie dazu nicht bereit sein, beantragen wir, dass die Umfrage von der Regierungspartei CDU bezahlt wird.

(Beifall bei der SPD)

Denn öffentliche Gelder, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehören nicht der Regierung, sondern müssen nach gesetzlichen Richtlinien verwendet werden und auch kontrolliert werden können.

Überhaupt stellt sich die Frage: Warum bekommt immer das Institut für Demoskopie Allensbach diese Aufträge? Wurde die Umfrage überhaupt ausgeschrieben? Gerade in letzter Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, werden solche Fragen in der Öffentlichkeit mehr denn je diskutiert. Wir sind auch zu Recht der Meinung

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

– hören Sie jetzt bitte auf, Frau Kollegin Netzhammer, hier immer den schwarzen Peter hin und her zu schieben; wir haben es jetzt hier mit der Landesregierung von Baden-Württemberg zu tun –, dass Aufträge, welche mit öffentlichen Geldern finanziert werden, nicht nach Gutsherrenart vergeben werden dürfen, sondern ausgeschrieben werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Geben Sie also die Umfrageergebnisse in vollem Umfang heraus, und zeigen Sie damit gegenüber dem gesamten Parlament, dass Sie an einem fairen Umgang miteinander interessiert sind.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Herrmann.

Abg. Herrmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Regierung erlangt von Zeit zu Zeit durch Umfragen Material, das sie für ihre praktische Arbeit benötigt, und Informationen über die Entwicklung der politischen Willensbildung in der Bevölkerung. Die beiden Umfragen, die Sie, Herr Kollege Fischer, angesprochen haben, sind nach der Landtagswahl, nämlich im Herbst 2002 und im Frühjahr 2003, in Auftrag gegeben worden und dienen der Arbeit der Regierung in der Legislaturperiode. Jede Regierung macht das so. Wir sehen darin überhaupt nichts Ungeöhnliches.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Auch der Bund macht das, die Bundesregierung!)

Die Landesregierung gibt den Fraktionen die wichtigsten Ergebnisse der Umfragen seit dem Jahr 1980, nicht erst seit 1991 bekannt. Herr Fischer, in der Vereinbarung von damals heißt es, dass „die wichtigsten Ergebnisse der vom Staatsministerium in Auftrag gegebenen demoskopischen Umfragen“ den Fraktionen mitgeteilt werden, aber nicht, dass die vollständigen Ergebnisse mitgeteilt werden. Insofern hat sich die Landesregierung exakt an das gehalten, was sie im Jahr 1980 zugesagt hat.

(Zurufe von der SPD)

Nun machen das andere Regierungen genauso. Ich darf Ihnen nur einmal vorlesen, was die Bundesregierung auf eine Anfrage eines CDU-Abgeordneten hin mitgeteilt hat:

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir sind hier in Stuttgart!)

Die Ergebnisse der vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung beauftragten Erhebungen dienen der internen Information des Bundeskanzlers und der Bundesregierung. . . . In wenigen Fällen wurden Ergebnisse öffentlich vorgestellt.

Meine Damen und Herren, weder im Bund noch in den anderen Ländern ist es, wie dargelegt, üblich, dass vollständige Umfragen der Regierung dem Parlament mitgeteilt werden. Wir sehen dafür auch künftig keine Notwendigkeit.

(Zuruf von der SPD: Es wurde doch zugesagt!)

– Ich habe doch eben gesagt – wenn Sie mir zugehört hätten, wüssten Sie es –, dass die wesentlichen Ergebnisse dem Landtag mitgeteilt werden. Ein wesentliches Ergebnis ist beispielsweise die Antwort auf die „Sonntagsfrage“. Das wird regelmäßig auch den Fraktionen mitgeteilt.

(Abg. Fischer SPD und Abg. Kretschmann GRÜNE: Und sonst nichts!)

Letzter Punkt, Herr Fischer: Sie haben angesprochen, dass mit Steuergeldern Umfragen in Auftrag gegeben werden, die nicht das gesamte Parlament erhält.

(Unruhe)

Ich darf Sie nur daran erinnern, . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Abg. Herrmann CDU: ... dass die Fraktion der SPD und die Fraktion GRÜNE vor der Landtagswahl im Jahr 2001 jeweils eine Umfrage mit Fraktionsmitteln – auch das sind Steuergelder – in Auftrag gegeben haben, obwohl der Rechnungshof bereits im Jahr 1997 ein solches Verhalten kritisiert hat.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben diese Ergebnisse auch nicht in vollem Umfang den anderen Fraktionen mitgeteilt.

(Zuruf von der CDU: Peinlich!)

Der Rechnungshof hat dazu festgestellt:

Mit der Arbeit des Parlaments und einer Fraktion als Teil des Parlaments erscheint es unvereinbar, wenn eine solche Umfrage – wie hier praktiziert – ganz wesentlich auf die Parteipräferenz der Befragten abstellt.

Meine Damen und Herren, Sie haben das vor der Wahl gemacht,

(Abg. Schmiedel SPD: Die Regierung macht das dauernd!)

und Sie sollten nicht den Splitter im Auge des Gegners suchen, wenn Sie selbst einen Balken im eigenen Auge haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Bravo! Sehr gut!)

Wir sehen keine Notwendigkeit, dem Antrag der SPD zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Schmiedel SPD: Sieht der wenigstens die Notwendigkeit?)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht nur das Recht, es ist die Aufgabe des Parlaments, die Regierung zu kontrollieren. Insofern sind kritische Nachfragen nicht nur zulässig und erlaubt, sondern auch gewünscht.

Die Frage ist natürlich, wofür solche Umfragen gemacht werden. Sind sie sinnvoll? Braucht man solche Umfragen? Wir wissen ja, dass nicht nur Regierungen, sondern auch Unternehmen regelmäßig Marktforschung betreiben, um abzuchecken, ob bestimmte Maßnahmen entsprechend ankommen, bzw. um daraus Rückschlüsse für das eigene Handeln zu ziehen.

Wenn wir das als Parlament nicht wollen, können wir zum Beispiel durch die Streichung der dafür vorgesehenen Haushaltsansätze erreichen, dass die Regierung solche Umfragen nicht in Auftrag geben kann. Außerdem besteht die

Möglichkeit, dass wir durch Anfragen an die Landesregierung selbstverständlich Auskunft über die Ergebnisse einer solchen Umfrage verlangen. Ich denke, es gibt keinen verfassungsmäßigen Grund, warum die Landesregierung die Antwort auf eine solche Anfrage verweigern könnte.

Die Frage, die sich mir allerdings stellt, ist, was die SPD-Fraktion eigentlich mit ihrem Antrag bezwecken möchte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Ich kann überhaupt nicht erkennen, welchen politischen Zweck man damit erreichen will,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ganz genau!)

außer dass man in irgendeiner Weise die Regierung verunglimpfen oder in ein falsches Licht rücken möchte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Abg. Stickelberger SPD: Das wäre ja tragisch!)

Wenn man einmal eine Umfrage machen würde, wie sehr es die Bürgerinnen und Bürger interessiert, ob wir Umfragen in Auftrag geben oder nicht, dann wäre, so habe ich aus Gesprächen den Eindruck gewonnen, das Ergebnis, dass die Bürgerinnen und Bürger von uns nicht das permanente Schielen auf mögliche Wählerinteressen wollen.

(Abg. Fischer SPD: Wird aber trotzdem gemacht!)

Sie wollen das Lösen von inhaltlichen Aufgaben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb bin ich der Meinung, man sollte sich wegen solcher Umfragen nicht künstlich aufregen.

(Zuruf von der CDU: Genau! – Abg. Schmiedel SPD: Sind Sie jetzt für Umfragen oder nicht?)

Wenn man der Meinung ist, dass die zwischen den Fraktionsvorsitzenden getroffene Übereinkunft, dass die Regierung das Parlament informiert, ergänzt oder ausgeweitet werden müsste, dann hätte man das auch im Präsidium des Landtags oder in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz mit der Regierung verhandeln können.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Können Sie nicht lesen? Das steht doch alles hier drin! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Da Sie die öffentliche Bühne hier suchen, müssen Sie sich schon vorhalten lassen, dass es Ihnen mehr um einen öffentlichen Auftritt geht. Wir sind der Meinung: Weniger auf Umfragen schielen, mehr die Probleme des Landes lösen wäre der bessere Weg gewesen.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, ein Wort möchte ich noch zum Institut für Demoskopie, also für Meinungsforschung, in Allensbach sagen.

(Zuruf von der CDU: Nichts gegen Allensbach!)

(Theurer)

Dieses Institut, von Frau Noelle-Neumann gegründet, ist eines der besten nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern in ganz Europa, wenn nicht sogar in der ganzen Welt. Es liefert sehr wichtige Erkenntnisse der Meinungsforschung, von denen viele zum Beispiel in der „Frankfurter Allgemeinen“ oder in anderen Publikationsorganen jederzeit öffentlich zugänglich sind.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Sie verwechseln „gut“ mit „schwarz“!)

Dieses Institut ist hier in Baden-Württemberg angesiedelt. Daher haben wir überhaupt kein Problem damit, dass die Landesregierung dieses Institut mit Umfragen beauftragt. Wir legen großen Wert auf Kontinuität. Denn wenn man vergleichen will, ist es ja auch wichtig –

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist wirklich ein sehr liberales Argument: „Wir tun, was wir immer getan haben“!)

– Sehr geehrter Herr Kollege Kretschmann, das ist kein liberales Argument; das kann man auch einmal in Frage stellen. Aber in dieser Frage bin ich wertkonservativ. Man soll Bewährtes nicht aufgeben.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wo ist da der Wert? – Zuruf des Abg. Stichelberger SPD – Abg. Kretschmann GRÜNE: Si tacuisses, philosophus mansisses! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Man soll Bewährtes nicht aufgeben, sondern darf Dinge, die gut sind, auch beibehalten, meine Damen und Herren. Ich glaube, Sie haben sich mit der Technik von Befragungen noch nicht ausreichend befasst. Ich habe das im Rahmen des Studiums, zumindest am Rande, tun können.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Fischer SPD: Was Sie nicht alles gemacht haben! – Abg. Stichelberger SPD: Das hat aber nichts genutzt!)

Ich kenne das mehr aus der Marktforschung, aus dem unternehmerischen Bereich. Da ist es wichtig, dass die Befragungsmethoden über längere Zeiträume hinweg miteinander vergleichbar sind. Deshalb, denke ich, ist auch die Kontinuität in der Beauftragung des Allensbacher Instituts richtig. Deshalb wollen wir als FDP/DVP-Fraktion daran auch nichts ändern.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Gut gesprochen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Theurer, ich glaube nicht, dass wir darüber diskutieren müssen, ob Umfragen sinnvoll oder unsinnig sind. Demoskopie kann politisches Handeln nicht ersetzen – ich glaube, darüber sind wir uns einig –, aber klar ist auch, dass politisches Handeln ab und an reflektiert werden muss. Umfragen sind also zweifelsohne ein wichtiges Instrument für eine effektive Politikplanung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Pfister FDP/DVP: Bis jetzt war alles gut!)

– Da sind wir uns einig. Bei dem Kollegen Theurer habe ich vorhin nicht ganz verstanden, ob er das auch so sieht.

Mit fundierten Informationen kann man besser und gezielter auf die Fragen und Probleme der Menschen eingehen und kann eine bessere Politik für Baden-Württemberg machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt immer noch! – Abg. Kübler CDU: Wenn man es versteht, ja!)

Insofern ist gegen Umfragen überhaupt nichts einzuwenden.

Herr Kollege Fischer hat es schon erwähnt: Es gibt eine Vereinbarung aus dem Jahr 1991, in der der damalige Ministerpräsident versprochen hat, die Fraktionen über wichtige Ergebnisse der vom Staatsministerium in Auftrag gegebenen Umfragen zu informieren. Jetzt kann man zwar sagen: „Ministerpräsidenten kommen und gehen“; aber Absprachen bleiben bestehen.

(Abg. Stichelberger SPD: Manche gehen nie! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Leider!)

– Manche gehen nie. – Daher ist der Absprache mit der Weiterleitung der so genannten Sonntagsfrage überhaupt nicht Genüge getan. Das trägt überhaupt nicht wesentlich zur Politik bei. Die „Sonntagsfrage“ ist zwar interessant, aber wichtig für die Politikplanung ist sie beim besten Willen nicht.

(Abg. Hauk CDU: Wollen Sie die dann auch nicht mehr? – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Ein Wort noch zur Finanzierung. Es wurde schon angesprochen: Die Umfragen der Landesregierung werden natürlich mit Steuergeldern finanziert. Deshalb ist nicht einzusehen, warum die Ergebnisse der Umfragen vonseiten des Staatsministeriums als geheime Kommandosache und als „interne Planungsgrundlage“ behandelt werden. Wenn die Umfragen tatsächlich dem Zweck dienen sollen, zu einer besseren Regierungspolitik beizutragen, dann gibt es doch überhaupt keinen Grund zur Geheimniskrämerei. Geheimnistuerei ist nur dann angebracht, wenn in den Umfragen Sachverhalte abgefragt werden, die eher parteipolitischer Natur sind. Aber davon wollen wir nicht ausgehen, denn sonst müsste sich das Staatsministerium tatsächlich den Vorwurf gefallen lassen, schnöde Parteipolitik auf Kosten der Steuerzahler zu betreiben.

Es gibt also keinen seriösen Grund für Geheimnistuerei, im Gegenteil: Die Bereitstellung der wichtigsten Ergebnisse würde auch für die Fraktionen eine Hilfe bei der Formulierung ihrer Politik zum Wohle der Menschen und des Landes Baden-Württemberg darstellen. Das muss doch auch im Interesse der Landesregierung liegen.

Kurz und gut: Die Weitergabe der Umfrageergebnisse in vollem Umfang würde die Qualität der politischen Arbeit bei allen Beteiligten unterstützen. Mit der Weitergabe der Ergebnisse an alle Landtagsfraktionen – und nicht nur die die Regierung tragenden Fraktionen – wäre das Geld wirk-

(Brigitte Lösch)

lich gut investiert, und es würden weitere Steuergelder gespart, da die Notwendigkeit für die Oppositionsfraktionen, eigene Umfragen in Auftrag zu geben, sinken würde.

Dabei ist für mich die Praxis des Bundeskanzleramts übrigens auch nicht entscheidend. Ich bin für Offenheit und Transparenz – sowohl im Land als auch im Bund. Deshalb stimmen wir diesem Antrag, in dem es um die Offenlegung von Umfrageergebnissen geht, frohen Herzens zu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Frohen Herzens?)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Manche Themen kommen als Klassiker in jeder Legislaturperiode wieder. Zu diesen Klassikern gehört das Umfragethema – seit fünf Legislaturperioden in jeder Legislaturperiode zweimal Anträge, Debatten. Das sind so die Loch-Ness-Themen, die man, in diesem Fall mit einem Jahr Verzug, wieder zur Sprache bringt. Also gehen wir auf die Argumente ein, aber ohne große Aufregung, denn der Gegenstand ist eigentlich überschaubar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vermutlich ist es so, dass in den Demokratien der ganzen Welt Meinungsumfragen von Regierungen in Auftrag gegeben werden. Vermutlich ist es in den Demokratien der ganzen Welt genauso, dass die Regierung wesentliche Teile der Erkenntnisse, die aus Umfragen gewonnen werden, als Entscheidungs- und Planungsparameter ihrem Regierungshandeln zugrunde legt. Deshalb gibt es – das sage ich in aller Deutlichkeit – sehr wohl eine verfassungsrechtliche Begründung dafür, dass die Regierung die Umfragen zum Kernbereich der Exekutive rechnet und deshalb nicht über alle Ergebnisse dieser Umfragen Auskunft zu erteilen hat. Es gibt Bereiche, die diesem Exekutivprivileg unterliegen, und dazu zählen ganz sicher auch Umfragen. Das muss ich einmal in dieser Deutlichkeit sagen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist doch nur eine Behauptung! – Abg. Göschel SPD: Steht das in der Landesverfassung geschrieben?)

Nun wird gesagt, es habe eine Absprache gegeben. Diese Absprache wird, lieber Herr Kollege Fischer und Frau Kollegin Lösch, immer nur zur Hälfte zitiert. Es ist zwar richtig, dass 1980 in einem Gespräch bei Ministerpräsident Späth mit den damaligen Fraktionsvorsitzenden vereinbart worden ist – damals war übrigens, inklusive Regierung, keiner von denen dabei, die heute hier reden –,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das war Hasenclever!)

dass die wichtigsten Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden müssen. Man hat es aber sowohl von der Opposition als auch von der Regierung unterlassen, zu interpretieren, was die wichtigsten Ergebnisse sind. Ständige Praxis seit 1980 ist jedoch, auch in den Zeiten der großen Koalition, dass ausschließlich die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ dem Parlament zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das wird seit 24 Jahren so gehandhabt, egal, in welcher Regierungskonstellation. Das hat übrigens die Opposition immer geärgert. Ich habe ja gesagt, das ist ein Klassiker wie das Loch-Ness-Thema. Es gibt aus der Zeit der FDP/DVP-Opposition Anfragen, denen die SPD nicht nur deshalb nicht beigetreten ist, weil sie in der großen Koalition war, sondern auch weil sie als Regierungspartei die gleiche verfassungsrechtliche Interpretation hatte, nämlich dass dies der Kernbereich der Exekutive ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb kann ich nur sagen: Keine Aufregung bei diesem Thema! Es gehört zum normalen Rollenspiel und natürlich auch zur Praxis aller anderen deutschen Bundesländer und der Bundesregierung, dass Regierungen ihre Umfrageergebnisse behalten.

Den zweiten Teil der Vereinbarung haben Sie, wie schon gesagt, gar nicht zitiert. Ich habe ihn dabei und will ihn zitieren. Wir nennen ihn auch in jeder Umfrage.

Sofern sich allerdings Befragungsergebnisse auf die Regierungsarbeit, insbesondere auf landespolitische Planungs- und Entscheidungsvorhaben der Regierung, beziehen, sind diese auch nach dem Ergebnis der Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden vom 3. Juni 1980 von einer Weitergabe ausgenommen.

Das ist der zweite Teil der Vereinbarung, den man mitzitierten muss.

Damit der Streitwert auch überschaubar wird und sich relativiert, nun zu der Frage: Wie oft machen wir diese Umfragen?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was wird sonst noch gefragt? Wenn Sie schon die Antworten sagen!)

Diese Umfragen werden im Regelfall einmal im Jahr durchgeführt.

Wie viel Geld haben wir zur Verfügung? 1995 hatten wir für wissenschaftliche Beratung noch 800 000 DM zur Verfügung. Man schämt sich ja fast, zu sagen, welche Etatsätze wir jetzt haben. Rund 100 000 € sind für Gutachten, für Beratungstätigkeit, für Umfragen im Etat des Staatsministeriums ausgewiesen und wurden heute Morgen von Ihnen bewilligt.

(Abg. Blenke CDU: Der Bundeskanzler käme damit nicht weit!)

Damit kann man keine großen Sprünge machen.

Herr Fischer, die Ausschreibungen und Beauftragungen des Bundes hätte ich in diese Debatte nicht eingeführt. Ich sage das, wie Sie wissen, mit großer Sympathie Ihnen gegenüber. Bei der Bundesregierung beträgt seit 1998 das Volumen für Beratung 170 Millionen €.

(Unruhe bei der CDU)

Vergleichen Sie das einmal mit unseren 100 000 € im Staatsministerium. Mit solchen Zahlen schämt man sich ja fast, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: 170 Millionen € wären ja gar nicht so schlimm, sondern schlimm ist, was dabei herausgekommen ist!)

Im Übrigen ist gesagt worden, wir müssten ausschreiben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: NSI!)

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass das Auswahlkriterium für Aufträge an Umfrageinstitute im wissenschaftlichen Bereich deren wissenschaftliche Zuverlässigkeit und Erfahrung ist. Die Aufträge können freihändig vergeben werden, da die VOL/A insofern bei wissenschaftlichen Beauftragungen keine Anwendung findet. Wir haben aber – auch das sei hinzugefügt – bei weitem nicht immer das Allensbacher Institut beauftragt, . . .

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, die Gespräche draußen zu führen.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: . . . sondern in der Vergangenheit auch schon Infratest dimap. Wir werden bei den wenigen Umfragen immer diejenigen Institute beauftragen, die durch exzellente, gute Arbeit auch eine Gewähr für eine sehr gute Qualität der Umfrage erbringen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch in Zukunft Umfragen machen und verantwortungsbewusst und sparsam die Stimmungslage der Baden-Württemberger in Bezug auf das Regierungshandeln für das Land abbilden.

Eine letzte Bemerkung an die Adresse der Opposition, da Sie mir ja freundlicherweise und zu Recht unterstellen, dass

ich die gesamten Umfragen kenne: Wir werden sie auch in Zukunft nicht in vollem Umfang bereitstellen, nicht zuletzt deshalb, um die Opposition zu schonen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Denn wenn man die Kompetenzzuweisungen und die Werte der Opposition immer vollständig veröffentlichen würde, dann würde Ihnen Ihre ureigenste Aufgabe, hier zu opponieren, überhaupt keinen Spaß mehr machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1809. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 10. März 2004, um 10:00 Uhr statt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Erst? So lange muss ich warten?)

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 14:57 Uhr